

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 3,- Reichsmark...

Der „Vorwärts“ mit der „Muster-Sonntagsbeilage“...

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Standardzeile 10 Pfennig...

Kosten für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 17. Februar 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Gegen das Steuerunrecht!

Antwort auf das Steuerprogramm des Rechtsblocks. - Die Sozialdemokratie verlangt Beseitigung der Brotsteuer und Minderung der Massenbelastung.

Mit der gestrigen Reichstags-Sitzung trat das Parlament des deutschen Volkes in die Debatte darüber ein...

Herr Dr. Köhler, der vom linken bürgerlichen Zentrum herbeigeholte Finanzfachmann des Bürgerblocks...

Die Programmrede des Reichsfinanzministers, die wir in der Beilage zum Abdruck bringen...

Die Rechtsparteien quittierten für die Ohreigenen, die ihnen in solchen Bemerkungen für die von ihnen begünstigte Finanzpolitik auf einstimmigen Kabinettsbeschluss erteilt wurden...

Der deutsch-nationale Redner, Dr. Oberjahren, suchte sich, so gut er konnte, der Regierungserklärung anzupassen...

Die Debatte wird heute fortgesetzt.

In der Aussprache, die sich unmittelbar an die Programmrede des Reichsfinanzministers im Reichstag angeschlossen, erhielt zuerst das Wort

Abg. Dr. Herß (Soz.):

Wenn auch die politischen Absichten des Zentrums so sein mögen, wie es in der politischen Debatte zum Ausdruck kam...

Wirtschafts- und Finanzpolitik gegen die Sozialdemokratie und gegen die Arbeiterklasse

machen wollen. Wenn wir auch zugeben, daß der neue Finanzminister durch seine Vergangenheit das Recht hat...

Steigerung der Unternehmerprofite auf Kosten des Massenwohlstandes.

Die Finanzpolitik des Jahres 1926 wollte durch Steuermildnerungen eine wesentliche Erleichterung der Wirtschaftslage erreichen...

vollständig geräumt. Auch die Lage auf dem Kapitalmarkt hat sich erheblich gebessert.

Zum erstenmal seit der Stabilisierung der Währung konnte wieder ein Ausgleich zwischen Kapitalnachfrage und Kapitalangebot hergestellt werden.

Die Zinssätze sind auf allen Gebieten gesunken, bei langfristigen Krediten von 12 auf 7 Proz., bei kurzfristigen Bankkrediten von 14 auf 9 Proz.

Der Kurswert aller an der Berliner Börse gehandelten deutschen Aktien stieg in einem Jahre von rund 7 auf über 17 Milliarden.

(Lebhaftes Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Nach der Statistik der Commerz- und Privatbank ist der Anteil der Aktien, die einen Kurs von über 150 Proz. erreicht haben...

Sogar an der Notlage der enteigneten Sparer hat die Spekulation große Gewinne gemacht. Die Käufer von Vorkriegs-pfandbriefen haben dadurch Zwischengewinne erzielt...

Auf allen Gebieten hat sich die Lage der selbständigen Unternehmungen wesentlich gebessert, die Klasse des Volkes aber hat an dieser Steigerung des Wohlstandes keinen Anteil.

Die Rationalisierung der deutschen Wirtschaft hat den Unternehmern alle Vorteile gebracht, die Besamtheit und besonders der Arbeiterklasse alle Nachteile und Lasten aufgebürdet.

Der ADGB. zur Lohn- und Mietsfrage

Keine Mieterhöhung ohne Lohnerhöhung.

In seiner gestrigen Sitzung nahm der Bundesauschuss des ADGB. auch Stellung zur Frage der angekündigten Erhöhung der Mieten.

Während die Steigerung der Kaufkraft der breiten Massen die wichtigste Voraussetzung für eine Überwindung der furchtbaren Arbeitslosigkeit ist...

Das von den großen Wirtschaftsverbänden der Unternehmer unterstützte Drängen der Hausbesitzer nach beschleunigter Erhöhung der Wohnungsmieten soll schon vom 1. April ab zu einer weiteren Mieterhöhung um 20 Proz. führen.

Sollte entgegen allen volkswirtschaftlichen Erwägungen trotzdem die jetzige Mehrheit des Reichstags die angekündigten Mieterhöhungen beschließen...

Die Rente der Hausbesitzer darf unter keinen Umständen erhöht werden.

Alle eintretenden Mieterhöhungen müssen durch gleichzeitige Lohnerhöhungen ausgeglichen werden.

Darüber hinaus muß aber zur Beseitigung der allgemeinen Notlage der Arbeiterschaft, zur Hebung der Kaufkraft der breiten Massen...

Der günstige Stand der deutschen Volkswirtschaft rechtfertigt diese Forderung.

Von den amtlichen Schiedsorganen, die an der Lohnfestsetzung mitwirken, muß gefordert werden, daß sie in ihren Schiedssprüchen nicht etwa nur die Mieterhöhungen ausgleichen...

Mit diesem Beschluß hat der Bundesauschuss klar herausgestellt, daß die Voraussetzung für jede Steigerung der Mieten sein muß eine entsprechende Erhöhung der Löhne und Gehälter.

Erfolge der Zölle und Verbrauchssteuern bleibt unvermindert hoch, dagegen ist die Beschäftigung von 2331 Millionen 1924/25 auf 1790 Millionen 1926/27 gesunken.

Der Ertrag der Zölle und Verbrauchssteuern übersteigt seit 1925 den Ertrag der gesamten Beschäftigung. (Hört, hört d. d. Soz.)

Das ist vor allem die Folge der geringen Steuerleistung der Großlandwirtschaft. Nach Angaben des Staatssekretärs Poppih ist die Einkommensteuer der Landwirtschaft im Jahre 1925 unter 100 Millionen geblieben, im Jahre 1926 dürfte sie nicht darüber gestiegen sein. Im schreienden Gegensatz zu der geringen Steuerleistung der Großlandwirtschaft steht dessen Lebenshaltung. (Sehr richtig d. d. Soz.) Beim Reichsbewertungsgesetz hat der Reichslandbau geradezu eine Steuerabotage organisiert. In zahllosen Fällen ist

die Bewertung nicht nach den gesetzlichen Vorschriften, sondern nach den Weisungen des Landbundes

erfolgt und zwar bis zu 50 Proz. niedriger als vorgeschrieben. Die meisten Finanzämter haben sich dem Terror des Landbundes gefügt. Die Beschäftigung zeigt also so wesentliche Lücken, daß gesetzliche Eingriffe erforderlich sind. Die Besteuerung nach dem Verbrauch muß erleichtert, die Spekulationsgewinne müssen restlos der Besteuerung unterworfen werden. Die Wiederherstellung der alten Höhe der Börsensteuer und eine Reform der Erbschaftsteuer ist notwendig. Wir verlangen dagegen die Ermäßigung der Massenbesteuerung. Das ist um so eher möglich, als die bisher bestandene Schranke für die Verbrauchsbesteuerung gefallen ist. Der Reparationsagent hat in seinem letzten Bericht auf das Recht Einspruch gegen Ermäßigung der verpfändeten Einnahmen zu erheben, ausdrücklich verzichtet. Wir haben dadurch unsere volle Selbständigkeit über die Verwendung dieser Steuern wiedererlangt. Daher kann auch die Zuckersteuer ohne Rücksicht auf das Schicksal des Spiritusmonopols gesenkt oder ganz beseitigt werden.

Zum Finanzgleichgewicht und zur Mieterhöhung

erklärte der Redner, daß man die Gründe für eine Uebergangsregelung anerkennen müsse. Sie sprechen für ein zweijähriges Provisorium. An dem Grundgedanken der Uebergangsregelung: keine materiellen Veränderungen im Verhältnis von Reich, Ländern und Gemeinden muß festgehalten werden. Die Reichsverfassung hat die Grundlagen für die Verwaltung der Länder und der Gemeinden festgelegt. Die gesetzgeberische Tätigkeit der letzten Jahre hat aber diese Grundzüge erheblich angegriffen. Wesentliche materielle Fragen der Gemeinden werden mehr und mehr durch das Reich unter Ausschaltung der Länder geregelt.

Das Sperrgesetz hat bis 31. März d. J. die Mieten auf 100 Proz. der Friedensmiete festgelegt. Die Gründe dafür bestehen heute noch, die Wirtschaftskrise dauert an, sie hat sich sogar noch verschärft, weil die Dauer der Erwerbslosigkeit des einzelnen sich ständig verlängert.

Eine Steigerung der Mieten wäre jetzt unverantwortlich,

sie ginge auf Kosten des Reallohn, die schädliche Rentner und Mittelstand. Wir verlangen, daß jede Lohnsteigerung den Arbeitnehmern zugute kommt und ihnen nicht durch erhöhte Mieten weggenommen wird. Der Wohnungsbau muß gefördert werden durch den Abbau der fiktionalen Hauszinssteuer.

Die Forderungen der Sozialdemokratie.

Wir verlangen für Sicherung und Besserung der Lebenshaltung der Massen: ausreichende Erhöhung der Löhne und Renten, Begrenzung der Arbeitszeit auf acht Stunden, Beseitigung des Ueberkundenunwesens. Durch eine Handelspolitik, die den Export fördert und die Zollschranken abbaut, muß für hunderttausende Arbeit ge schaffen werden. Die Mieten dürfen nicht über den Friedensstand hinausgehen, solange die Wirtschaftskrise mit Lohndruck und Massenarbeitslosigkeit fortbesteht. Vor allem ist die Beseitigung der brutalen Profiteure erforderlich.

Wir verlangen eine sozialere Verteilung der Steuerlasten durch Abbau der Massenbesteuerung und Erhöhung der Belastung des Besitzes. Niedrige Arbeitseinkommen dürfen nicht mit der Lohnsteuer befallen werden, solange hohe Spekulationsgewinne steuerfrei sind. Die Zuckersteuer hat jede Berechtigung verloren, nachdem die Weinststeuer beseitigt ist und unsere außenpolitischen Bedenken gefallen sind.

Wir haben kein Vertrauen zu schönen Worten, aber wir fürchten häßliche Taten. Der Beschäftigtenblock will nach den Worten des christlichen Arbeitervertreeters Dr. Koch: „Arbeiten und Dienen ist zunächst das, was die deutsche Arbeiterschaft braucht.“

Sie sind Herrn Koch außerordentlich dankbar dafür, daß gerade er die wahren Ziele des Bürgerblocks so unerschrocken vorgelegt hat. Nicht Gleichberechtigung, nicht Mitbestimmung der Arbeiter, nicht Anteil des merkwürdigen Volkes an dem Wohlstand der Nation will der Bürgerblock, sondern die Unterordnung der arbeitenden Klassen, ihre Anschließung und ihr Hungerleiden, das ist sein Ziel.

Armut soll also dem Reichtum opfern.

Das und nichts anderes, meine Herren vom Zentrum, ist die Absicht ihrer neuen Bundesgenossen. Sie haben sich in eine Verbindung mit denen eingelassen, die die Republik zu einer Republik des Geldsacks machen wollen. Solchen Abhängigen sagen wir den erbittertesten Widerstand an. Wir kämpfen für die Republik der sozialen Wohlfahrt. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die deutsche Entwaffnung effektiv.

Feststellung des Marschalls Foch.

Paris, 16. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Heeresauschuß der Kammer beschloß heute, möglichst bald die Plenarberatungen über den Bericht Paul Boncourts betreffend die Organisation der Nationen im Kriegsfalle und die Beratungen über den Gegenentwurf betreffend die Neuorganisation des Heeres am 27. Februar zu beginnen. Daraus erstattete Marschall Foch Bericht über die Entwaffnung Deutschlands. Er nahm Bezug auf die Feststellung der Interalliierten Kontrollkommission und die Beratungen der Vorkonferenz sowie die von Deutschland über die Dienstleistungen eingegangenen Verpflichtungen. Marschall Foch betonte, daß die deutsche Entwaffnung nunmehr effektiv sei, daß man für die Zukunft aber wachsam bleiben müsse.

„Lodzger Volkszeitung“ beschlagnahmt.

Neuer Vorstoß des Zensurterrorors in Polen.

Warschau, 16. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Das Organ der deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens, die „Lodzger Volkszeitung“, ist gestern wegen Uebertretens eines Artikels des deutschen Sejmabgeordneten Franz unter dem Titel „Was in Polen nicht alles konstatiert wird“ beschlagnahmt worden. Es ist dies die erste Beschlagnahme dieser sozialistischen Zeitung seit ihrem mehrjährigen Bestehen.

Der Kellereiausschuß des Reichstags wird sich am Freitag u. a. mit den Vorschlägen auf Veränderung der Geschäftsordnung und der Neuorganisation des Diätengesetzes befassen.

Der Reichswehretat vor dem Ausschuß

Peinliche Fragen an den Reichswehrminister. — Der Reichswehrminister redet an den Fragen vorbei.

Die Mittwochsitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt, in der die Beratung des Wehretats als begonnen wurde, wurde ganz ausgefüllt durch eine Rede des Berichterstatters, Gen. Stücken, durch eine Ergänzung dieser Rede seitens des Mitberichterstatters, des Abg. Erling (3.), sowie durch die Antwort des Reichswehrministers Dr. Gessler. Der Sitzung wohnte zum erstenmal auch der neue Chef der Heeresleitung, General Hege, bei.

Gen. Stücken

wies einleitend darauf hin, daß der Wehretat in der Deffinitivität immer schärfere Kritik erfahre. Das sei nicht die Folge irgendwelcher „Hege“, sondern die Folge der steigenden Unzufriedenheit mit der Reichswehr selbst und mit den immer noch vermehrten Ausgaben. Das Verhalten des Ministers gegenüber aller parlamentarischer und außerparlamentarischer Kritik bleibe immer das gleiche. Er danke jedem Kritiker für seine Kritik und für die gegebenen Anregungen, und damit lasse er es bewenden; er verstehe es meisterhaft, Konflikte auszuweichen, nicht aber sie auszutragen. Die Ausgaben des diesjährigen Wehretats seien gegen das Vorjahr wieder erheblich gestiegen. Man sollte doch aber meinen, daß ein Heer, dessen Stärke sich nicht ändere und dessen Besoldung gleich festliege, endlich einmal mit den Ausgaben zu einem Beherrschungszustand kommen müsse. Davon sei aber beim Wehretat nichts zu merken. Genosse Stücken belege diese Behauptung durch Anführung einer großen Zahl von Einzelheiten. Unter anderem fragte er, welches „dienstliche Interesse“ es z. B. erfordere könne, daß die 21 Infanterieausbildungsbataillone fortan je einen Musikmeister bekommen sollen. Außerordentlich hoch erscheine auch der Prozentsatz der Offiziere. So seien z. B. bei einem Regiment jetzt 20 Hauptleute gegen früher 12. Ein Grund für die teure Heeresverwaltung liege auch in den vielen Garnisonen. Das 100 000-Mann-Heer sei auf nicht weniger als 127 Orte und 8 Truppenübungsplätze verteilt. Es gäbe Garnisonen mit einem halben Bataillon gleich 2 Kompagnien. Es müsse daher unbedingt eine Zusammenlegung der Truppen erfolgen.

Gen. Stücken ging dann ausführlicher auf

die Undurchsichtigkeit des Etats

ein, die in unseren Spalten oft genug kritisiert worden ist. Die großen Sammelsummen müßten der besseren Uebersichtlichkeit wegen zerlegt werden, und jede Uebersichtbarkeit von Mitteln oder gegenwärtige Deckungsfähigkeit von Titeln müßte auf ihre Notwendigkeit hin genau geprüft werden. Von den tatsächlichen Ausgaben des Wehretats sollen nicht weniger als 48 Proz. „übertragbar“ gemacht werden. Im übrigen, wozu brauche das 100 000-Mann-Heer 40 212 Pferde? Das sei doch kaum zu verstehen. Der Minister könne allerdings auch sparen; er verzichte auf einen Staatssekretär. Dieser Verzicht sei aber nicht zu billigen. Der Chef der Heeresleitung trage keine politische Verantwortung und könne daher nicht der Vertreter des Ministers sein. Es gebe nicht an, die Stelle aus Angst vor Konflikten unbelegt zu lassen. Zum Schluß stellte Gen. Stücken eine Reihe von Fragen an den Minister:

„Ist es richtig, daß aus Rußland Granaten bezogen worden sind?
Aus welchen Mitteln ist die Fabrik für gültige Gase in Troitz unterhalten worden?“

Ganz geheime Auseinandersetzungen.

Deutschnationale Verzichtungsaktion für deutschnationale Völkische.

In der deutschnationalen Partei gibt es einen „Völkischen Reichsausschuß“. Er hat die Zweckbestimmung, die Deutschnationalen, die mit den Völkischen liebäugeln, bei der Partei zu halten. Nach dem Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung wird er aktiv. Er darf oppositionelle Reden gegen die deutschnationale Parteipolitik halten und Beschlüsse fassen, versteht sich, ganz im geheimen.

Dieser Reichsausschuß, Vorsitzender Herr Graef, beinahe Reichsjustizminister, hat auf einer streng geheimen Tagung in Berlin den Aktionsplan zur Festhaltung der deutschnationalen Völkischen beschloffen. Am bedrohlichsten erscheint den Deutschnationalen ihre Stellung in Reckenburg, dem völkischen Zentrum des Herrn von Graefe.

Als wurden streng vertrauliche Versammlungen in den mecklenburgischen Städten abgehalten, in denen deutschnationale Reichstagsabgeordnete sprachen. Es kam dabei zu — selbstverständlich ganz geheimen — Auseinandersetzungen. In Schwerin sprach, wie die „Völkische Zeitung“ berichtet, der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Everling. Die „Völkische Zeitung“ berichtet darüber:

„Everling gab die nächsten Ziele der deutschnationalen Völkischen bekannt, nach denen jeder unnahsichtlich zu streben habe:

Zusammenfassung aller völkischen Gruppen gleich welcher Partei. Neuordnung des Staates auf monarchistischer Grundlage und mit dem Zweikammersystem.

Festlegung eines Stichtages, von dem aus kein „Fremdrüssiger“ und keiner, der mit einer Fremdrüssigen ehelich verbunden ist, mehr als deutscher Bürger zu gelten hat.

Oberfinanzrat Bang erklärte, an allem Elend sei die Erzbürgerliche Finanzreform und die Verständigungspolitik schuld.“

Herr Everling hat selbstverständlich im Reichstag in namentlicher Abstimmung die Regierungserklärung gebilligt, an dessen Spitze das Bekenntnis zur Republik und zur Verständigungspolitik steht. Seine Ausführungen in Stettin stehen in unverdächtigem Gegensatz zur Regierungserklärung.

Es ist die alte deutschnationale Praxis: sie stimmen anders, als sie denken, sie reden vor ihren Wählern anders als im Reichstag. Aber sie entrüsten sich, wenn man, gestützt auf mannigfache Erfahrungen, ihren feierlichsten Schwüren keinen Glauben schenkt.

„Evangelische Volkspartei.“

Ein Dementi und eine Bestätigung der Wirtschaftlichen Vereinigung.

Die Rede des Abg. Alpers auf der Tagung der deutschen Förderkassen in Kassel hat die Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung zu einer besonderen Fraktionsitzung genötigt. Das Resultat dieser Sitzung ist ein halbamtlicher Bericht, nach dem Alpers die ihm in den Mund gelegten Äußerungen, soweit sie sich auf die Wirtschaftliche Vereinigung beziehen, als falsch wieder gegeben bezeichnet. Er habe außerdem in Kassel nur für seine

Person gesprochen, ohne mit den Vertretern des bayerischen Bauernbundes und seinen deutsch-hannoverschen Freunden vorher Rücksprache zu nehmen. Nach dieser Erklärung, so schließt der Bericht, könne das „harmonische“ Zusammenarbeiten der drei Parteigruppen in der Wirtschaftlichen Vereinigung ungehindert fortgesetzt werden. Ueber die von Alpers in Aussicht gestellte Gründung einer „Evangelischen Volkspartei“ schweigt der Bericht. Man darf also annehmen, daß der Plan weiter verfolgt wird.

Welche Beziehungen bestanden zwischen dem Wehretat und der „Gesu“?

Aus welchen Mitteln sind die Gelder für die „Gesu“ geflossen?

Welche Maßnahmen sind ergriffen, um die Reichswehr von den Wehrverbänden zu lösen?

Wie soll die Beschaffung des Ersatzes für die Reichswehr und Marine künftig geregelt werden?

Wieviel Offiziere sind auf Dienstvertrag angestellt?

Aus den sehr ausführlichen Darlegungen des

Wehrministers Dr. Gessler

sei zunächst seine kurze Antwort auf die ersten Fragen des Gen. Stücken wiedergegeben. Er erklärte, der Ort, wo diese Fragen gestellt und beantwortet werden könnten und müßten, sei der öffentliche Ausschuß. Die Frage der Einstellung sei ein schwieriges Problem. Das Bild habe sich im Laufe der Zeit vielfach geändert. Bis 1921 habe die Zahl der Bewerber nicht die Zahl der notwendigen Einstellungen erreicht. Das hing insbesondere damit zusammen, daß es während der Inflation in Deutschland kaum Arbeitslose gab, und daß sich auch niemand so leicht auf 12 Jahre binden wollte. Diese Situation änderte sich nach 1924 mit einem Schlag. Es ergab sich ein ungeheurer Zudrang zur Reichswehr. Die Bewerber lassen sich in drei Gruppen einteilen. Erstens diejenigen, die aus Lust und Liebe zum Soldatenberuf sich beim Militär melden. Das sind für die Reichswehr die wertvollsten Elemente, denn man kann 12 Jahre nur aushalten, wenn man auch Passion mitbringt. Die zweite Gruppe setzt sich aus Leuten zusammen, die auf Grund ihres Zivildienstlebens in die militärische Beamtenlaufbahn hineinkommen wollen. Diese Gruppe wird immer stärker, je mehr bei den übrigen Behörden abgebaut wird und je weniger Möglichkeiten bestehen, Beamtenstellen zu erhalten. Die dritte Gruppe ist bei aller Ehrenhaftigkeit der einzelnen Leute für die Reichswehr die undankbarste. Es sind diejenigen, die von der Straße, von der Arbeitslosenunterstützung fort wollen und zunächst bei der Reichswehr unterzukommen suchen. Sie wissen alle genau, sobald ihnen bessere Lebensmöglichkeiten geboten werden, können sie sofort von der Reichswehr loskommen.

Sie bringen irgendwie oder irgendwann ein Hoch auf den Kaiser aus und schon seien sie draußen.

In die allgemeine Heiterkeit, die diese Darstellung auslöste, warf Gen. Müller-Franken die Frage ein: Wird es bei Offizieren auch so gemacht? Der Reichswehrminister glaubte diese Frage mit großer Emphase bejahen zu können. In großer Breite und Schärfe sprach sich der Minister sodann gegen die Schaffung einer besonderen Staatssekretärstelle im Reichswehrministerium aus. Er legte dar, daß entsprechend dem Abkommen mit der Entente festgelegt worden sei, daß die höchsten Berater des Reichswehrministers der Chef der Heeresleitung und der Chef der Marineleitung sein sollen. An dieser nach langwierigen Verhandlungen mit der Entente jetzt festgelegten Stellung der Heeresleitung könne von deutscher Seite aus allein nichts geändert werden. Im übrigen erklärte der Minister, er sei vollkommen damit einverstanden, daß sein Etat durch den Haushaltsausschuß auf das sorgfältigste nachgeprüft werde. Die Mitglieder des Ausschusses müßten sich aber darüber klar sein, daß der größte Teil seines Etats zwangsläufig sei.

Person gesprochen, ohne mit den Vertretern des bayerischen Bauernbundes und seinen deutsch-hannoverschen Freunden vorher Rücksprache zu nehmen. Nach dieser Erklärung, so schließt der Bericht, könne das „harmonische“ Zusammenarbeiten der drei Parteigruppen in der Wirtschaftlichen Vereinigung ungehindert fortgesetzt werden. Ueber die von Alpers in Aussicht gestellte Gründung einer „Evangelischen Volkspartei“ schweigt der Bericht. Man darf also annehmen, daß der Plan weiter verfolgt wird.

Leipzig sieht überall Hochverräter.

Buchdrucker, Faktor, Botc, Seher — alle müssen vor das Reichsgericht.

Leipzig, 16. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch begann vor dem Reichsgericht ein Hochverratsprozess gegen die Buchdruckereibesitzer Gebrüder Baffka aus Berlin sowie die beiden Inhaber der Firma Bisebe, die Maschinenfeger Erich Kloppe, Bruno Schulz und den Proturisten der Firma, Paul Tarnia und zwei weitere Genossen. Alle Angeklagten sind beschuldigt, sich an der Herstellung und am Druck der vom Oberreichsanwalt beschlagnahmten kommunistischen Bürgerkriegsliste beteiligt zu haben.

Die Buchdruckerei Baffka, ein bürgerliches Unternehmen, nahm 1924 den Auftrag zum Druck der Bürgerkriegsliste entgegen. Der Maschinenfeger wurde bei der Firma Bisebe hergestellt. Drucker und Hersteller wurden auf eigenartige Weise ermittelt. In den Bürgerkriegslisten haben einige Maschinenfänger fehlerhafte Typen. Eine von dem Apostel Häuser herausgegebene Broschüre, die ebenfalls in der Buchdruckerei der Firma Baffka gedruckt war, wies die gleichen Typensetzer auf. Die Nachforschungen ergaben, daß in dieser Druckerei auch die Bürgerkriegsliste hergestellt wurden. Drucker und Hersteller wurden daraufhin verhaftet.

Die Angeklagten Tarnia, Kloppe und Schulz geben zu, Mitglieder der K.P.D. zu sein. Alle Angeklagten bestreiten, sich eines hochverräterischen Unternehmens schuldig gemacht zu haben. — Der Prozess wird mehrere Tage dauern.

Ist es auch Wahnwitz, hat es doch Methode. Nachdem man es in Leipzig fertig gebracht hat, Buchhändler auf die Festung zu schicken, weil sie Bücher verkaufen, ohne sich um ihren etwaigen „hochverräterischen“ Inhalt zu kümmern, müssen natürlich auch die Buchdrucker daran glauben, die „hochverräterische“ Manuskripte zum Druck übernehmen, die Faktoren, die die Manuskripte weitergeben, die Boten, die sie aus dem Kontor in die Druckerei tragen, und erst recht die Seher, die sie lesen. Die Papierfabrikanten, die das Papier geliefert haben und die Waldbesitzer, aus deren Holz das Papier gemacht ist, können am Ende wegen Beihilfe auch noch an die Reihe, wenn sie nicht durch ihre soziale Stellung vor den Verdacht umstürzlerischer Bestimmung hinreichend geschützt wären.

Wie fest muß das deutsche Staatswesen — von Republik wollen wir in diesem Zusammenhang lieber nicht sprechen — doch dastehen, wenn es sogar eine solche reichsgerichtliche Praxis aushält! Dennoch täte der Reichstag gut, wenn er durch eine schlüssige Veränderung des Hochverratsparagrafen dieser Praxis einen Riegel vorschieben wollte!

Das deutsch-französische Handelsabkommen wurde am Mittwoch in Paris unterzeichnet.

Die Urabstimmung in Leipzig.

Nahzu einstimmige Ablehnung des Schiedspruchs.

Leipzig, 16. Februar. (Eigener Drahtbericht.) An den Urabstimmungen in den Leipziger Metallbetrieben über die Annahme des Schiedspruchs haben von etwa 18.000 Arbeitern weit über 90 Prozent für die Ablehnung gestimmt. Am Donnerstag finden Verhandlungen in dieser Sache im Reichsarbeitsministerium statt.

In den letzten Tagen gingen einem Teil der Leipziger Metallarbeiter Schreiben zu, in denen sie von den Unternehmern aufgefordert wurden, in die Betriebe zurückzukehren, um Rotstandsarbeiten zu verrichten. Dieses Ansinnen wurde aber von den Arbeitern abgelehnt, da sie nicht gewillt sind, ihren Kollegen im Kampf um die Wiedereinführung des Achtstundentages in den Rücken zu fallen.

Ueberstundenarbeit und kurze Lieferfristen.

Bei Vergebung öffentlicher Arbeiten.

In einem Rundschreiben des Reichsarbeitsministers des Innern wird auf ein Rundschreiben des Reichsarbeitsministers an die Sozialministerien der Länder über Vergebung öffentlicher Arbeiten und Aufträge hingewiesen, in welchem Klagen aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreisen darüber zur Sprache gebracht werden, daß öffentliche Beschaffungsstellen bei der Vergebung von Aufträgen zu kurze Lieferfristen stellen und bei Ausschreibungen die Angebote mit der kürzesten Lieferfrist bevorzugen. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst dem Rundschreiben entnimmt, werden dadurch Firmen, die wegen Kapitalknappheit nicht in der Lage sind, ausreichende Lagerbestände zu halten, zu Ueberstundenarbeit gezwungen, wenn sie die Aufträge erhalten und pünktlich ausführen wollen.

Unter Hinweis auf die Notwendigkeit, mit Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage die Ueberstundenarbeit nach Möglichkeit einzudämmen, werden die Sozialministerien gebeten, bei den staatlichen und sonstigen öffentlichen Beschaffungsstellen ihrer Länder darauf hinzuwirken, bei ihren Bestellungen die Lieferfristen so zu bemessen, daß die Aufträge auch von weniger kapitalkräftigen Unternehmern ohne Ueberstundenarbeit pünktlich ausgeführt werden können; vor allem sollen die öffentlichen Aufträge nicht erst kurz vor Ende des Haushaltsjahres vergeben werden.

Die Opposition sucht Anschluß bei den Bäckern.

Kaspers Flugblatt.

Der Mißerfolg mit dem Flugblatt, das dazu bestimmt war, die Mitglieder des Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverbandes in der bevorstehenden Generalversammlung auf die Seite der kommunistischen „Opposition“ zu ziehen, hat die Herrschaften veranlaßt, es mit einem zweiten Flugblatt zu versuchen, für das der Landtagsabgeordnete Kasper die Verantwortung übernommen hat. Die „reformistischen“ Gewerkschaften im allgemeinen, der Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverband im besonderen sind (nach diesem Flugblatt) schuld daran, daß wir jetzt eine Bürgerblockregierung haben, sie sind schuld an der Rationalisierung und damit an deren Auswirkungen, sie haben das Arbeitsgerichtsgesetz und die Wirtschaftskrise auf dem Gewissen, und ihre Schuld ist es auch, falls der Arbeitsbeginn auf 4 Uhr früh gelegt werden sollte. Heynold und Schumann sind obendrein schuld daran, daß der Achtstundentag überschritten ist. Tariftreue wird als Geleit be-

zeichnet, die ein richtiggehender Kassenkämpfer der Münzstrafkammer natürlich nicht mitmachen darf. Um die Flugblattverbreiter zu instruieren, hielt der Landtagsabgeordnete Kasper am Sonntag eine Instruktionssitzung ab. Dabei wurden auch Kandidaten zur Leitung der Ortsverwaltung ausgesucht, wobei sich ergab, daß von den Bewerbern die Vorbedingung einer mindestens einjährigen Mitgliedschaft im Verbandsrat teilweise nicht erfüllt ist. Es wurde die besondere Anweisung gegeben, Aufnahmen für den Verband zu machen, doch soll die Lohnhöhe nicht angegeben werden, damit niedrigere Beiträge geleistet werden können.

Nach allem ist es notwendig, daß die Verbandsmitglieder die Generalversammlung vollständig besuchen, um dieser „Opposition“ das Feld nicht zu überlassen. Wer die Opposition nicht über die Sache, über die Organisation gestellt wissen will, komme zur Versammlung.

Tariffbewegung im Stuck- und Gipsbau.

Die im Bauwerksbund organisierten Stuckateure hatten am Montag im Dresdner Kasino ihre Jahresgruppenversammlung. Genosse Schedt, der den Bericht über die Tätigkeit der Fachgruppenleitung im Vorjahre sowie über die lohn- und tarifpolitischen Vorgänge gab, konnte mitteilen, daß trotz der schweren Krise nicht nur der Mitgliederbestand der Fachgruppe gehalten, sondern noch um 108 Mitglieder gehoben werden konnte.

In der anschließenden Neuwahl der Fachgruppenleitung wurde der bisherige Fachgruppenleiter, Genosse Schedt einstimmig wiedergewählt, während bei den übrigen Mitgliedern der Fachgruppenleitung einige Veränderungen aus rein praktischen Gründen eintraten.

Kunmehr gab Genosse Schedt die Abänderungsvorschläge der Unternehmer zum Tarifvertrag bekannt, der auf Beschluß der Mitglieder von der Fachgruppenleitung zum 31. März gefündigt worden ist. Die Stuckateure hatten den Tarifvertrag hauptsächlich deshalb gefündigt, um in der Lohnfrage nicht mehr von den Wöhnen der Maurer abhängig zu sein. Bisher bekamen sie einen um 25 Proz. höheren Lohn als die Maurer; sie forderten eine Erhöhung des Stundenlohnes um 20 Pf. und den Abschluß eines eigenen Lohnabkommens mit einer Geltungsdauer bis zum 30. September. Sie verlangten weiter neben einigen anderen Änderungen des Tarifvertrages die tarifliche Festsetzung der Löhne für die Spannerlehrlinge.

In den Abänderungsanträgen der Unternehmer werden diese Forderungen nicht nur abgelehnt, sondern darüber hinaus Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen gefordert, die als eine Provokation zu bezeichnen sind. Die Anlehnung an den Maurerlohn soll nicht nur beibehalten, es soll nur noch 20 Proz. über den Maurerlohn gezahlt werden. Der Zuschlag für Schichtarbeit soll von bisher 60 Proz. auf 20 Proz. abgebaut werden. Junggefelln sollen in Zukunft 25 Proz. weniger Lohn erhalten als solche, die schon mehrere Jahre im Fach tätig sind. Der Verdienst der älteren und erwerbsbehinderten Arbeiter soll der freien Vereinbarung mit dem Unternehmer unterliegen. Bis jetzt war der Lohn einheitlich für Junggefelln sowohl wie auch für alte Arbeiter. Die bisherigen tariflichen Bestimmungen über die Entlohnung und Ausbildung der Lehrlinge sollen gestrichen werden und die Regelung den Unternehmern überlassen werden. Die Bestimmungen über die Fahr- und Laufzeitabkündigung sollen den bedeutend schlechteren des Hochbaugewerbes angeglichen werden. Ebenso sind in der Urlaubsregelung Verschlechterungen beabsichtigt und im tariflichen Schlichtungsverfahren, wo man eine Ausschaltung der Arbeitsgerichte beabsichtigt.

Die Versammlung lehnte jede Diskussion über die Vorschläge der Unternehmer ab und gab ihrer Meinung in einer einstimmig angenommenen Entschließung Ausdruck, in der es heißt:

„Die Mitglieder der Fachgruppe weisen jede Verschlechterung des Tarifvertrages zurück und verpflichten sich, jedes Mittel in Anwendung zu bringen, diese Verschlechterungen abzumehren.“

Forderungen der Einzelhandelsarbeiter.

Am 25. Februar läuft der Manteltarif und Mitte März der Lohnkartell der Arbeiter des Berliner Einzelhandels ab. Die Verhandlungen über den Neuabschluss dieser Lurise werden jedenfalls nicht mehr mit der Einzelhandelsgemeinschaft geführt werden, da die namhaftesten Organisationen der Unternehmer im Berliner Einzelhandel, der Verband der Kauf- und Warenhäuser und der Arbeitgeberverband des Berliner Einzelhandels, aus der Einzelhandelsgemeinschaft ausgetreten sind. Die ausgetretenen Organisationen beschäftigen aber den größten Teil der Berliner Einzelhandelsarbeiter.

Bei der letzten Lohnregelung im Oktober vorigen Jahres wurde eine Lohnkürzung von 75 Pf. pro Woche festgesetzt, die jedoch von den wenigsten Firmen durchgeführt wurde. In den meisten Firmen wurde vielmehr durch betriebliche Vereinbarungen festgelegt, daß die früheren Tariflöhne bis zum Ablauf des Lohnabkommens weiter gezahlt werden sollen.

Die letzte Mitgliederversammlung der Handelsarbeiter hatte beschlossen, daß zu der Aufstellung der Forderungen zunächst die einzelnen Betriebe Stellung nehmen sollen. Soweit sich bisher überlegen läßt, fordern die Handelsarbeiter in den einzelnen Betrieben eine Lohnerhöhung von 15 bis 20 Proz. Die endgültige Entscheidung über die Aufstellung der Lohnforderung trifft eine Funktionärkonferenz am 21. Februar.

SPD-Metallarbeiter.

Montag, 21. Februar, 7 Uhr, in den Reibens-Festhallen, Landaberger Straße 31, wichtige Fraktionsversammlung. Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Partei- und Verbandsbuch legitimieren. Der Fraktionsvorstand.

SPD-Fraktion der Berliner Stadtbank und Sparkasse. Am Freitag, dem 18. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, findet im Restaurant „Zur Schürle“ (Naukenmarkt), die Monatsversammlung statt. Das Erscheinen aller Genossen ist unbedingt notwendig. Der Fraktionsvorstand.

SPD-Fraktion, Kupfer- und Zinnschmied. Donnerstag, 17. Februar, 7 Uhr, im Saal 1 des Gemeindefausthauses, Engelsteig 24-25, große Versammlung aller Kolleginnen und Kollegen, die auf dem Boden der SPD und der Antikommunistischen Gewerkschaften stehen. Stellungnahme zu der Generalversammlung am 22. Februar und Vortrag über die Gewerkschaftsarbeit der Kommunisten. Referent: Kollege Heinrich Köpfer. Die Wichtigkeit der Tagesordnung bedingt vollständiges Erscheinen aller Kollegen. Der Fraktionsvorstand.

Marie Gewerkschaftsjugend. Heute, eben 7 1/2 Uhr, laden die Gruppen: Köpenick: Gruppenheim Jugendheim Grünauer Str. 5, Vortrag: Kultur- und Sportarbeiten der Jugend. — Wilmersberg: Gruppenheim Jugendheim Döberitzstr. 22, Vortrag: „An der Arbeit“. — Tempelhof: Gruppenheim Anzeim Germaniastr. 4-6, Diskussionsvortrag: „Gewerkschaften“. — Südost: Gruppenheim Reichenberger Str. 66 (Feuerwehrturm), Vortrag: „Die Bedeutung der Arbeitsvermittlung“. — Spandau: Gruppenheim Jugendheim Lindenstr. 1, 100 Jahre Berliner Humor. — Köpenick: Gruppenheim Süd. Jugendheim Berner, Eds. Willestr. Vortrag: „Das Schmutz- und Schmutzgeschäft“. — Gesundbrunnen: Gruppenheim Götterstr. 2 (Kreuzzimmer), Fris- und Friseurabend. — Schöneberg: Gruppenheim Hauptstr. 18, Besuch der Sternwarte. — Wedding: Gruppenheim Jugendheim Lützner, Eds. Weststr. Elternabend. Bezirksfreunde der Jung und alt.

Berliner Blochmischer Verein. Freitag, 18. Februar, 8 Uhr, Schwarzer Adler, Franzfurter Allee 99, Referent: Rand, med. Stud.; Naturg., Sport und Fischerei. — Jugendabteilung des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Saandau, Friedrichshain, Am Friedrichshain 16-22, „Mittag — Geläch“! Der Alte, Biber aus den Alpen. Eintritt für Erwachsene 30 Pf., für Jugendliche 10 Pf.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten H.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Verantwortlich für Text: Oskar Schill; Bildschiff: G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Käfer; Anzeigen: Dr. John Schilowski; Lokales und Sonstiges: Fr. Karch; Anzeigen: Th. Glaser; 10-11 in Berlin. Verlag: Bismarck-Verlag G. m. b. H., Berlin, Brand: St. 24, a. Bismarckstr. und Berlin-Verlag Paul Sinner u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2, hierzu 2 Beilagen, „Unterhaltung und Wissen“ und „Krautkammer“.

WERTHEIM

Leipziger Str. (Versand-Abt.) Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz

EXTRA-PREISE

Donnerstag bis Sonnabend Sowie Vorrat

Wirtschafts-Artikel

Emaill-Geschirr
mit kleinen Fehlern, darunter Kaffeekannen, Kochgeschirre, Wasserkessel, besonders preiswert

| Emaill | Blechwaren |
|--|--|
| Schmortöpfe 50 Pf. bis 1 50 | Leibwärmer 65 Pf. 85 Pf. |
| Kasserollen 40 Pf. bis 1 M | Wärmeflaschen . . 1 15 1 55 |
| Wasserkessel 1 45 bis 2 55 | Brotkästen 2 kg, fl. lackiert und dekoriert 2 90 |
| Wasserkonsol weiß mit Maß 85 Pf. | Dosen f. Kaffee u. Zucker, dek. für Sand, Seife, Soda, dekoriert 35 Pf. 60 Pf. |
| Toiletteimer mit Rohrfüßel 4 75 | Konsole für Sand, Seife, Soda, dekoriert 1 15 |
| Eimer 25 cm Durchm. 85 Pf. bis 1 25 | Kassetten mit Einsatz . . 4 M |
| Wannen . . . 90 Pf. b. 3 85 | Kartoffelpressen . . . 1 10 |
| Waschschüsseln Porzellanform 1 85 | Springformen 1 10 bis 1 75 |
| Kaffeeflaschen grau, Patentversch. 50 bis 95 Pf. | Briefkästen 95 Pf. bis 1 90 |
| | Kuchenspritzen 75 Pf. b. 1 15 |

Eisenwaren

| | |
|--|-----------------------------------|
| Brotschneidemaschinen mit Bügel 2 75 | Elekt. Platten mit Zuleitung 6 25 |
| Tellerwagen 2 10 | 2 Gasplatten mit Erhitzer 7 50 |
| Mandelmöhlen 85 Pf. 1 50 | Kohlenplatten 2 75 bis 3 90 |
| Reibemaschinen 1 65 2 50 | Personenwagen 1 7 M |
| Messerputzmaschinen 6 75 | Gaskocher 2 Loch, emailliert 3 75 |
| Fleischmaschinen mit verschiedenen Scheiben 2 75 | Rippen-Gaskocher 2 Loch 7 M 13 M |
| Kartoffelschälmasch. 1 65 0 | Bolzenplatten poliert . . 2 90 |
| | Fußbretter 1 20 bis 1 90 |

| Holzwaren | Borstenwaren |
|--|--------------------------------|
| Kaffeemöhlen von 1 90 an | Roßhaarbesen 1 85 bis 3 25 |
| Servierbretter 90 Pf. b. 2 25 | Roßhaarhandfeger v. 90 Pf. an |
| Putz- u. Wickskästen gelb und weiß, 1, 2, 5 90 Pf. | Teppichhandfeger von 40 Pf. an |
| Geckelhalter gelb und weiß 75 Pf. 1 10 | Möbelbürsten . . 45, 65 Pf. |
| Besteckkästen 2 teilig 50 Pf. | Rohrklopfer . . 60, 80 Pf. |
| Wäschetrockner m. 6 u. 10 St. 1 40 | Haarbürsten v. 50 Pf. bis 3 50 |
| Handtuchhalter gelb u. weiß 90 Pf. | Toilettebürsten 45, 55 Pf. |
| Fußbänke roh und weiß 55 Pf. 1 35 | Blankbürsten . . 55, 85 Pf. |
| Konsole m. Stiegeleisen Sand, Seife, Soda 2 90 | Schmutzbürsten . . . 20 Pf. |
| Frühstücksbretter . . 65 Pf. | Schewertücher 25, 30 Pf. |
| Waschbretter Zinkinlage 1 10 90 Pf. | Bohnertücher weiß . 50 Pf. |
| Plättbretter von 3 75 bis 5 M | Bohnerbesen 5 75 |

Für elektrisches Licht:

Nachtischlampe mit Seidenschirm (Kunstguss) 5 50
Nachtischlampe (Glas) 5 25
Kia Tischlampe mit Seidenschirm (Kunstguss) 9 25

Glasschale mit Aufhängung 6 75
Tischlampe mit Glaschirm (Pressing brass) 10 50
Herrenzimmerkrone (Pressing brass) 5-fachartig 39 M
Speisezimmerkrone mit Seidenschirm 3 u. 2-fachartig 47 50

Aluminium-Geschirr
mit kleinen Fehlern besonders billig

| Aluminium | Nickelwaren | Kleinformel |
|-------------------------------------|--|---|
| Kasserollen 95 Pf. b. 1 55 | Likörkelche Messing vernickelt dekoriert 30 cm 2 35 | Ziertisch viereckig, weiß lackiert, 64/34 cm 4 25 |
| Maschinentöpfe 95 Pf. b. 1 80 | Kakaokannen Nickeldeckel (Nur Leipziger Städte) 2 70 | Blumenkrippe weiß lack. mit grünem Blechinsatz 4 90 |
| Pfannen mit Holzstiel 1 25 bis 1 90 | Teegläser Messing vernickelt mit Glas 85 Pf. | Hecker viereckig, weiß lackiert 34/34 cm 4 M |
| | Kaffeesservice Messing vernickelt 13 50 | Rauchtisch dunkel geölt, mit Metallplatte 4 90 |
| | | Vogelkäfig 27,8 cm br., 20 cm h., m. vernick. Kast. 6 M |

Solinger Stahlwaren

| | |
|-------------------------------------|---|
| Bestecke mit schwarz. Metall 70 Pf. | Tischmesser vernickelt 25 Pf. |
| mit braunem Backenheft 75 Pf. | Gemüsemesser 10 b. 30 Pf. |
| m. schwarzem Backenheft 80 Pf. | Taschenmesser . . . 25 Pf. |
| mit gelbem Metall 90 Pf. | Salatbestecke . . . 75 Pf. |
| Ebenholz-Mett 1 35 | Salatbestecke echt Horn 1 25 |
| | Stahlscheren 35 b. 85 Pf. gesch. + lackt. |

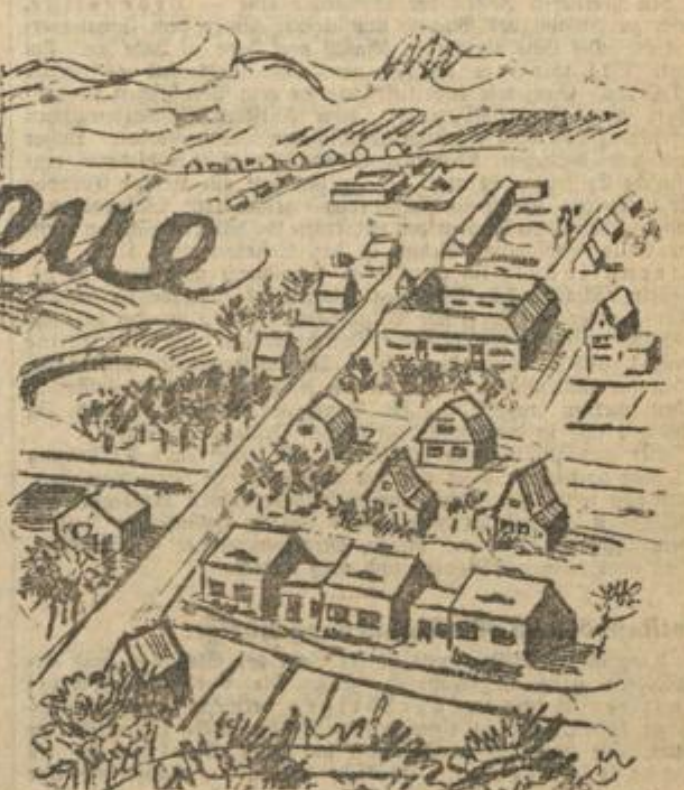
Alpaka
gestanz. in Qualität, glattes, Faden- oder Perlschnitt

| | |
|-------------------------------|-------------------------------|
| Kaffeelöffel 20 Pf. | Kaffeelöffel 40 Pf. |
| Eßlöffel 40 Pf. | Eßlöffel 85 Pf. |
| Eßbestecke 1 35 | Eßbestecke 1 95 |

Teppichkehrer Globus 7 75



Die alte und die neue Stadt



lich von den Häusern anderer Gegenden. Der Hausflur war nicht sehr groß, enthielt aber stets den Herd und galt als Mittelpunkt des Hauses. Hinter dem Flur lag, durch die Wände getrennt, der Stall, rechts von dem Flur und Ställe lag die Dreschtemne, während auf der linken Seite meistens zwei Wohnräume Platz fanden. Hier und da wurden auch in der Markt mitteldeutsche Bauernhäuser erbaut. Bei diesen war hinter dem Flur schon eine besondere Küche vorhanden, die Ställe grenzten nicht mehr unmittelbar an die Wohnräume, sondern rechts an Flur und Küche. Die Scheune lag auch hier unter demselben Dach und neben dem Stalle, hatte jedoch einen besonderen Eingang von außen. Die alten Dörfer entstanden fast immer unter dem Schutze der Burgen und Klöster und die Bewohner standen als Leibeigene oder Hörige in einem Abhängigkeitsverhältnis zu ihren Burgherren oder ihrer Klosterherrschaft. Dorfstätten, die ihren Ursprung in dem Zusammenhänge freier Bauern hatten, stammen erst aus späterer Zeit.

Neue Siedlungen.

Bei der Neuanlage eines Dorfes ist die den Ort durchschneidende Verkehrsstraße wieder als Hauptstraße zu betrachten, je nach Bedürfnis kann man dazu Parallelstraßen schaffen, die von Querstraßen durchschnitten werden. Auch hier sollte nichts Gezwungenes und Steifes ins Leben gerufen werden, das den häuslichen Grundbesitz einzwängt und ihm seine freie Entfaltung nimmt. Jedes einzelne Gehöft muß einen harmonischen Teil des Ganzen bilden, das aus der heimischen Flur gewachsen ist. Einfachheit und Uebersichtlichkeit, bequeme Nutzbarkeit, verbunden mit dem Streben nach milderer Wirkung muß bei der Anlage von Bauerngehöften als Grundlage dienen. Was nun die modernen Städteanlagen betrifft, so sei vor allen Dingen die Lage selbst eine gesunde, bequeme und angenehme. Zu tief gelegene Ortschaften gelten als ungesund, zu hoch gelegene geben schwierige Zugänge und erschweren den Verkehr. Gesundes Trinkwasser muß am Platze sein und sollte nicht erst durch teure Wassererforschungsanlagen weit hergeholt werden. Die Vorbedingungen, die bei unseren Vorfahren bei den Städtegründungen ausschlaggebend waren, gelten auch noch für uns: Knotenpunkte der Verkehrsstraßen, schiffbare Flüsse, die Nähe des Meeres, gut und aufblühende Umgebung usw. Der Stadtplan soll nicht in regelmäßige Vierecke oder Kreisformen geteilt werden, sondern zwanglos aus dem Gelände hervorgehen. Auf gute Steigungsverhältnisse der Hauptstraßen Rücksicht zu nehmen, ist für den Verkehr unbedingt erforderlich. Schrägerade Straßen anzulegen ist nicht immer vorzuziehen, auch die gekrümmten Straßen haben in der heutigen Städtebaukunst ihre Berechtigung. Bei hügeligem Gelände wird der Städtebauer von selbst auf die Anlage gekrümmter Straßen verwiesen, die sich dem Terrain vorzuziehen anpassen und dabei geringere Kosten der Abtragungsarbeiten verursachen. Oft wird gefordert, daß gekrümmte Straßen für den Verkehr weniger geeignet sein sollen; als Gründe werden der durch die Krümmung bedingte weitere Weg und die Unübersichtlichkeit einer solchen Straße angeführt. Diese Einwände sind vollständig belanglos, im Gegenteil ist auf einer gekrümmten Straße die Einschätzung der

Entfernung eines heranziehenden Kraftfahrzeuges viel besser möglich als auf einer schrägeraden. Aus Rücksicht für den Verkehr könnte deshalb sogar die gekrümmte Straße der geraden vorgezogen werden. Außerdem ist nicht abzuleugnen, daß auch das Architekturbild, das eine solche Straße bietet, ein viel abwechslungsreicheres und milderer wird. Es ist trotzdem selbstverständlich, gerade Straßen möglichst anzustreben; bei Haupt- und Brunnstraßen ist dies sogar unerläßliche Bedingung. Zu lange Straßen wirken leicht langweilig und ermüdend und es ist ratsam, sie zu teilen, Krümmungen und Beseitigungen anzulegen. Auch sollte auf ein gutes Abschlußbild einer Straße Bedacht genommen werden, da die einfachen Durchkreuzungen der Straßenzüge der mildernden Wirkung entbehren. Um die Gebäudefronten vorzuziehen zu gestalten, ist es gegeben, die Straßenkreuzungen rechtwinklig anzulegen. Gerade Straßen, die genau von Norden nach Süden laufen, sind möglichst zu vermeiden, weil sie im Sommer bedeutend unter der Hitze zu leiden haben. Was eine Stadtanlage neben den wirkungsvollen Architekturbildern besonders wertvoll und anziehend macht, sind ihre Plätze, Parkanlagen, Rasenflächen und Promenaden. Die Platzanlagen müssen nach ihren Bestimmungen eingerichtet, etwas erhöht, regelmäßig und möglichst zugreifbar sein. Vor jedem öffentlichen, viel besuchten Gebäude sollte ein entsprechend großer Platz angelegt werden, der vor allen Dingen auch zur besseren Wirkung des Gebäudes beiträgt. Die den Platz einschließenden Gebäude dürfen, um den freien Raum nicht winzig erscheinen zu lassen, nicht höher als die Breite des Platzes sein.

Es handelt sich schließlich bei all diesen Dingen um Fragen, die nur nach der Sachlage beantwortet werden können. Wir leben ein anderes Leben als unsere Vorfahren, sie stellen andere Ansprüche (ob höher oder geringere, soll hier nicht entschieden werden), sie haben ihre Existenz in ganz anderem Maße an die Scholle, an das bühnenrauer- und Fachwerk, als wir es kennen. Und auch wir werden im Laufe der Jahre zwangsläufig zu der neuen Form unserer Siedlungen kommen, die unserem Wesen und unserer Art entspricht.

Man siedelt und baut und ist der Dinge doch nicht recht froh, die man geschaffen hat. Klammert sich an alte Vorbilder, verwirft sie wieder und versteht nicht recht, warum eine Siedlung, und geht sie von den gesündesten Prinzipien aus, heute im besten Falle wie aus einem Kinderbaustein aufgestellt wird. Alles wurde berücksichtigt, was die hohe Schule der Städtebaukunst lehrte, jedem persönlichen Einfall des Architekten wurde Rechnung getragen, alle Mittel angewandt und keines führte zu jenem Bild, das dem Baumeister aus alten Stadtsiedlungen vorschwebte. Und man ist auch diesen Dingen schon so nahe gekommen. Man weiß, daß ihre Entstehung anderen Zufälligkeiten zu verdanken ist, als sie heute in unserer wirtschaftlichen Entwicklung gegeben sind — und doch experimentiert man weiter. In jener Zeit, die uns baukünstlerisch so beglückt, gab es keine Baupolizeiverordnung nach unserem Sinne, die Fluchtlinien, Straßenbreiten, Brandzäune und Geschöbheiten vorgeschrieb. Jeder baute nach seinem eigenen Wohlgefallen und deshalb berührte uns auch in den mittelalterlichen Städten die unendliche Langeweile des Schemas nicht, die uns so oft in den modernen Städten entgegentritt. Im Mittelalter baute man nur vornehme Gebäude, wie Schlösser, Rathäuser, Junsthäuser und wertvollere Patrizierwohnungen nach wohlbedachten Skizzen und Plänen, alles übrige wurde ohne jede Zeichnung hergestellt und nach Belieben geändert, eingerissen und hinzugefügt.

Alte Dorfsiedlungen.

Die alten märkischen Dorfsiedlungen, um ein Beispiel heranzuziehen, sind slavischen Ursprungs. Die Häuser gruppieren sich fast kreisförmig um einen Dorfplatz, der in seinem Mittelpunkt den nie fehlenden Teich aufweist (so erzählt zu diesem Thema G. Eichenhardt in der Halbmonatsschrift „Aus der Heimat“). Bei den nach germanischer Bauweise angelegten Dörfern ziehen sich die Grundstücke an der durchlaufenden Landstraße entlang, die sich an der Kirche zu einem Platze erweitert und dann wieder in das alte Größenverhältnis zurückgeht. Die alten slavischen Bauernhäuser hatten ihre besondere Grundrißbildung und unterschieden sich wesent-

Gerichtstag.

Von Fred Bérence.

Copyright 1925 by Paul Zsolnay, Wien

Ich war über diesen Schmerz, der mir unverständlich blieb, ganz bestürzt. Heute glaube ich die Ursache zu wissen: Körperliche Uebermüdung, seelische Kämpfe, das zermürbende Elend und noch etwas anderes, was ich aber erst später verstehen konnte, hatten sie vollständig erschöpft. Auch ihre Züge begannen sich zu verändern. Sie sah nicht mehr wie eine heilige Schmerzensmutter aus, was sie früher so anziehend gemacht und weshalb ich sie so verehrt hatte. Ihr ziemlich großer Mund wurde schmaler, ihre schönen Lippen, die geschaffen waren, Küsse zu empfangen, schrumpften, ihre blauen Augen entfärbten sich in ein mattes Grau.

An manchen Tagen behandelte sie mich als kleines Kind, dann wieder wie einen Mann. Ich war immer ganz verwundert und fand sie ungerecht. Ihre Laune, die so rasch wechselte, brachte mich aus der Fassung. Ich hatte schon bemerkt, daß ich ihr nicht mehr alles sagen durfte. Schon am frühen Morgen, bevor ich zur Schule ging, beobachtete ich sie. An ihrem Gruf konnte ich gleich, wie ihre Stimmung war. Manchmal fragte ich sie ganz besorgt: „Hast du schlecht geschlafen, Mama?“

„Warum sollte ich denn schlecht geschlafen haben? Nein, nein, laß' mich in Ruhe.“

Ich ging mit meiner angepöppelten Schultasche fort und dachte: Zu Mittag wird schon wieder alles gut sein.

Aber manchmal schweig sie auch während des Mittagessens und fand nur das und jenes an mir oder Alice auszusprechen. „Alice, halt' dich gerade“ oder „Schling' das Essen nicht so rasch hinunter“. Bei dergleichen Anlässen war ich immer ganz bestürzt, ich konnte dann keinen Bissen mehr hinunterwürgen.

„Was hast du denn? Deht' troht' du schon wieder, natürlich, weil dein Vater nicht da ist. Mein Gott, mein Gott, wie unglücklich ist doch eine Frau, wenn sie allein in der Welt steht und ihre Kinder so erziehen muß.“

Diese Vorwürfe trieben mir das Blut in den Kopf, dieselbe Wut, die ich bei den Ungerechtigkeiten meines Vaters empfunden hatte, schnürte mir das Herz zusammen, aber nun fühlte ich noch Bitterkeit und namenlosen Ekel.

Ich starrte sie mit weit geöffneten Augen an, sicherlich las sie einen Vorwurf darin und pflegte sodann meine Erregung mit einem Wort zu besänftigen. Ein anderesmal wieder trieb sie mich bis zum Wechsellernen.

„Warum machst du Augen wie ein sterbender Karpfen?“ Große Tropfen entfielen mir. Sie wurde zornig: „Schon recht, du bist ja die ärgste Heulliege, kaum sagt man ein Wort, da fängst du schon zu weinen an; wenn du nichts Anderes aus deinen Romanen herausliest, dann verbiete ich dir, fernerhin ein Buch anzurühren, du wirst ganz unerträglich ... dein Vater hat recht gehabt.“

„Du bist ungerecht“, rief ich, alle Klugheit vergebend. Sie stand auf und gab mir eine Ohrfeige.

„Du elendes, undankbares Kind, dein Vater hat dich gut erkannt, na war' nur, bis er wiederkommt.“

„Er wird nie mehr kommen ... und ich fürchte mich auch nicht mehr vor ihm ... wenn er es wagt, mich noch einmal anzurühren, würde ich fortgehen.“

„So, fortgehen würdest du? Und wohin, wenn man fragen darf?“

Ich schwieg. Da geriet sie von neuem in Wut und ohrfeigte mich aufs neue. Ich schaute sie starr an, sie wurde immer zorniger und entfernte sich drohend. Ohne viel über das Vorgesagene zu sprechen, verabschiedeten wir uns bald darauf, der Frieden fehlte wieder ein, aber es blieben doch immer Spuren des Gewitters zurück.

Die Mutter hatte es stets so geliebt, Ausflüge zu machen. An jedem Sonntag und Donnerstag hatte ich frei und ach, sie leidet auch, da gingen wir alle vier aus der Stadt.

Diese Ausflüge sind die schönsten Erinnerungen meines Lebens. In der freien Natur war meine Mutter ganz verändert, sie wurde wieder jung und lachte beinahe glücklich und erzählte mir Geschichten. Sie redete mit mir von den Bewohnern des Waldes, machte mich auf ihre Besonderheiten aufmerksam und deklamierte die Fabeln von La Fontaine, die sie alle auswendig wußte. Ich hörte diesen munteren Schilderungen des Tierlebens andächtig zu, sie entzückten mich. Dabei sahen wir im Schatten einer Tanne (die Mutter liebte diesen Baum mehr als alle anderen) oder wir schritten rüstig aus. Auch Paul und Alice hörten aufmerksam zu. Es war uns streng verboten, eine Blume abzubrechen. „Das tut ihnen weh“, sagte die Mutter. Sie dudete auch nicht, daß man einem Tier irgendein Leid zufüge und sie war sehr erzürnt, als Alice eines Tages eine Grille, den kleinen Philosophen der La Fontaineschen Fabeln, zertrat.

Manchmal gingen wir frühzeitig vom Hause fort und übergaben Alice ihrer Patin, denn ihre Beine erlaubten ihr noch nicht, lange Ausflüge zu machen. Paul wurde in sein Wägelchen gesetzt. Ich erinnere mich noch ganz genau an einige dieser Ausflüge, sie waren ja für mich der Gipfel der Seligkeit.

Eines Morgens waren wir zwischen sieben und acht Uhr in der Richtung nach Coligny aufgebrochen. Als wir im Wald waren, wollte Paul aus seinem Wägelchen steigen und laufen. Er trippelte vor uns, seine bloße Gegenwart ließ uns die ganze Natur festlich erscheinen. Er trug einen rosa-farbenen verwaschenen Leinentittel. Sein schönes, lockiges Haar fiel ihm auf die Schultern, sein blaßes Gesichtchen war gerötet, die großen, schwarzen Augen weit geöffnet, sie blickten vor Freude. Er sah rund herum, nichts entging seiner Aufmerksamkeit. Als er einen Marienkäfer entdeckte, stieß er einen Freudenschrei aus und bat meine Mutter, ihm die Geschichte vom Marienkäferchen zu erzählen. Die Mutter erzählte die Geschichte so, daß er sie verstehen konnte. Das Bildchen war höchst zufrieden, ließ nach links und rechts, voll Interesse für all das Neue. Gegen elf Uhr machten wir eine Rast, um unser einfaches Mahl zu verzehren. Die Mutter war hungrig, ihre blaffen Wangen hatten sich gerötet, ihre blauen Augen leuchteten, sie genoß ganz festig die Schönheit der Natur. Jene seltenen Stunden brachten uns zueinander, ließen uns allen Streit vergessen, der uns so oft getrennt hatte. An jenem Sonntag waren wir ganz glücklich und ich lehrte Paul das hübsche Lied von Rambert, das bei uns die Kleinsten singen:

Auf einem Glockenturm,
Am Reste festgeklett,
Sah angsterfüllt ein Schwälbchen,
Sein kleiner Körper beb't.
„Nur Mut“, ruft seine Mutter,
„Breite die Flügel aus,
Und flieg' mit raschen Schlägen
Welt in die Welt hinaus.“

Ich hatte ihm schon die ersten zwei Strophen beigebracht, die er sehr hübsch sang. Die Mutter vereinte ihre Stimme mit der unsrigen; zuerst zitterte sie ein wenig, dann wurde sie sicherer und mit schöner Altstimme sang sie die letzte Strophe:

Mit ihm flog seine Mutter
Und sang aus voller Brust
Das frohe Schwälbchenliedchen
Zu Gottes Preis mit Lust.

Mit einer impulsiven Bewegung fiel ich ihr um den Hals, küßte sie wahnwitzig ab und war ganz begeistert: „Mama, wie schön bist du, wie schön bist du, sing' noch etwas.“ Lachend machte sie sich los.

„Jacques, du bist ja närrisch, laß' mich in Ruh.“
(Fortsetzung folgt.)

Die Ordensliste in der Republik.

Zum 33. Male ist jetzt das Jahrbuch für das höhere Schulwesen Preußens und anderer Länder erschienen, das im Auftrage des Philologenverbandes mit Benutzung amtlichen Materials alljährlich herausgegeben wird. Das Handbuch bringt, um der Tradition nicht untreu zu werden, auch jetzt noch wie einst in den herrlichen Zeiten der Monarchie eine — Ordensliste, gleich zu Anfang des Buches, unmittelbar hinter dem Inhaltsverzeichnis. Die Liste der Orden schließt vom Jahr zu Jahr an. Im Jahre 1914 waren es 73, im Jahre 1926 sind es bereits 179 Orden. Ganz wie einst liest man da vom Preussischen Kronenorden, vom Roten Adlerorden, vom Fürstlich Schwarzburgischen Ehrenkreuz und vom Fürstlich Waldeckischen Verdienstorden. Außer sämtlichen deutschen Kleinstaaten, von denen verschiedene eine politische Existenz nicht mehr führen, sind fast alle Länder Europas hier vertreten. Es ist ein Panuropa eigener Art. Während man sonst gerade in den Kreisen der Lehrkräfte an höheren Schulen meist eine Völkerverehrung ablehnt, ist das Bestehen einer Ordensinternationalität im preussischen Schuldienst nicht mehr zu bezweifeln. Als ob kein Weltkrieg gewesen wäre, stehen da friedlich nebeneinander der Bayerische Militärverdienstorden und der belgische Leopold-II.-Orden, der dänische Danebrogorden und das Eisenerz Kreuz 1. und 2. Klasse, die heftische Tapferkeitsmedaille neben dem Orden der italienischen Krone. Allein sechs verschiedene rumänische Orden werden aufgeführt. St. Anna, St. Stanislaus und St. Vladimir sind in drei russisch-orthodoxen Orden vertreten.

Der gewöhnliche Sterbliche macht sich keine rechte Vorstellung von dem poetischen Klang mancher Orden, die da verzeichnet sind: Stern von Aethiopien, Orden vom Jähringer Löwen, Hausorden der Wachsamkeit, Ritterkreuz vom weißen Falken, Isländischer Falkenorden, Lippische Rose am Ringe, Mecklenburgischer Greifenorden, Orden vom weißen Elefanten und noch andere.

Notstands Küche für Bühnengehörige.

Auch in der Bühnenvelt ist die Zahl der Stellungen, und Erwerbslosen ganz ungewöhnlich groß. Die Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger versucht, den Notleidenden zu helfen, aber zu einer durchgreifenden Hilfe fehlen ihr die Mittel. Sie hat jetzt in Berlin im Hause Karstr. 26 ein „Schauspielerheim“ geschaffen, das in der Hauptsache eine Notstands Küche für Bühnengehörige ist. Man kann dort zum Preise von 60 bis 80 Pf., der bei Erwerbslosigkeit auf 30 bis 40 Pf. ermäßigt wird, ein nahrhaftes und schmackhaftes Mittagessen haben. Auch wird vormittags ein einfaches Frühstück, nachmittags eine Tasse Kaffee, abends ein schlichtes Nachtisch für Bühnengehörige mit kleinem Vorkommale bereitgehalten. Das Heim ist im vierten Stockwerk in bescheidenen Räumen untergebracht, deren freundliche Ausstattung zum Teil der Mitarbeit von Schauspielerinnen zu danken ist. Bei der Einweihungsfeier, die am Mittwoch stattfand, war das Präsidium der Genossenschaft durch Rickett und Ballauer vertreten. In der Weisere wie Rickett auf die Not der erwerbslosen Bühnengehörigen hin und auf den von ihnen jetzt unternommenen Versuch, durch die Selbsthilfe der Sondervorstellungen Erwerbsloser sich über Wasser zu halten. Das Heim ist geöffnet täglich (auch am Sonntag) 10 bis 8 Uhr, hat 60 Plätze und kann einige hundert Portionen ausgeben. Einsteigen wird der Betrieb wohl noch Zuschüsse aus Mitteln der Genossenschaft erfordern. Die Genossenschaft hat auch die Kosten der ersten Einrichtung übernommen. Man hofft aber, daß besser gestellte Kollegen und Kolleginnen zur Deckung der Betriebskosten beitragen werden.

Die Verhandlungen über Verkehrsvereinheitlichung.

Auf Grund der am Dienstag im Polizeipräsidium einberufenen Verkehrs-Konferenz, bei der dem Polizeipräsidium von den Plänen des Magistrats zur Einführung des Einheitstaris und der Vereinheitlichung der Berliner Verkehrsunternehmen Aufschluß gegeben wurde, wird der Magistrat nunmehr dem Polizeipräsidium als Aufsichtsbehörde eine Denkschrift unterbreiten, in der vom Standpunkt der Stadt aus die verschiedenen Bedenken zerstreut werden sollen. Die Bedenken des Polizeipräsidiums waren zunächst verkehrstechnischer Art, da man vor allem befürchtete, daß die Abgabe der Verkehrsvermehrung infolge der Umsteigerberechtigung von der Straßenbahn und Hochbahn aus nicht gewachsen sein werde. Auf der anderen Seite hatte man aber auch gewisse Bedenken gegen die Erhöhung des Straßenbahntarifs auf 20 Pf. Der Magistrat wird in seinem Schreiben darauf hinweisen, daß irgendwelche Schwierigkeiten in verkehrstechnischer Beziehung nicht eintreten werden, da zur Begrößerung der Hoch- und Untergrundbahn eigene bereits Pläne ausgearbeitet seien, die auf einen Ausbau verschiedener Bahnhöfe, wie Zoo, Koilbuser Damm, Halleisches Tor usw. hinführen. Um dem vermehrten Verkehr bei der Omnibusgesellschaft Rechnung zu tragen, sind bereits vom Magistrat 100 neue Omnibuswagen in Auftrag gegeben, und man ist auch bereit, die Zahl der neuen Wagen noch etwa um das Doppelte zu vermehren, um die Schwierigkeiten zu beseitigen.

Eine Hochschule für Krankenschwestern.

Als Erbin der Deutschen Pestalozzi-Stiftung in Berlin-Lankwitz, zu der Diesterweg die Anregung gab und die dann unter Letzterem ins Leben getreten ist, hat das Rote Kreuz auf dem 26 Morgen großen Gelände in Lankwitz, Frobenstraße 55, eine Schule zur Ausbildung von Schwestern für lebende Stellungen errichtet. Die Schülerinnen müssen die staatliche Schwesternprüfung und eine sechsjährige Praxis nachweisen können und werden hier im Schwesterberuf ausgebildet. Die Ausbildung dauert ein Jahr und kostet pro Monat inklusive voller Verpflegung und Wohnung 120 M. Der Ausbildungsschule ist eine Haushaltungsschule angegliedert, in der den Schülerinnen in praktischer Weise Erfahrungen auf hauswirtschaftlichem Gebiete beigebracht werden. Im Rahmen einer Pestalozzi-Feier wurde die Schule gestern der Öffentlichkeit übergeben. Als Auftakt und als Abschluß der Eröffnungsfestung sang der Schülerchor der 15. Bezirksschule Lankwitz feierliche Weisen. Daß man die kleinen Mädchen während der ganzen, endlos langen Begrüßungs- und Gebetsreden circa 1½ Stunden stehen ließ, war bestimmt nicht im Sinne Pestalozzis. Ein Rundgang durch das Gebäude, das seine eigene Bewirtschaftung, Gärten, Stallungen, Obst- und Gemüsezucht hat, beschloß die Feier. Die Schule wurde nach dem Förderer des Schwesterberufs, Obergeneralarzt Dr. Werner „Wernerische“ getauft.

Hinter den Kulissen der Lotterie.

Vom Ausschuss der Arbeiter-Wohlfahrtslotterie wird uns geschrieben:

In der Lotterie gewinnen ist nicht schwer — jeder der ein Los hat, hat eine Chance — schwerer schon ist, eine Lotterie bis zur Ziehung glatt und pünktlich abzumachen, am aller schwierigsten aber gestaltet sich gewiß die Ausgabe von 165 302 verschiedenen Gewinnen. So wenig sich voraussagen läßt, wer den Haupttreffer haben wird, so wenig auch, wer überhaupt einen Treffer haben wird, d. h. wohin bei einer über ganz Deutschland reichenden Lotterie die Gewinne fallen, und keinerlei Möglichkeit gibt, vorauszuwissen, was die verschiedenen Gewinner in den verschiedenen Teilen Deutschlands für verschiedene Wünsche äußern, d. h. welche Auswahl sie innerhalb der Seriergewinne treffen werden. Mit all diesen Schwierigkeiten hatte die Lotterieleitung schon gerechnet und in der Gewinnliste auf die sich daraus ergebenden Konsequenzen bei der Verteilung aufmerksam gemacht. Aber was ist begreiflicher, lieber Gewinner, als daß Du in Deiner ersten Freude über einen Dir zufallenden Treffer nicht nur das Die Wichtigste noch festzustellen hast: Du hast geschwind unter den 28 zur Auswahl stehenden Dingen Deine Wahl getroffen, sein sauberlich — manchmal allerdings auch recht unleserlich — Deine Wünsche und Rosummiter aufgeschrieben, vorchriftsmäßig Los und Marken beigelegt und erwartest nun tagtäglich mit jeder Post Dein

Die Unterschlagungen beim Studentenausschuß

Eine „heillose Miswirtschaft“. — Urteil: Zwei Jahre Gefängnis.

Die weitere Vernehmung der Angeklagten über ihre Beteiligung an den Kassenunterschlagungen des Studenten Lehmann, die sich bis in die späte Abendstunde hinzog, zeigte, daß in der Kassenführung der Studentenschaft eine geradezu heillose Miswirtschaft herrschte. Mindestens hat sich von den Mitgliedern des Studentenausschusses, die die Quittungen dem Angeklagten Lehmann gegenzeichnet, niemand darum gekümmert, wofür in die Tausende gehenden angeforderten Beträge eigentlich verwendet wurden. Lehmann hat für alle möglichen Zwecke, die etatmäßig für die einzelnen Wohlfahrtsstellen ausgeworfen waren, Beträge abgehoben, ohne sie ihren Zwecken zuzuführen. Zur Sprache kam u. a., daß für einen Studenten, der eine Studienreise nach Regio auf Einladung der dortigen Regierung machte, 700 M. angewiesen worden waren. Das Geld wurde erst abgehoben, als der Student schon längst unterwegs war. Lehmann behauptete, daß Juling und Müller den Betrag unterschlagen hätten. Sie hätten oft in der „Traube“ gezehlt.

Angekl. Juling: „Das Geld wurde zu spät angewiesen, und ich habe es sofort zurückgegeben.“ Angekl. Lehmann: „Dann bitte ich, Juling zu fragen, ob ich ihm nicht, als er zum Studententag nach Kopenhagen wollte, auch Geld geschickt habe.“ Angekl. Juling: „Sowohl. Ich hatte aber Lehmann 80 M. von meinen Kollegengeldern geliehen und ihn gebeten, mir den Betrag nachzuschicken. Er sandte mir 100 Kronen. Den Ueberschuß habe ich ihm später zurückgegeben. Ich habe doch schon gesagt, daß wir gegenseitig keine Studententags machten.“ Angekl. Lehmann: „Ich bestreite, daß ich von Juling etwas geliehen habe. Ich habe auch die Schulden von Müller gedeckt.“ Angekl. Müller: „Das ist nicht wahr.“ Angekl. Lehmann: „Im Sommer 1925 sagte mir der Bundesbruder Amerlan, er habe große Schweinereien in Müller entdeckt und werde in der Finkenstraße riesigen Radau machen. Da ich befürchtete, daß dabei unsere großen Unterschlagungen herauskommen würden, daß ich ihn zu schweigen, und habe die Sache gedeckt.“ Angekl. Müller: „Ich habe meine Schulden selbst bezahlt.“ Angekl. Lehmann: „Nachdem ich ihm das Geld gegeben hatte.“ Vors.: „Es ist ein Unterschied, ob Sie Schulden gedeckt haben, oder ob jemand an Unterschlagung beteiligt ist. Angeklagter Lehmann, Sie stellen sich immer als das Opfer anderer hin. Bei Ihrem großspurigem Auftreten wäre es erklärlich, wenn Sie sich erboten, für jemand Schulden zu übernehmen, denn Sie haben doch in kurzer Zeit so tolle Summen pergubet, die ein anderer Mensch kaum sein Leben lang verdient.“ Angekl. Müller: „Ich habe im Sommer Lehmann auch 100 M. von meinen Beleggeldern gegeben, weil er sagte, daß er durch seinen Onkel immer gute Tipps habe, dafür hat er mir später 200 M. zurückgegeben, da er das Geld für mich in Betten anlegen wollte.“ Der Angeklagte Lehmann muß das zugeben. Vors.: „Über wollten Sie das einträgliche Geschäft ruhig fortsetzen?“ Angekl.: „Ich suchte immer durch Wetten die unterschlagenen Summen einzubringen.“

Vors.: „Wie bekamen Sie weiter die Gelder in die Finger? Am 11. November war die Kassenprüfung gewesen und Ihre Manipulationen waren nicht ausgefallen, denn der Barbestand wurde gar nicht geprüft. Borchmann hatte ja auch die Quittungen aus der Kasse herausgenommen. Nun hätten Sie doch froh sein müssen, daß der brenzliche Punkt überwunden war. Mit den letzten 3000 M. hätten Sie Ihre Studien beenden können.“ Angekl.: „Es war immer noch dringlich, wenn der neue Kassenwart Lind erfuhr, daß 13 000 M. für das Wintersemester schon im Sommer

entnommen waren. Ich hatte auch schon den Etat des Instituts für Leibesübungen in Höhe von 13 000 M. im Sommer verbraucht, daher mußte ich weiter Geld haben, um zu wetten. Borchmann war inzwischen Sprecher geworden. Die erste Anweisung hatte er mir gutgläubig unterzeichnet, dann war er aber von Juling und Müller aufgeklärt worden und verlangte für sein Stillschweigen zunächst 300 M. und später seinen wöchentlichen Anteil.“ Es wurden dann die einzelnen Quittungen durchgeprochen, die Lehmann bei seinen Abhebungen an Borchmann gegeben hat.

eine Quittung ist auf dem Stüd einer Postkarte,

eine andere über einen hohen Betrag auf einem abgerissenen Zettel ausgestellt, auf dessen Rückseite eine verdächtige Verfüzung des Kultusministers steht. Landgerichtsdirektor Dr. Arndt bemerkte dazu, daß das Gericht keine Schlüsse aus der Verfassung derartiger Quittungen ziehen werde. Der Angeklagte Borchmann erklärte nochmals, daß es ihm nicht aufgefallen sei, daß der alte Kassenwart immer noch quittiert habe. Auf eine Frage von Rechtsanwält Thelma bestätigte er unter großer Heiterkeit, daß er bei der Durchsicht der Quittungen aus 1925 sogar eine Quittung des Studenten Görz gefunden habe, der vor 5 Jahren Kassenwart war. Angekl. Lehmann: „Die Sache wurde für mich immer dringlicher, und da mußte ich Geld heranschaffen. Borchmann hatte kein Geld mehr in der Kasse. Ich mußte daher Borchmann etwas Geld in die Kasse geben für Zahlungen. Ich ging daher zur Quästur und ließ mir 3000 M. anweisen, indem ich Dr. Marfat vorlag, ich sei noch Kassenwart.“ Eine Anweisung über 5000 M. hat Lehmann sich sogar vom Rektor gegenzeichnen lassen. Als erster Zeuge wurde nach weiterer Verhandlung von Unterschlagungsfällen der Universitätsrat, Landgerichtsdirektor Marfat, vernommen. Ihm hat Lehmann die Unterschlagung von 45 000 M. eingestanden und behauptet, daß er unter dem Einfluß anderer gehandelt habe. Er hat zwar aber nur davon gesprochen, daß er den anderen für die Unterschlagung wöchentlich etwa 10 bis 20 M. als Beihilfe gegeben habe. Er behauptete auch, 20 000 M. seien ihm eines Nachts im Café gestohlen worden. Angekl. Lehmann: „Das habe ich gelogen.“ Es folgten dann eine große Reihe von Zeugenvernehmungen, die sich bis in die späten Abendstunden hinausziehen.

Staatsanwaltschaftsrat Zimmermann beantragte schließlich gegen den Studenten Willi Lehmann wegen Unterschlagung, Untreue und Betrug eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 6000 Mark Geldstrafe. Seine Tat sei ehrlos wie auch seine Verteidigung, aber wegen seiner Jugend wolle er von einem Antrag auf Ehrerlust Abstand nehmen. Den Angeklagten Borchmann beantragte der Staatsanwalt wegen Begünstigung zu 200 Mark Geldstrafe zu verurteilen, die übrigen vier angeklagten Studenten freizusprechen.

Das Urteil: Zwei Jahre Gefängnis.

Das Schwurgericht verurteilte nach Mitternacht den Studenten Willi Lehmann wegen Untreue, Unterschlagung und Betrug zu zwei Jahren Gefängnis unter Anrechnung von fünf Monaten Untersuchungshaft, den Unversitätsobersekretär Borchmann wegen Begünstigung zu 130 Mark Geldstrafe. Die anderen angeklagten vier Studenten wurden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Die Haftentlassung und Bewährungsfrist wurde bei Lehmann abgelehnt.

Zur Abwehr.

Die gemeinnützigen Baugesellschaften gegen Stadtrat Busch.

Der Berliner Stadtrat Busch, Vorsitzender der städtischen Grundstücksverwaltung, hatte in seiner Broschüre „Zentrale Bauwirtschaft für Groß-Berlin“ allerlei unberechtigte Angriffe gegen die gemeinnützigen Baugesellschaften gerichtet. Daß er, ein Freund der Privatwirtschaft, den gemeinnützigen Unternehmen nicht freundlich gegenübersteht, wird, läßt sich denken. Auf seine ohne Beweis vorgebrachten Bemerkungen antworten jetzt die in der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Siedlungsgesellschaften Berlins zusammengeschlossenen gemeinnützigen Baugesellschaften. Sie erklären:

1. Die Bauten der unterzeichneten Gesellschaften sind nicht minder wertig, sondern in der gleichen Qualität wie die der Privatunternehmer hergestellt. Die Laufzeit der Häuser ist gleich groß derjenigen, welche in Vorkriegszeit üblicherweise angenommen wurde. Die Baukosten sind zum großen Teil trotz gleich guter Beschaffenheit nicht so hoch wie die der Privatunternehmerbauten.

2. Die Gesellschaften sind nicht genötigt, 10 Proz. Eigenkapital bei ihren Bohnhausbauten einzusparen, da die Baukosten durch die Hauszinssteuerhypothek, Zuzinshypothek der Stadt Berlin und die aufzunehmende 1. Hypothek restlos abgedeckt werden. Die Rieten der auf städtischem Gelände errichteten Wohnungen betragen für eine Zweizimmerwohnung mit Kammer etwa 600 bis 700 M., d. h. weniger als bei den Privatunternehmerbauten.

3. Die Geschäftsführer der unterzeichneten Gesellschaften entstammen zum Teil der Privatwirtschaft und nur in einigen Fällen der Verwaltung. Je ein Geschäftsführer ist Techniker und im Bohnhausbau erfahren. Mit Ausnahme einer Gesellschaft verfügen alle über ein technisches und kaufmännisches Bureau. Die Arbeiten werden entweder getrennt oder insgesamt auf der Grundfläche genau ausgearbeiteter Kostenaufschläge oder Baubeschreibungen vergeben und von den technischen Angestellten der Gesellschaft unter Leitung und Kontrolle der Geschäftsführung übermocht. Die Gesellschaften berechnen Kostenaufschläge auf die von ihnen errichteten Bauten nach Rücksicht der Rohwendigkeit. Bilanzmäßig sich ergebende Ueberschüsse werden sojüngstmöglich für den gemeinnützigen Wohnungsbau wieder verwendet.

Unterzeichnet sind: Gemeinnützige Baugesellschaft Berlin-Heerstraße, Gemeinnützige Baugesellschaft Berlin-Ost, Gemeinnützige Baugesellschaft Admstraße (Spandau), Heimstätten-Gesellschaft Primus, Heimstätten-Siedlung Berlin-Wilmersdorf, Pantower Heimstätten-Gesellschaft

Die Gefahr eines Hustens

Einfache Methode zur Unschädlichmachung der Erkältung

Das beste Mittel, um die schlimmste Erkältung (und ebenso auch Husten) unschädlich zu machen, ist Gebrauch einer Flasche selbstbereitetem Sirups, der auf folgende Weise hergestellt wird. Man bereite einen gewöhnlichen Sirup aus ¼ Liter reinem Streuzucker, der in ¼ Liter heißem Wasser zwei Minuten lang gut umgerührt ist, worauf 60 Gramm Anis (dreifach konzentriert) zugefügt werden. Damit haben Sie für geringe Kosten einen Vorrat guten Hustensirups für eine Familie. Die lindernden Dämpfe des Anis dringen in alle Teile des Lufttraktensystems ein. Sie den Kehlkopf und machen die Brust in wunderbarer Weise frei. Anis besitzt außerdem heilsame Eigenschaften, welche von großer Bedeutung sind, indem sie die Erkältung schnell beseitigen; kurz, wenn Sie heute Anis einnehmen, werden Sie morgen Ihre Erkältung los sein.

so lang erkranktes Taschenmesser, den so dringlich benötigten Kofferapparat oder was sonst Du erfordern haben magst, und dich jedesmal, wenn Du leer ausgehst, enttäuscht, ja schon ein wenig oder sogar sehr ärgerlich auf uns. Ob Du wohl ein klein wenig geduldiger wärest, wenn Du in der Lotterieliste unseren Hinweis gelesen hättest, daß „wegen der Häufungen der Gewinnanforderungen in den ersten Wochen die Gewinner mit etwelchen kleinen Verzögerungen in der Gewinnausgabe rechnen müssen?“ Weil Du, ungeduldiger Gewinner, Dir aber kein richtiges Bild von den „Häufungen“ machen kannst und immer noch ein wenig an unserem guten Willen, Dir Deinen Wunsch schnell zu erfüllen, zweifelst, will ich dich jetzt ein wenig hinter die Kulissen der Lotterie sehen lassen. Einen gewaltigen Ansturm gabs z. B. auf die Solinger Stahlwaren, auf alle die praktischen Gebrauchsgegenstände, Postkarte, Taschenmesser, Scheren usw., die, das ist uns durchaus verständlich, den meisten unseren Gewinnern am begehrtesten erschienen. Schon wenige Tage nach Ausgabe der Gewinnlisten waren dann die Solinger Stahlwaren „ausgewünscht“ und die täglich noch eintreffenden Briefe — bis jetzt etwa 80 000 — müßten an andere Ausgabestellen weitergeleitet werden, was wiederum eine genaue Vorkontrollierung, Kontrolle der Lose, Weitergabe der beigelegten Freimarken usw. erfordert. Denke doch: 80 000 Briefe — und manche davon wahre Kreuzworträtsel, bei denen oft drei Mann nicht Namen und Wohnort entziffern können. Drum, lieber Gewinner, wenn Du nun einige Tage noch warten mußt, wenn Du statt des gewünschten Messers ein gutes Buch erhältst, tröste dich auch mit diesem Trostpreis und denk an die, die ganz leer ausgingen!

Der Pankower Mord noch ungeklärt.

Die Obduktion der Leiche.

Die Leiche des in Pantow ermordeten Mädchens ist gestern nachmittag von dem Gerichtsarzt Prof. Fraenkel obduziert worden. Die Verletzungen waren aber vorher bereits festgestellt, so daß die Obduktion nichts wesentlich Neues ergab. Schon der eine Schnitt, der die große Halsschlagader öffnete, mußte tödlich wirken. Dazu kam dann noch ein Stich von einem ziemlich breiten Messer in den Kehlkopf, ganz abgesehen von den weiteren Verletzungen. Der Tod trat durch vollständige Verblutung ein. Was die Ermittlungen betrifft, so hat die Kriminalpolizei eingehend nachgeforscht, ob der Mann, der in der Untersuchung eine Rolle spielt, etwa bei einer Schlägerei so stark mit Blut bedeckt worden sein kann. Bisher ist nicht festgestellt worden, daß in der Gegend, die in Betracht kommt, in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag eine größere Schlägerei stattgefunden hat.

Zur Aufklärung des Verbrechens in der Stubnitzstraße haben zahlreiche Beamte der Kriminalpolizei gestern Abend und die Nacht hindurch alle Spuren weiter verfolgt und nachgeprüft. Daß die Ermordete in einem Langlokal in Legel gewesen sein sollte, hat sich bei der weiteren Nachprüfung als unrichtig erwiesen. Hier lag eine Personenverwechslung vor. Das Spielzeug, das die vermeintliche Leiche bei sich hatte, war bedeutend größer als der Leichnam, den die Leiche bei Wertheim gekauft hatte. Andererseits bleibt aber bestehen, daß die Ermordete an den drei letzten Sonnabenden ausgegangen ist und daß sie noch dem Einkauf bei Wertheim mit einem Manne ein Wäfinger-Lokal in der Fiedrichstraße besucht hat. Auch daran, daß sie kurz vor dem Verbrechen mit einem Manne Arm in Arm am Latort gewesen ist, kann nicht gezweifelt werden. Aus ihrer Frage, „ob er denn auch wirklich Arbeit habe“, ist zu schließen, daß es sich hier um eine neuere Bekanntschaft handelte. Ob aber dieser Mann der „Berg“ ist, dessen Name auf einem Zettel steht, ist noch nicht bekannt, auch nicht, ob Otto Berg der wirkliche oder angebliche Better ist. Berg wird dringend ersucht, sich bei der Nordkommission umgehend als Zeuge zu melden. Ob Margarete Reding am Sonnabend Abend oder in der Nacht zum Sonntag in dem Café am Luisenpark gewesen ist oder nicht, konnte noch nicht sicher festgestellt werden. Der Mann, der den Paletot im Auftrage seines Unternehmers seinem Eigentümer M. wiederbrachte, hat sich noch nicht gemeldet.

Genosse Ernst Wilberg gestorben.

Seinen zahlreichen Freunden und Kampfgenossen ganz unerwartet, ist Genosse Ernst Wilberg am Dienstag früh an einer Grippe, zu der eine Lungenentzündung getreten war, gestorben. Genosse Wilberg gehörte zu den tätigen Parteigenossen in Schönberg, wo er sich auch in der Bezirksvorordnetenversammlung eine geachtete Stellung erworben hatte. Auch der Pressekommission des „Vorwärts“ hatte er seit einigen Jahren angehört und dort durch sachliche Kritik und positive Anregungen unser Blatt verständnisvoll gefördert. Die Einäscherung des verdienten Genossen erfolgt am Sonnabend 1 Uhr im Krematorium Wilmersdorf.

Zu dem Wasserrohrbruch bei Siemensstadt erfahren wir nach folgendes. Die gewaltigen Wassermengen, die an die Oberfläche geschleudert wurden, hatten die ganze Umgebung in einen großen See verwandelt. Die starken Niederschläge in der letzten Zeit hatten den Boden mit Feuchtigkeit übersättigt, so daß das Wasser nicht abziehen konnte. Es mußten deshalb mehrere Auslaufgräben gezogen werden. Die Unfallstelle weist ein etwa 5 bis 6 Quadratmeter großes Loch im Gedeich auf. Durch eine außergewöhnlich große Bruchstelle wurden hier riesige Wassermengen hochgeschleudert. Ueber die Ursachen des Rohrbruches sind die Ermittlungen noch im Gange. Es wird aber vermutet, daß das 110 Zentimeter starke Rohr eine schadhafte Stelle hatte, dem großen Druck nicht mehr standhielt und dann brach. Gegen 2 Uhr nachmittags konnte die Katastrophe durch Umschaltungen behoben werden. Die Wasserzufuhr in den betroffenen Stadtteilen — die ziemlich vier Stunden ohne Wasser waren — setzte in vollem Umfang wieder ein. Die städtischen Wasserwerke hoffen, daß die Bruchstelle im Laufe des heutigen Tages ausgebessert und das Rohr wieder in Betrieb genommen werden kann.

Defestagsfeier des Bezirksbildungsanschlusses Groß-Berlin. Heute abend 8 Uhr findet im Oberkassal der Bülharmonte, Bernburger Straße, die Defestagsfeier statt. Eintrittskarten à 70 Pf. sind an der Abendkasse zu haben.

Arbeiterbildungskurse. 5. Kreis Friedrichshagen. Heute abend 7 1/2 Uhr beginnt im Jugendheim in der Schule Wilmersdorf, 4. 1. Tr., ein Fortschrittskursus. Gen. Dr. Bloch spricht über „Wirtschaftspolitische Tagesfragen“. Der Vortragsbeitrag beträgt für sechs Abende 1 M. Anmeldungen im Fortschrittsbüro bei Beginn des Kurses.

Parteinachrichten für Groß-Berlin
 Einladungen für diese Rubrik sind Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3.
 Rechts an das Bezirkssekretariat, 7. Hof, 2. Exp. rechts, zu richten.
Bezirksvorstand.

Sonnabend, den 19. Februar, Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes im Jugendheim Lindenstr. 3. Anfang pünktlich 6 Uhr abends.

5. Kreis Friedrichshagen. Freitag, 18. Februar, 6 1/2 Uhr, Fortsetzung der außerordentlichen Bezirksversammlung im Rathaus, Stadtordeanungsamt, Einladungen ab 6 1/2 Uhr beim Genossen Fischer, Eingang Spandauer Straße.

6. Kreis Kreuzberg. Freitag, 18. Februar, 7 Uhr, erweiterte Kreisvorsitzungsfeier bei Biele, Diefenbachstr. 76.

7. Kreis Charlottenburg. Sonntag, 20. Februar, nachmittags 10 Uhr, Flugblätterverteilung in der 32., 33. und 34. Wkt. von den bekannten Kolonnen aus. — Die Kundgebung findet am 27. März im Schauspielhaus statt. Der Vortragsbeitrag beträgt sechs Abende 1 M. 4-6 Uhr in der 34. Gemeindehalle, Spreestr. 39, durch den Schulleiter, Genossen W. Schneider, Ratl. Anmeldungen zum Unterricht dortselbst.

14. Kreis Köpenick. Freitag, 18. Februar, 7 1/2 Uhr, im Stadttheater, im Wilhelmplatz, Kreisvorsitzungsfeier. Vortrag: „Sozialdemokratie und Regierungsveränderung.“ Referent: Stadtordeaner Hermann Semper.

18. Kreis Prenzlau. Wahlerversammlung: Freitag, 18. Februar, 7 1/2 Uhr, im Lückischen Platz, Breite Str. 14, Fortsetzung des Kurusaabends.

Einheitsverband sozialistischer Handel- und Gewerbebetrieber und sonstiger Berufe, Ortsgruppe Berlin. Heute, Donnerstag, 17. Februar, 8 Uhr, im Saal 11 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 24-25, Jahresgeneralversammlung. Außer der Tagesordnung Vortrag: „Deutschland in der Weltwirtschaft.“ Referent: Rudolf Wiesel, 2. b. 9, Reichsmittler a. D. Es werden sämtliche Mitglieder in Pflicht. Wäre willkommen. Die Sitzungen mit Referaten wirtschaftlichen Inhalts finden an jedem 2. Donnerstag im Monat ebenfalls statt.

Heute, Donnerstag, 17. Februar:
 22. Wkt. Die Gruppenleiter können im Laufe des Sonnabend nachmittags die Funktionsausweise für 1927 beim Abteilungsleiter abholen. Ein Verzeichnis der Bezirksführer ist mitzubringen. Funktionsäre, die am Sonntag, dem 21. Februar, die Funktionsausweise abholen, werden sich wegen ihrer Funktionskarte an den Gruppenleiter. Im Übrigen werden diese in der Mitgliedserversammlung am 18. Februar ausgeben.
 23. Wkt. 7 1/2 Uhr Sitzung sämtlicher Funktionsäre bei Vertella, Hohentierstraße 3. Ausgabe der Funktionskarten.
 47. Wkt. Die Funktionsäre werden ersucht, die alten Funktionskarten gegen neue umzutauschen bei Freidei, Nationalenplatz 22, Durrgeb. 2 Tr.

Freitag, den 18. Februar 1927, abends 7 1/2 Uhr, im Cecilian-Cyzeum, Rathausstraße in Lichtenberg
Oeffentliche Versammlung
 Tagesordnung: Kampf dem Mietwucher, Protest gegen die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft.
 Ref.: Landgerichtsrat Ernst Ruben. Erscheint in Massen!

Morgen, Freitag, 18. Februar:
 29. Wkt. 7 1/2 Uhr bei Partusch, Friedenstr. 8, außerordentlich wichtige Funktionsänderung.
 35. Wkt. Charlottenburg. 8 Uhr bei Goretz, Wallstr. 90, Funktionsänderung.
 44. Wkt. Mariendorf. 8 Uhr bei Riendorf, Chausseest. 19, Funktionsänderung.
 Achtung! Der Saal muß um 10 Uhr geräumt werden.
 113. Wkt. Lichtenberg. Nach der Versammlung (etwa 9 1/2 Uhr) bei Geipke, Kronprinzstr. 4, Eichenwegstraße, Ausgabe der neuen Funktionskarten. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
 Wkt. 124. Wilmersdorf-Süd. 8 Uhr bei Dieck, Uhlendorferstr. Mitgliedserversammlung. Vortrag: „Sozialdemokratie und Regierungsveränderung.“ Referent: Max Hedenmann, 2. b. 2. Alle Mitglieder müssen erscheinen. Gäste und „Vorwärts“-Leser sind herzlich eingeladen.

3. Wkt. Sonntag, 20. Februar, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24-25, im großen Saal, Winterfest. Großes künstlerisches Programm. Tanz. Eintritt 1 M. inkl. Steuer. Beginn 8 Uhr. Starke Besuch erwartet der Abteilungsleiter.

Jungsozialisten. Heute, Donnerstag, 17. Februar:
 Gruppe Osten: Unsere Arbeitsgemeinschaft im Rahmen der Arbeiterbildungsschule beginnt heute pünktlich 7 1/2 Uhr mit dem Thema „Probleme der Nachkriegswirtschaft.“ — Gruppe Charlottenburg: 8 Uhr im Jugendheim Postenstr. 4 Arbeitsgemeinschaft: „Der Handelszeit der Tageszeitung.“ — Gruppe Prenzlauer Berg: 8 Uhr im Jugendheim Prenzlauer Str. 20 Vortrag: „Wirtschafts- und Sozialdemokratie.“ (Im Anschluß an die Jungsozialistischen Blätter vom Januar.) — Gruppe Kreuzberg 1 und 2: 8 1/2 Uhr in der Balkenstraße, Gängehofstraße, Vortrag: „Indien und seine Probleme.“ Leiter: Dr. Sturm.

Frauenveranstaltungen.
 1. Kreis Mitte. Achtung, Genossinnen! Beginn der Arbeiterbildungsschule am Donnerstag, dem 24. Februar, bei Schiefing, Währstr. 1.
 11. Kreis Kreuzberg-Friedrichshagen. Heute, Donnerstag, 17. Februar, 8 Uhr, in der Wohnung der Genossin Rabbe, Grotzstr. 8, Funktionsärinnenkonferenz.
 20. Wkt. Achtung, Genossinnen! Heute, Donnerstag, 17. Februar, Besichtigung des Konsumwarenhauses in Charlottenburg, Holtenauer 4. Treffpunkt Hochbahn Prenzlauer Straße. Abfahrt pünktlich nachm. 3 Uhr.
 22. Wkt. Heute, Donnerstag, 17. Februar, Besichtigung des Konsumwarenhauses, Treffpunkt 7 1/2 Uhr Bahnhof Tiergarten. Nachzügler im Scharnhorst, Holtenauer 4. Gäste können eingeführt werden.
 126. Wkt. Reinickendorf-Öst. Heute, Donnerstag, 17. Februar, 7 1/2 Uhr, Frauenabend in der Parade Lindenauer Straße.

Funkwinkel.
 Sehr hörenswerte Ausführungen über „Hygiene der Trinkwasser- und Abwasser-Verföhrung“ gab Geh. Oberregierungsrat Prof. Dr. Spitta. Der Vortrag, der ausführlich zentrale Trinkwasser- und Abwasser-Verföhrung der Städte und Gemeinden behandelte, gab auch wichtige Anregungen für Selbstverföhrer mit Wasser. Man erfuhr, wie Wasser keimfrei gemacht wird und welchen Wert es für die Gesundheit hat, wenn statt des Oberflächengewässers Grundwasser verwendet werden kann. Auch die Stellen, durch die Wasseruntersuchungen vorgenommen werden, wurden den Funkhörern namhaft gemacht. — Zwei Vorträge beschäftigten sich mit der berufstätigen Frau. Margarete Reinberg sprach über „Die Frau im Handels- und Büroamt“, Maria Hellersberg behandelte das Thema „Erwerbstätige Frauen in Staat und Wirtschaft“. R. Weindbergs Vortrag, der sich hauptsächlich auf Aufzählungen der Frauenberufe im Handel beschränkte, ohne etwa auf die gegenwärtigen Aussichten auf Beschöftigung und Entlohnung einzugehen, hätte immerhin zur Zeit der Schulentlassungen einigen Sinn gehabt. Maria Hellersberg empfahl in ihren sehr allgemein gehaltenen Ausführungen die Einstellung der erwerbstätigen Frau auf die allgemeinen Fragen der Zeit und der Politik. Aber wenn sie schließlich erklärte, daß hier einzig und allein von den Frauen der Einfluß von fürsorglicher Mütterlichkeit und Nächstenliebe notwendig sei, damit „sein noch so rationales Maschinenzeitalter uns etwas anhaben kann“, so war dieser Satz ohne nähere Ausführungen kaum mehr als eine schöne Phrase. Helmut Jaro Jarecki gab ausführliche Darlegungen über das Schaffen von Max Steppelt. — In Ausführungen über die Aufhebung der Zwangsverföhrung für gewerbliche Räume bemühte sich Wohlfahrtsminister Dr. Hirtfelder seine von weiten Kreisen belöhmten Maßnahmen zu rechtfertigen. Für die Inhaber nicht gewerblicher Räume fiel dabei die beruhigende Versicherung, daß sie nicht leer ausgehen sollen, da für die Wohnungen Mietspreiserhöhungen in kürzester Zeit mit Sicherheit zu erwarten sind. — Der Abend bot alte Musik. Die Klangerbe der alten Instrumente kam vor dem Mikrophon ausgesprochen zur Geltung, sowohl bei dem von Paul und Rudolf Hindemith gespielten Streichinstrumenten (Viola d'Amore und Viola d'agamba) wie auch beim Cembalo, durch dessen meisterhafte Beherrschung Alice Ehlers erfreute.

7. Wkt. Freitag, den 18. Februar, 7 1/2 Uhr, im Cecilian-Cyzeum, Rathausstraße 6, Prenzlauer Berg. Vortrag: „Die Frau in der Gesellschaft.“ Referent: Paul Brendel.

Arbeitsgemeinschaft der Arbeitervereine Groß-Berlin. Die Kreisleiter sollen am Freitag, 18. Februar, die Führerliste und die Namen der Parteien bestimmen.

Storbefehl der Groß-Berliner Partei-Organisation
 11. Kreis Kreuzberg-Friedrichshagen. Am Dienstag, dem 15. Februar, morgens 5 1/2 Uhr, verstarb unser lieber Genosse, der Bezirksvorordnete Ernst Wilberg. Seine unermüdete Tätigkeit für die Partei, sein Wirken in der Gemeinde, die Lauterkeit seines Wesens wird ihm ein dauerndes Andenken sichern. Einäscherung am Sonnabend, dem 19. Februar, nachmittags 2 Uhr im Krematorium Wilmersdorf, Berlin. Regte Beteiligung wird erwartet.
 5. Wkt. Unser Genosse und Funktionär, Robert Dreyer, Volhinger Straße 72, ist im Alter von 61 Jahren verstorben. Einäscherung am Freitag, dem 18. Februar, nachmittags 12 1/2 Uhr, im Krematorium Gerickestr. Um rege Beteiligung wird gebeten.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Achtung, Werbebeauftragte und S.-G.-Mitglieder! Heute 6 1/2 Uhr Sitzung im Jugendsekretariat.

3. Arbeiter-Eisenbahn-Komitee. Sonntag, 21. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, im großen Saal der Bülharmonte, Bernburger Straße.
 Ein Frühlingstheater (Dramatisches Epos von Bruno Schönlank) Sonntag, 6. und Sonntag, 13. März, nachmittags 11 1/2 Uhr, im Theater am Blücheler. Karten sind im Jugendsekretariat erhältlich.
 Die älteren Genossen beteiligen sich an der jungsozialistischen Veranstaltung am Sonntag, 19. Februar, 7 1/2 Uhr, in der Aula des Friedrich-Heinrich-Schulhaus, Wilmersdorf, Str. 44-47. (Vorbereitung: Untergrundbahn-Gründungsfeier.) Genosse Engelbert Graf spricht über das Thema „Kriegsgefahr rund um den Stillen Ozean.“ Karten zum Preis von 50 Pf. sind im Jugendsekretariat.

Heute, Donnerstag, 7 1/2 Uhr:
 Norden: Schule Putzstr. 2. Vortrag: „Was ist Klassenkampf?“ — Kollisch: Schule Oberwälder Str. 10. Vortrag: „Untere Sozialklassen.“ — Schönlank: Schule Diefenbach Str. 76. Vortrag: „Die Hilfe der Unglücklichen.“ — Köpenick: Schule Wilmersdorf, 128. Literaturabend: Schriftsteller des Proletariats. — Friedrichshagen: Jugendheim Oberwälder Str. 10. 10-Minuten-Referate. — Charlottenburg-Nord: Schule Wilmersdorf, 128. Vortrag: „Krisis und neue Aufgaben.“ — Wilmersdorf: Jugendheim Wilmersdorf, 128. Vortrag: „Einführung in den Sozialismus.“

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Nachbarschaft der Schönlank-Hausbesitzer zu Berlin. Donnerstag, 17. Februar, 8 Uhr, Restaurant Dönerstr. 142, gefällige Sitzung und Vortrag über „Niederdeutscher Humor“. Landesteil sowie Gäste willkommen.

Deutsche Gartenbauvereinschaft. Donnerstag, 17. Februar, 7 Uhr, spricht Prof. Dr. Subwiga im Hofsaal 6 der Landwirtschaftlichen Hochschule, Invalidenstr. 49, in einem Lichtbildvortrag über „Wie haben sich die Witterungsverhältnisse des Jahres 1926 in Bezug auf das Auftreten von Krankheiten und Schädlingen an unseren Kulturpflanzen ausgewirkt.“ Eintritt frei.

Verband Volkshilfe, Ortsverein Berlin. Donnerstag, 17. Februar, Schule Wilmersdorf, Vortrag: „Wohlfahrt.“ Referent: Prof. Schönlank. — Jugendgruppe Osten: Freitag, 18. Februar, Vortrag: „Arbeiter, Gesundheitspflege und Lebensreform.“ — Jugendgruppe Süden: Freitag, 18. Februar, Bericht von der Berliner Jungarbeiterkonferenz.

Bereitigung der Freunde von Religion und Völkerverständnis. Genosse Werrner spricht Freitag, 18. Februar, 7 1/2 Uhr, in der Kaiser-Friedrich-Schule, Charlottenburg, Knechtelstraße (Eingangsbau) über „Was hat uns Weltgeist zu sagen?“ — Sprecher: Sonntag, 20. Februar, vorm. 10 Uhr, religiöse Versammlung in der Zentralbibliothek, Charlottenburg, Berl.-August-Platz. Genosse Werrner spricht über „Gott und Gott.“

Bereitigung für Schul- und Jugendleistungen. Berlin-Tempelhof. Freitag, 18. Februar, 8 Uhr, Gemeindefabrik Wilmersdorf, 33, spricht Frau Hans von Herte über „Ausbildungsmöglichkeiten im Jugendheim Charlottenburg.“ Eintritt frei.

Verband für Freizeitsport und Freizeitsport, e. V. Unterbesitz Neukölln: Freitag, 18. Februar, 7 1/2 Uhr, für den oberen Teil Karlshorststr. 6-10 im Bereichshaus, großer Saal; für den unteren Teil in Wölffs Hofsaal, Reichshofstraße, zwei Mitgliederveranstaltungen. — Unterbesitz West: Donnerstag, 17. Februar, 7 1/2 Uhr, in Halden Hofsaal, Chausseest. 19, öffentlicher Lichtbildvortrag, Thema: „Erd- oder Feuerbestattung.“

Humboldt-Hochschule. Vortrag: Paul Lehmann spricht Sonnabend, 19. Februar, 8 Uhr, Parochenstr. 12 (Aula) über „Im Damm der Wege“ (mit Lichtbildern). Eintritt 25 Pf. und 1 M. — Prof. Hans Böslig hält Freitag, 18. Februar, 8 1/2 Uhr, Parochenstr. 12 (Aula), einen Vortrag über „Kunst“ (mit Lichtbildern).

Wohlfahrt Dr. Schönlank hält seine nächste Vorlesung über „Politik und Moral“ in der Deutsch. Hochschule für Politik, Schinkelplatz 6, wegen Erkrankung nicht am Sonnabend, dem 19., sondern erst am Sonnabend, dem 26. Februar, 8 Uhr.

Sport.
Ringkämpfe im Apollo-Theater.
 Am kommenden Freitag beginnt ein großer Ringkampf, zu welchem hauptsächlich Vertreter der Leicht- und gewandten Mittelgewichtsklasse ihre Meldungen abgegeben haben. Bestens bekannte Namen wie Schachschneider, Berlin, Sirk, Finnland, Reiber, München, Gotsch, Neuföhr, Angeleik, Rumänien, Restöm, Schweden, Bückner, Breslau sind auf der Teilnahmehliste verzeichnet. Besonders Interesse dürfte die Teilnahme des jungen Berliner Fritz Klein erwecken, der erst kürzlich in das Lager der Berufsjünger übergetreten ist.
 Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgegend (Nachd. verb.): Heute und morgen, Temperaturen über Null. — Für Deutschland: Ueberall härter bewölkt mit Niederschlägen. Lufttemperaturen über Null.

Was der 1921er
 für den Weinkenner, ist die jüngste Tabakernte für den Zigarettenraucher
 Unsere neue Mischung
GOLD-SABA-4,8 KÖNIG.V.SABA-4,8 BACCARAT-5,8
 nur aus Tabaken der neuesten Ernte, frisch manipuliert, bietet dem Feinschmecker leichte, bekömmliche Qualität, blumiges Aroma und glatten Brand
GARBÁTY

Bewerkschaften und Arbeitsschutzgesetz

Tagung des Bundesausschusses des ADGB.

Das einleitende Referat zum 3. Punkt der Tagesordnung, Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes, hielt Genosse Spliedt.

Die Gewerkschaften haben ein einheitliches Gesetz verlangt, sowohl hinsichtlich des Arbeitsschutzes wie der Arbeitszeit. Das Gesetz soll sich auf alle Berufe erstrecken. Auch die Eisenbahner z. B. wie die Landarbeiter, die Hausangestellten usw. sollen unter das Gesetz fallen. Den Eigenarten der Betriebe muß selbstverständlich Rechnung getragen werden, aber innerhalb des Gesetzes. Was die sogenannten Kleinbetriebe angeht, z. B. in der Schifffahrt, der Landwirtschaft, so geht das Gesetz einen unmöglichen Weg. Es schafft eine

unberechtigte Ausnahmegebung.

Das Washingtoner Abkommen hat den Familienbetrieb genau begrenzt. Das Arbeitsschutzgesetz geht von einer viel zu weiten Fassung des Begriffs des Familienbetriebes aus.

Ebenso muß der Begriff der leitenden Angestellten usw. eingengt werden. In den Bedürfnisgewerben müssen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichgestellt werden.

Der Jugendschutz muß bis zum 18. Jahre ausgedehnt werden. Die Arbeitszeit darf einschließlich des Besuchs der Fachschulen 48 Stunden nicht überschreiten. Die Gewerkschaften treten ein für drei Wochen bezahlte Ferien der Jugendlichen unter 16, bei Jugendlichen unter 18 für zwei Wochen bezahlte Ferien. Gewerbliche Tätigkeit für Kinder unter 14 Jahren muß ganz allgemein verboten werden. In Musik-, Film- und Theateraufführungen dürfen Kinder unter 6 Jahren nicht mitwirken; nur in Fällen, wo wissenschaftliche Interessen in Frage kommen, darf diese Mindestgrenze überschritten werden.

Im Bergergewerbe, bei der Expedition darf Sonntagsarbeit bei Eisgütern, leicht verderblichen Waren in bestimmten Grenzen geleistet werden. Im übrigen kommt für Sonntagsarbeit nur der Verkauf von Eis und Milch in Frage.

Die Gewerkschaften verlangen die

gesetzliche Mitwirkung bei der Arbeitsaufsicht.

Bei der Regelung des Nachtarbeitsverbots ist die Frist der Betriebsruhe von 9-5 auf 10-6 Uhr zu verschieben. Es wird aber wohl nicht angängig sein, die Bewertung automatischer Maschinen, die Vorbereitungsarbeiten leisten, zu verbieten.

Soll das Arbeitsschutzgesetz ein Rahmengesetz werden, das durch spezielle Ausführungs Vorschriften ergänzt wird, oder sollen die speziellen Vorschriften nach dem Vorbild des englischen Gesetzes in das Gesetz eingearbeitet werden? Der Bundesvorstand ist der letzteren Ansicht.

Der Kernpunkt des Entwurfs ist die

Regelung der Arbeitszeit.

Der Entwurf bietet kein klares Rechtsbild, läßt viel zu viele Ausnahmen zu. Wir brauchen ein klares Gesetz.

Bekanntlich ist der Arbeiterandrang im Verhältnis zur Vorkriegszeit sehr groß. Der Arbeitsapparat weicht sich aus. Außerdem befinden wir uns in einer rapiden technischen Entwicklung. Der Rationalisierungsprozeß greift jetzt auch auf England über. Das Anwachsen des technischen Produktionsapparats wirft neue Probleme für die Arbeiterschaft auf. In Amerika sieht bereits die 40-Stunden-Woche zur Diskussion.

Diese Entwicklung ignoriert der Entwurf. Deutschland muß sich zu einem energischen Schritt entschließen. Der Entwurf vertritt sich an einigen Punkten nicht mit dem Washingtoner Abkommen, vor allem im § 10, der dem § 5 des Washingtoner Abkommens widerspricht. Das Washingtoner Abkommen bindet die andere Beteiligung der Arbeit ausschließlich an Tarifverträge, während der deutsche Entwurf andere Möglichkeiten vorsieht. Das

Washingtoner Abkommen verlangt für den gesamten Komplex von Arbeitszeitüberreitungen Vor- und Nacharbeitszuschläge von 25 Proz., im Gegensatz zu der Auffassung, die die Arbeitsminister auf ihrer Konferenz vertreten haben.

Der Entwurf sieht zwar grundsätzlich eine Arbeitszeit von 8 Stunden vor, läßt aber die Möglichkeit zu, die Arbeitszeit z. B. nach § 10 Abs. 2

über 10 bis 12 Stunden täglich, ja noch darüber hinaus, zu verlängern. Genau so verhält es sich mit der wöchentlichen Arbeitszeit.

erner hat man die Möglichkeit anderweitiger Arbeitszeiterteilung auf die Saisongewerbe in weitestem Maße zugelassen. Das ist ganz unmöglich. Schwankungen des Marktes dürfen und sollen nur ausgeglichen werden durch Mehrarbeit.

Als Mehrarbeit sollen nach dem Entwurf 60 Stunden durch den Arbeitgeber möglich sein. Außerdem 246 Stunden durch tarifvertragliche Vereinbarungen.

Die Gewerkschaften lehnen nicht grundsätzlich jede Lieberarbeit ab. Man kann aber auch ohne Festsetzung einer Höchstzahl die Zulassung von Lieberstunden

nur an tarifliche Vereinbarungen binden.

Von großer Bedeutung ist die Frage der Arbeitsbereitschaft. Im § 6a des Washingtoner Abkommens ist davon die Rede. In der eigentlichen Arbeitszeitgebung kennt Deutschland den Begriff der Arbeitsbereitschaft nicht. Der Entwurf versucht den Begriff der Arbeitsbereitschaft einzuziehen, aber in unzulänglicher Weise.

Der Entwurf sieht bei ununterbrochener Arbeit eine Arbeitswoche von 7 Schichten vor von je 8 Stunden. Man soll 6 mal 8 Stunden in der Woche festlegen.

In der Aussprache beschäftigten sich die Vertreter der Verbände in den durch das Referat gezogenen Grenzen mit den wichtigsten Forderungen, die von den verschiedenen Gewerkschaften an den neuen Entwurf zum Arbeitsschutzgesetz zu stellen sind. Besonders lebhaft wurde die Frage der Unterstellung der Beamten unter das Arbeitsschutzgesetz, die Festlegung des Begriffs der Arbeitsbereitschaft wie der Familienbetriebe, die Regelung der Schichtzahl bei ununterbrochener Arbeit usw. diskutiert.

Der Bundesausschuss nahm einstimmig die folgende Entschliessung zum Arbeitsschutzgesetz an:

„Der Bundesausschuss des ADGB. stellt fest, daß der von der Regierung vorgelegte Entwurf zu einem Arbeitsschutzgesetz in keinem seiner Teile den berechtigten sozialpolitischen Forderungen der deutschen Arbeiter entspricht.“

Seine Haupttatsache, die Arbeitszeitregelung, ist ein Hoch auf den Achtstundentag.

Es werden unter Verschleierung selbst der gegenwärtigen Regelung typische Arbeitszeiten bis zu 12 Stunden und mehr legalisiert. Die Wochenarbeitszeit soll nach dem Gesetzentwurf eine Ausdehnung erfahren können, die die höchsten Erwartungen der deutschen Unternehmer noch übersteigt. Die zugelassenen zahlreichen Abweichungen vom Achtstundentag müßten dazu führen, daß künftig keine Aufsichtsbehörde die Durchführung des Gesetzes überwachen könnte.

Der Bundesausschuss fordert von der Reichsregierung und dem Reichstag, daß das Arbeitsschutzgesetz die Arbeitszeit klar und eindeutig für alle Arbeitnehmer auf höchstens 48 Stunden wöchentlich begrenzt. Einmalige Lieberarbeit darf, unter strengster Beschränkung auf wirklich dringliche Fälle, nur auf Grund

von frei zwischen den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter und Unternehmer vereinbarten Bestimmungen und unter Zahlung eines besonderen Zuschlags von mindestens 25 Prozent zugelassen werden. Die Möglichkeit von Zwangstaxen mit längerer Arbeitszeit durch verbindlich erklärte Schlichtsprüche ist gesetzlich auszuschließen.

Die Bestimmungen über den Schutz der weiblichen und jugendlichen Arbeitnehmer, über Nacharbeit und Ruhezeiten, Mutter- und Kinderschutz sind völlig ungenügend und bleiben weit hinter den elementarsten Forderungen der Sozialpolitik zurück. Der Jugendschutz muß eingeschränkt bis zum 18. Lebensjahre ausgedehnt und durch Gewährung bezahlter Ferien ausgebaut werden.

Für besonders gesundheitsgefährliche Berufe muß das Gesetz mehr als der Entwurf vorsieht, besondere Schutzbestimmungen enthalten.

Die Einschränkung der Sonntagsarbeit muß viel weiter gehen, als der Entwurf es vorsieht, außer auf die Verkehrsbedriebe und die der Unterhaltung und Verpflegung dienenden Gewerbe auf wirklich ihrer Art nach unausschiebbare Arbeiten beschränkt werden. Jede andere gewerbliche Tätigkeit, mit Ausnahme der notwendigen durchgehenden Arbeiten, ebenso Verkäufe jeder Art müssen vollständig und ausnahmslos ruhen. Arbeitnehmern, deren Arbeit ihrer Art nach am Sonntag verrichtet werden muß, ist dafür eine mindestens 6stündige ununterbrochene Ruhezeit in der Woche zu sichern.

Der Geltungsbereich des Arbeitsschutzgesetzes muß sich in vollem Umfange auch auf die Betriebe der Landwirtschaft, der Fischerei, des Bergbaus unter Tage, auf See-, Fluß- und Luftschiffahrt und Flöherei, auf Hauswirtschaft und auf das Pflgepersonal und hauswirtschaftliche Personal in Kranken- und Heilgeheimnissen erstrecken. Besonderen Eigenarten dieser Gewerbe kann in dem Gesetz durch Sonderbestimmungen Rechnung getragen werden.“

Außerdem nahm der Bundesausschuss gleichfalls einstimmig in einer Entschliessung Stellung zur Lohnfrage und Rüterhöhung, die wir an anderer Stelle veröffentlichen.

Als Delegierte zum Internationalen Gewerkschaftskongress in Paris wählte der Bundesausschuss einstimmig die Genossen Brandes, Tarnow, Bernhard, Badert, Haf, Jäckel, Schumann und Egger. Als Stellvertreter Reichel, Waldeder, Wolgast, Strömlinger, Lucher, Hietl, Münchner, Spliedt. Der Bundesausschuss empfiehlt den Verbänden, die internationale gewerkschaftliche Frauenkonferenz zahlreich zu beschicken und den Vertreterinnen auch die Teilnahme als Gäste am internationalen Gewerkschaftskongress zu ermöglichen.

Die „Internationale Gewerkschaftsbewegung“ erscheint ab Januar 1927 in veränderter Form und mit anderem Inhalt. Statt wie bisher vierteljährlich, kommt die Zeitschrift fortan monatlich, und zwar im Umfange von je 16 Seiten heraus. Unter Verzicht auf theoretische Artikel wird sie die offiziellen Berichte des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der angeschlossenen gewerkschaftlichen Zentralen und der internationalen Berufssekretariate bringen. „Die Internationale Gewerkschaftsbewegung“ wird in ihrer neuen Form pro Jahr mit 2.50 Mark portofrei geliefert.

„Die Internationale Gewerkschaftsbewegung“ gibt die Möglichkeit, sich über die wichtigsten Vorgänge auf dem Gebiete der internationalen Gewerkschaftsarbeit laufend zu unterrichten und sie wird auch für spätere Jahre ein gutes Nachschlagewerk bilden, so daß sie vor allem für die führenden Gewerkschaftsaktivisten aller Länder von großer Bedeutung sein wird. Die „IGB“ ist nicht mehr durch den Buchhandel zu beziehen, sondern sie muß direkt bestellt werden. Dies kann durch Einblendung des Abonnementbetrages an die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten mittels Scheckkarte geschehen.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
a. Platz d. Republ.
7½; Maskenball
Schauspielhaus
8 U.; Fluchmann
als Erzähler
Schiller-Theater
8 Uhr; Razzia

Kammerspiele
Norden 10334-37
8½ Uhr;
Germaine
(Amoreuse)
von Porto-Riche
Regie: Herb. Lanzetta.

Die Komödie
Blasmarck 2114, 7514
8½ Uhr;
Die Perle
von Tristan Bernard
Regie: Fritz Landau
Morgen Nacht
Vorstellung, 11 Uhr
Zum 1. Mal:
Rasch ein Kind

Städtische Oper
Charlottenburg
8 Uhr

Tosca
Abonn.-Turnus I

Deutsches Theater
Norden 10334-37
8 Uhr

Bonaparte
von Fritz von Unruh
Mit Gustav Hartung
Morgen
Göttebau

Theat. a. Hollendorpl.
Kurfürst 3291
8 Uhr
Max Adalbert
in „Müllers“

SCALA
Nollendorf 7360
8 Uhr;
Powers
Tanz-
Electricien
und andere
Varieté-
Neuheiten!

Gr. Schauspielhaus
Kurfürst 12 Tage
Tägl. 8½ Uhr;
Von Mand
zu Mand
CHARELL
REVUE
Sonnt. nachm. 3 Uhr
Ungekürzte Vorf.
7½ ermäß. Preisen.

Wald-Theater
8½, Der Schläger 8½;
Das blonde Wunder
Sonntag nachm. 3½ Uhr kleine Preise!
Der Hund der Sabinerinnen.

CASINO-THEATER 8 Uhr;
Nur noch wenig Auf. Ahn ungen!
Ein Tag im Paradies!
Ausscheiden: Gutschein 1-4 Pers.
Fauteuil nur 1 Mk., Sessel 1,50 Mk.

Winter
Variete
Garten
Rauchen gestattet

Wald-Theater
Täglich 8½ Uhr;
Der gr. Lacherfolg
Dr. Stieglitz
Wald. Lab. Oster-Blutprobe
Stg. 4 Uhr; Kleine Pr.
Dr. Stieglitz

Wald-Theater
Täglich 8½ Uhr;
Es war einmal
in Heidelberg
mit d. Schrägerlöffel
Heldchen verloren
Vorzeit. 50% Erm. bis
Käte Schmidt-Samst.
Gaston Briese

Maller-Revue
Theater im
Admiralspalast
Täglich 8½ Uhr
AN U. AUS
2 Hauptveranstaltungen
2 u. 3 u. 8½ Uhr;
Nachm. die ganze
Vorstellung zu
halben Preisen!

Volksbühne

Theater am Blüowplatz Th. am Schiffbauerdamm
8 Uhr; Täglich 8 Uhr
Volpone
Morgen 9 Uhr;
Traumspiel
Das Grabmal
des unbekannt
Soldaten.
Wallner - Theater
8½, Der Schläger 8½;
Das blonde Wunder
Sonntag nachm. 3½ Uhr kleine Preise!
Der Hund der Sabinerinnen.

Komische Oper
Allabendlich 8½ Uhr;
Sünden
der Welt
Die weltstädtische
James-Klein-Revue
in 24 Verwandlungen
250 Mitwirkende; 6 Balletts
Theaterkasse ab 10 Uhr un-
unterbrochen geöffnet.

**Zentral-
Theater**
Täglich 8 Uhr;
Der Trompeter
vom Rhein
Vorverk. ununterbr.
Preise von 1-7 M.

Reichshallen-Theater
Abends 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Das wundervolle Februar-Programm!
Kadmittee: halbe Preise,
volles Programm!
Dönhoff-Brett'l
Variete, Konzert, Tanz.

Neue Welt
A. Scholz Hasenheide 103-114
Donnerstag, 17. Februar, sowie täglich:
Bockbierfest
In den bayerischen Alpen - 8 Kapellen
Neue Dekorationen - 50 bayerische Modi
u. Gr. Schweineschlachten
Einlaß 6 Uhr Anfang 7 Uhr
Voranzicht: Sonnabend, 19. Februar 1927
„Ausverkauf“

Ausstellung
„Deutscher Rhein - Deutscher Wein“
Funkhaus Kaiserdamm
Täglich 7 Uhr abends
Winzerfest am Rhein
Rheinische Stimmung · Tanz · Kabarett
Paul Jälich konferiert
1 Pokal Rheinwein 0,50 M. — Eintritt nur 1,50 M.

Aktiengesellschaft für chemische Produkte
vormals H. Scheidemann.
Bilanz-Konto per 30. September 1926.

| Aktiva | RM |
|---|---------------|
| Berliner Grundstücke | 750.000 |
| Ackw. Grundst. Gebäude, Masch., Fuhrpark, Lizenzen | 6.950.000 |
| Patente, Bureaub. u. Laborator-Einricht. Wertpapiere u. Beteiligungen | 18.118.833,36 |
| Bankenguthaben | 271.258,92 |
| Guthaben bei Tochtergesellschaften | 2.985.227,24 |
| Verschiedene Schuldner | 1.645.488,10 |
| Bilanzbestand | 35.333,47 |
| Wechselbestand | 79.294,97 |
| Ware- u. Material-Vorräte | 2.928.167,71 |
| Umlauf- u. Guthaben | 2.439.059,33 |
| Avale | 36.201.869,- |
| Passiva | RM |
| Aktienkapital | 25.000.000,- |
| Reservefonds | 3.082.537,09 |
| Hypothek | 15.635,75 |
| Hypothek-Aufwerts-Reserve | 89.128,93 |
| Akademie | 641.370,42 |
| Bankschulden | 4.432.326,99 |
| Schulden an Tochtergesellschaften | 1.161.615,98 |
| Langfristige Schulden | 1.302.717,86 |
| Verschiedene Gläubiger | 807.832,40 |
| Avale | 2.365.200,18 |
| | 36.201.869,- |

Berlin, den 12. Februar 1927. Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! Ausgetretene und nicht-
bezugsberechtigte Mitglieder!
Sehr. Donnerstag, den 17. Februar,
Morgen Freitag, den 18. u.
in der Zeit von 10-11 Uhr finden wurde
Einteilung der Wahlkreise im Vorker-
reife des Verbandes am Schultze 20
bis Cäcilienpark statt.

Freitag, 18. Februar, abends 7 Uhr
Sitzung
der Mittleren Ortsverwaltung.

Sonntag, den 20. Februar, vormittags 9 Uhr, im Sitzungssaal des
Verbandsbundes, Cäcilienstr. 63/65:
Branchenversammlung
der Dach-Drahtzieher u. Spulettler
Berlins.

Kassenordnung: 1. Sitzungnahme
zur Lohnregelung der Branche. 2. Ber-
richtsabrechnung.
Bitte haben alle in dieser Gruppe be-
schäftigten Kollegen und Kollegen zu
Eintritt der wichtigsten Kassenordnung
ist es Pflicht zu erscheinen.

Nachricht! Metallarbeiter! Nachricht!
Unserer Dreizehnmännerkonferenz
sind umhändehabend erst am Donner-
stag, dem 24. Februar, statt.
Die Ortsverwaltung.

Rose-Theater
8½, U. **Das Ein-**
familienhaus
Thalia-Theater
8½ Uhr;
Der große und der
kleine Klaus
Metropol-Theat.
Täglich 8 Uhr;
Zirkusprinzessin
Residenztheater
8½ Uhr;
Absteigequartier
Gottl. Knechtel

Bei Rheumatismus

Es gibt, Todtes, Trippen- oder Erkältungs-
schmerzen, den bösen Quälgeistern, die
das schlechte Wetter bringt, erhebe man
die lebenden Arterien mit dem
schönen Reichel's Electricum
ein. Ein Naturprodukt flüchtiger Drogen-
mischer, das sie schmerzbringend zu den
schmerzbringenden Stellen bringt und eine
durchgreifende, schnell schmerzbringende
Wirkung auslöst. Es wurde schon tausende
Mal gebildet und wird auch Ihnen
Erlebung von Schmerzen bringen.

Reichen Sie aber nur Reichel's Electricum,
Dr. R. S. 2. - und 3.50, in Apoth. und Drogerien erhältlich,
bei Otto Reichel, Berlin 10, 99, Rosenstraße, 4



Aufklärender Vortrag

über
Ruilos-Knoblauchkur
Freitag, 18. Februar: Löwenbräueri, Hochstr. 2
- Näheres siehe Anschlagzettel. -
Eintritt frei. 8 Uhr abends. Eintritt frei.
Haben Sie Beschwerden wie Alterserschneungen,
Arterienverkalkung, Gicht, Rheuma, nervöse Be-
schwerden, Korpuskular, Magen-, Darmstörungen, dann
kommen Sie zum Vortrag!

Englische und deutsche Enquete.

Eine Rede Sir Balfours. — Die Verschiedenheit der Untersuchungsmethoden.

Sir Arthur Balfour, der Präsident des zurzeit tagenden englischen Enqueteausschusses (des Komitees für Industrie und Handel) und der britische Delegierte für die Weltwirtschaftskonferenz des Völkerbundes, sprach gestern als Gast des deutschen Enqueteausschusses über die Arbeitsweise und die Ziele der englischen Enquete. Nach seinem Dank für die Einladung entwickelte er in großen Zügen die Geschichte des britischen Komitees, das im Jahre 1924 unter der Arbeiterregierung Macdonalds auf Grund eines einstimmigen Beschlusses des Parlaments im Juli 1924 eingesetzt wurde. Die Aufgabe des Komitees ist, die Bedingungen und die Entwicklungsmöglichkeiten der britischen Industrie und des Handels unter besonderer Berücksichtigung des Ausfuhrhandels zu untersuchen und Vorschläge für die weitere Entwicklung zu machen.

Im Gegensatz zur deutschen Enquete ist die englische nur sehr klein, es gehören ihr nur 19 Mitglieder an, wovon 5 aus den Kreisen der verarbeitenden Industrie, 5 Gewerkschaftler, 2 Handelsvertreter und je ein Mitglied aus dem Bankgewerbe, der Schifffahrt, den Genossenschaften, der Regierung, der Wissenschaft und endlich ein Mitglied aus den Kreisen der sozialen Arbeiterorganisationen. Vertreter der Parlamente sind also im Gegensatz zu Deutschland nicht mit in dem Ausschuss enthalten. Die Aufgabenstellung der Enquete ist eng begrenzt. Seit Mitte 1924 fanden an rund 70 Tagen Sitzungen des Vollausschusses statt. Daneben noch Sitzungen der Unterausschüsse, in denen Sachverständige vernommen wurden. Neben den eigentlichen Sachverständigen wurde eine Anzahl von Fachleuten in unverbindlicher Form angehört. Die Sitzungen der Enquete sind nicht öffentlich und nur in Ausnahmefällen wurden die Sachverständigenberichte auszugswise der Presse überreicht.

Die Veröffentlichungen des Ausschusses bestehen bis jetzt in einer kurzen Denkschrift über die Baumwollwirtschaft in Ostafrika und in drei umfangreichen Bänden von Gutachten und Empfehlungen, die eine Uebersicht über die ausländischen Märkte, über die industriellen Beziehungen und über die Grundlagen der Wirtschaftlichkeit in Industrie und Handel geben. Der erste Gutachtenband ist als Balfour-Bericht über den Weltmarkt bereits sehr gut bekannt. Der nächste Band der Gutachten wird eine Schilderung der Lage in den wichtigsten Ausfuhrindustrien Großbritanniens mit vielen Einzelheiten bringen. Die Gutachtenbände stellen lediglich Vorarbeiten dar. Die eigentliche Berichterstattung wird in einem umfangreichen Schlussbericht erfolgen, der bereits jetzt vorbereitet wird und im Laufe dieses Sommers fertiggestellt werden soll. Dieser Schlussbericht wird, gegliedert nach Erzeugung, Organisation und Absatzregelung einen Uebersicht über die gesamte Wirtschaft Großbritanniens geben und außerdem einen allgemeinen Teil mit Schlussfolgerungen und Empfehlungen enthalten. Die bisherigen Berichte sind in voller Uebereinstimmung von sämtlichen Enquetemitgliedern fertiggestellt worden. Uebrigens sind alle Ausschussmitglieder rein ehrenamtlich tätig. Beachtenswert ist endlich, daß in den Arbeiten der Enquete, die unter anderem Kartellfragen, Zollprobleme, Fragen der Kreditverleicherung, Steuerfragen, Arbeitslosen- und Arbeitszeitfragen sowie das Problem der Verstaatlichung der Industrie behandeln, landwirtschaftliche Fragen ausgeschlossen sind.

Am Anschließ an die Mitteilungen Balfours erstatteten die Vorsitzenden der fünf Unterausschüsse unserer deutschen Enquetekommission eingehend Bericht über den Stand der Arbeiten in den Unterausschüssen und deren Arbeitsgruppen. Für die einzelnen Unterausschüsse sprachen Reichsminister Schiele (Landwirtschaft), Reichstagsabgeordneter Vammers (Industrie), Professor Henke (Ar-

beitsleistung) und Genosse Dr. Hifferding (Kapital und Kredit). Zum Schluß berichtete über die Arbeiten des ersten Unterausschusses, der die allgemeinwirtschaftlichen Fragen zu behandeln hat und den Schlussbericht abfassen wird, an Stelle des erkrankten Vorsitzenden Professor Harms, der Sekretär des Unterausschusses, Dr. Hecht. Aus den Berichten, die sachlich nicht sehr viel Neues brachten, ergab sich ein klares Bild über die Arbeitsweise des deutschen Ausschusses, die sich im wesentlichen darart vollzieht, daß zunächst allgemeine statistische Unterlagen bearbeitet werden, daß dann Sachverständige aus den betreffenden Wirtschaftskreisen angehört werden und daß endlich auf Grund der gewonnenen methodischen und sachlichen Einsichten Fragebogen an einzelne Betriebe, Regierungsstellen usw. geschickt werden, deren weitere Bearbeitung, eventuell ergänzt durch neue Sachverständigenvernehmungen, den Hauptinhalt der abschließenden Arbeiten in den Unterausschüssen bildet.

In den nächsten Monaten sollen nach und nach einzelne Darstellungen in Buchform veröffentlicht werden. Als erste eine Untersuchung des Arbeitsleistungsausschusses über die Methoden und Grundlagen seiner Erhebungen. Im allgemeinen ist damit zu rechnen, daß die einzelnen Unterausschüsse keineswegs vor Anfang nächsten Jahres ihre Untersuchungen abschließen können. Ueber die Arbeiten des Unterausschusses für die Untersuchung von Arbeitszeit und Arbeitsleistung haben wir kürzlich ausführlich berichtet. Der Unterausschuss über Geld- und Kreditwesen hat, wie Genosse Hifferding ausführte, besonders unter der Schwierigkeit zu leiden, daß für weite Teilgebiete seiner Arbeit zunächst die grundsätzlichen theoretischen Unterlagen beigegeben werden müssen, die beispielsweise in den Fragen der Kapitalbildung bisher fast völlig fehlen. Auf anderen Gebieten, so bei der Behandlung des Geldmarktes, wechseln die Erhebungen im Laufe der Monate sehr schnell, so daß hier die Arbeiten, die außerdem noch durch das Fehlen statistischen Materials erschwert werden, vor immer neuen Problemen stehen. Man will jetzt im Unterausschuss, nachdem man die Frage der öffentlichen Gelder einigermaßen erschöpfend behandelt hat, sich den Verhältnissen am Geldmarkt zuwenden und weiter die Fragen der Zinsspanne klären.

In dem Industrieausschuss hat man zunächst die Fragen der Kohlen- und Elektrizitätswirtschaft behandelt. Weiterhin sollen Eisen- und Holzwirtschaft, Kall und Textilindustrie, Handel und Handwerk genauer untersucht werden. Umfangreiche Erhebungen sind bereits auf all diesen Gebieten im Gange. Beispielsweise hat die Untergruppe Handel an 3000 Einzelhandelsfirmen, an die Konsumgenossenschaften und Warenhäuser Fragebogen versandt, die zu einem großen Teil schon wieder ausgefüllt zurückgegangen sind. Mit besonderem Nachdruck wird man in dieser Untergruppe die Fragen der Bauwirtschaft, Baukosten, Bauarbeiterlöhne und Baufinanzierung behandeln.

Je weiter die Arbeiten in den einzelnen Unterausschüssen fortschreiten, um so häufiger ergibt sich naturgemäß, daß gewisse Fragen, die mehrere Sachgebiete betreffen, von verschiedener Seite aus behandelt werden müssen. Damit wird eine interne Zusammenarbeit zwischen einzelnen Ausschüssen und Arbeitsgruppen erforderlich, die, wie mehrfach anerkannt wurde, durchaus glatt und reibungslos bewältigt werden konnte. Vorsitzender, Abg. Vammers, stellte mit Befriedigung das Zusammenwirken auch wirtschaftlich entgegengesetzter Gruppen fest und hat die Deffektivität angesichts des unvermeidlichen langsamen Fortschreitens der Arbeiten um Geduld. Man werde, wie auch das englische Beispiel zeige, nur langsam vom Fleck kommen, aber man hoffe, ebenso wie die englische Kommission ein der ganzen Wirtschaft nütliches Werk zustande zu bringen.

entlassen. Die Werften Armstrong bei Neapel wollen in nächster Zeit völlig schließen. Die Hochöfen der Firma Iloa in Fuorigrotta arbeiten mit Kurzsicht, ebenso die Gießereien von Torre Annunziata. Die „Cotonerie Meridionale“ befinden sich vor dem Konkurs. Die Leiter des Unternehmens versuchten, nachdem sie vergeblich bei Bedienten der Lombardi Unterstützung gesucht hatten, von der Bank von Neapel eine Anleihe von 50 Millionen Lire zu erhalten, die diese aber zu den vorgeschlagenen Bedingungen nicht gewähren konnte.

Der Güterverkehr der Reichsbahn.

In der Woche zum 5. Februar ist noch kein Stillstand in der seit vier Wochen steigenden Tendenz des Güterverkehrs der Reichsbahn eingetreten. Die arbeitstägliche Waggeneinstellung hat sich weiter im Durchschnitt von 132 200 auf 132 600 Waggeneinheiten erhöht.

(Die Angaben verstehen sich in 1000 Stück)

| Woche | wöchentlich | | durchschnittlich pro Arbeitstag | |
|-------------------|-------------|-------|---------------------------------|-------|
| | 1926 | 1925 | 1926 | 1925 |
| 31. 10. — 6. 11. | 900,3 | 822,2 | 150,0 | 137,0 |
| 7. 11. — 13. 11. | 943,2 | 806,7 | 157,2 | 134,5 |
| 14. 11. — 20. 11. | 848,4 | 716,6 | 149,7 | 128,8 |
| 21. 11. — 27. 11. | 839,5 | 793,4 | 156,6 | 139,2 |
| 28. 11. — 4. 12. | 907,2 | 731,4 | 151,2 | 129,0 |
| 5. 12. — 11. 12. | 881,0 | 702,4 | 146,8 | 127,1 |
| 12. 12. — 18. 12. | 872,4 | 717,1 | 145,4 | 129,5 |
| 19. 12. — 25. 12. | 882,3 | 454,6 | 132,5 | 113,6 |
| 26. 12. — 1. 1. | 802,0 | 500,2 | 120,4 | 100,0 |
| | 1927 | 1926 | 1927 | 1926 |
| 2. 1. — 8. 1. | 721,3 | 602,2 | 120,2 | 100,3 |
| 9. 1. — 15. 1. | 778,1 | 644,1 | 129,7 | 107,4 |
| 16. 1. — 22. 1. | 790,3 | 638,0 | 131,7 | 105,5 |
| 23. 1. — 29. 1. | 793,4 | 667,0 | 132,2 | 111,2 |
| 30. 1. — 5. 2. | 795,8 | 668,4 | 132,6 | 111,4 |

Der Vergleich mit den Vorwochen zeigt, daß die Zunahme der Waggeneinstellung sehr gering ist. Der Vergleich mit den Ziffern des Vorjahres läßt auch vermuten, daß die geringe Zunahme auf Saisonmomente zurückgeht. So ist für die Annahme einer Konjunkturbesserung im Januar aus dem Güterverkehr der Reichsbahn noch kaum ein Schluß zu ziehen.

Die Börsenhäufte soll gebremst werden. Nach den letzten Mitteilungen der Deutschen Bank hat sich das durchschnittliche Kursniveau der an der Berliner Börse gehandelten Aktien in der Zeit vom 10. Januar bis zum 9. Februar wiederum um mehr als 15 Prozent erhöht. Es ist von 162,5 auf 177,7 Prozent gestiegen. Gegenüber dem 9. Dezember, also für einen Zeitraum von zwei Monaten, liegt eine Steigerung von rund 30 Prozent vor. Die Steigerung ist am stärksten bei Bankaktien, wo sie in den beiden Monaten mehr als 40 Prozent betrug. Der Deutschen Bank scheint vor der tollen Börsenhäufte der letzten Wochen gründlich Angst geworden zu sein. Sehr nachdrücklich weist sie darauf hin, daß nun günstig die zu erwartenden Jahresabschlüsse der Industrie- und Verkehrsunternehmungen auch sein mögen, die tatsächlich erzielbare Rentabilität in einem scharfen Widerspruch mit dem gegenwärtigen Durchschnittsurs der Aktienunternehmungen an der Berliner Börse stehen. Sehr scharf wird die „Spekulation breiter Schichten des Publikums“ gebrandmarkt, das sich an die schöne Idee gewöhnt habe, an der Börse mühelos große Gewinne zu machen. Was früher an Wohlstand verlorengegangen ist, das soll eine „Börsenkonjunktur ohne Ende“ jetzt ausgleichen. Keine politische Krise, keine Arbeitslosigkeit föhre mehr, auch nicht die sehr beträchtlichen, weit über der Vorkriegsmark hinausgehenden Kosten der Spekulation. Nicht, was das Börsengeld kostete, nur die Frage, ob es vorhanden sei, interessiere die Spekulanten. Wir haben den Eindruck, daß die Deutsche Bank mehr an die eigene Brust schlagen und nicht den Sündenbock für die Börsenhäufte in dem sogenannten breiten Publikum suchen sollte, das durch die Freibleitung des in Deutschland umlaufenden Geldkapitals ja erst die Mittel erhalten hat, den von den Banken bewußt injizierten Börsentauel mit seinem Teile mitzumachen. An den heutigen Börsenorganen haben gerade die großen Banken ein vollgerichtetes Maß von Schuld.

Eine 75-Millionen-Anleihe Bayerns. Nachdem kürzlich die 500-Millionen-Anleihe des Reichs unter starker Mißbillie, besonders der Spartanen, vom deutschen Kapitalmarkt aufgenommen worden ist, tritt jetzt auch Bayern mit einer verhältnismäßig sehr großen Anleihe an den Kapitalmarkt heran. Die Anleihe ist mit 6 Prozent verzinslich und soll zu einem Kurse von 97 1/2 Proz. begeben werden. Der Freistaat Bayern sucht der schwierigen Finanzlage der Länder und Gemeinden, die durch die einseitige Bevorzugung der Privatwirtschaft durch die Reichsfinanzpolitik im letzten Jahre noch verschärft worden ist, durch diese Anleihe abzuwehren. Interessant ist, daß Bayern seine Anleihe um 1 Proz. höher verzinst als das Reich; sicher mit ein Grund, weshalb mit der bayerischen Anleihe bis zur Unterbringung der Reichsanleihe gearbeitet worden ist.

Um die öffentliche Meinung. Immer mehr werden gesellschaftliche Veranstaltungen von Interessentenverbänden zu einem politischen Mittel, die öffentliche Meinung bzw. die eingeladenen Behörden und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens für die speziellen Interessen der Verbände zu gewinnen. So wird auch der Vortragsabend zu verstehen sein, den die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, die Epigenoraausschüsse sämtlicher deutschen Händlerverbände, in den vornehmen Räumen des Kaiserhofs für seine geladenen Gäste veranstaltet hat. Die beiden Vorträge des Abends, von Dr. Friedensburg über „Politik und Einzelhandel“, und von Bobländer über „Wesen und Formen der Verkaufskunst“, erhielten durch einen dazwischenliegenden „Ampf“ das notwendige anregende Relief.

Französische Handelsbilanz und Wirtschaftskrise. Wie aus Paris gemeldet wird, läßt die französische Außenhandelsstatistik für den Monat Januar die Einwirkungen der Wirtschaftskrise auf das Auslandsgeschäft deutlich erkennen. Danach ist der Wert der Einfuhr im Januar um 1,04 Milliarden Franken, der Wert der Ausfuhr um 0,89 Milliarden Franken gegenüber dem Monat Dezember zurückgegangen; bei Gesamtbeträgen von 4,08 bzw. 4,7 Milliarden, also Ausfälle von ein Fünftel der Einfuhr und fast ein Drittel bei der Ausfuhr. Besonders deutlich wird der kritische Charakter dieser Rückgänge in der Einfuhrziffer für industrielle Rohstoffe, deren Einfuhr um 27 Prozent gesunken ist. Der Rückgang der Ausfuhr ist in der Hauptsache auf die gesunkene Konkurrenzfähigkeit französischer Fertigfabrikate zurückzuführen, mit anderen Worten auf die bedeutsame Erhöhung der Produktionskosten, die mit der anhaltenden Frankenhäufte verbunden ist.

Der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten teilt mit, daß die im Dezember v. J. wegen Erkrankung seines Geschäftsführers vertagte Mitgliederversammlung nunmehr am 28. April in Berlin stattfinden wird.

Vortrag über Bodenreform. Am Donnerstag, dem 17. Februar, spricht in der Urania zu Berlin, Laubestr. 48/49, abends 7 Uhr, Adolf Damasche über den Bodenreform-Gesetzentwurf des ständigen Beirats für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium. Der Bund Deutscher Bodenreformer hält den jetzigen Augenblick für gegeben, von berufener Seite auf die Wichtigkeit dieses Gesetzgebungswerkes von neuem hinzuweisen.

Die „Wirtschaft“ gegen die Kommunen.

Die Verteilung der Auslandsanleihen.

In einem Vortrag, den der Präsident des Deutschen Städtebundes vor kurzem in der Hochschule für Politik gehalten hat, wies er vor allem darauf hin, daß die „Wirtschaft“, wie unsere privaten Wirtschaftsführer so gern ihre privatkapitalistischen Interessen umschreiben, auf Gedeih und Verderb mit der öffentlichen Wirtschaft der Kommunen verbunden ist. Selbstverständlich wird auch diese neueste Feststellung einer altbekannten Tatsache so wenig wie alle früheren an dem zähen und erbitterten Kampf etwas ändern, den die private Wirtschaft gegen die öffentliche Wirtschaft der Kommunen verbunden ist. Selbstverständlich wird auch diese neueste Feststellung einer altbekannten Tatsache so wenig wie alle früheren an dem zähen und erbitterten Kampf etwas ändern, den die private Wirtschaft gegen die öffentliche Wirtschaft der Kommunen verbunden ist. Selbstverständlich wird auch diese neueste Feststellung einer altbekannten Tatsache so wenig wie alle früheren an dem zähen und erbitterten Kampf etwas ändern, den die private Wirtschaft gegen die öffentliche Wirtschaft der Kommunen verbunden ist.

In den Zeiten der Geldknappheit und der enormen inländischen Zinsfüße, also von Anfang 1925 bis in den Oktober 1926, suchte man den Kommunen den Ausbau ihrer Werke dadurch unmöglich zu machen oder mindestens zu erschweren, daß man sie in der Aufnahme ausländischer Anleihen aus Luferste beschränkte. Man scheute sich nicht, zu diesem Zweck unter Willigen des Reichsbankpräsidenten die bekannte „Beratungsstelle beim Reichsfinanzministerium“ ins Leben zu rufen, deren Hauptzweck es war, den Kommunen, auch den größten, zu verwehren, was jeder Aktien-gesellschaft ohne weiteres erlaubt war. Mit der zunehmenden Geldflüssigkeit und dem stetigen, wenn auch langsamen Sinken des Zinsfußes hat diese Form des Kampfes ihren Sinn verloren und ist in den Hintergrund getreten. Augenblicklich wird der Abbau der wenigen den Gemeinden noch verbliebenen Gemeindesteuern, insbesondere der Gewerbesteuer, mit aller Kraft propagiert. Ein solcher Abbau müßte natürlich eine Erhöhung der städtischen Tarife und Gebühren im Gefolge haben, denn aus leeren Kassen können die Städte ihre Aufgaben nicht erfüllen. Das erstrebte Ziel, noch stärkere Belastung des Massenkonsums zugunsten einer abermaligen Entlastung der „Wirtschaft“, wäre erreicht.

Trotz dieser augenblicklichen Lage ist es auch heute noch wertvoll, aus einer von der Reichszentrale für Heimatsdienst vor kurzem veröffentlichten Statistik festzustellen, welche Beträge ausländischer Anleihen bis Mitte Dezember 1926 nach Deutschland geflossen sind und wer sie aufgenommen hat. Es belaufen sich die bis Mitte Dezember 1926 im Ausland aufgenommenen öffentlichen und pri-

vaten Anleihen auf einen Nominalbetrag von insgesamt 3871,6 Millionen Mark. Der Emissionsmarkt dieses Nominalbetrags beziffert sich auf 3644,6 Millionen Mark, von dem noch für die Dawes-Anleihe 85 Millionen Mark und für die übrigen Anleihen etwa 5 Proz. an Provisionen, Ausver-lustn usw. abgezogen werden müssen. Es sind also nur etwa 3400 Millionen Mark nach Deutschland geflossen, die zum Nominalbetrag verzinst und amortisiert werden müssen. Der Nominalbetrag verteilt sich auf die einzelnen deutschen Empfänger wie folgt:

| | Millionen M. |
|-----------------------------------|--------------|
| Industrie | 1241,7 |
| Reich | 962,5 |
| Elektrizitätswerke | 455,7 |
| Kommunen | 463,1 |
| Länder | 888,3 |
| Reichsbankkreditanstalt | 105,0 |
| Verkehrsunternehmungen | 90,3 |
| Katholische Kirche | 58,0 |
| Hypothekendarlehen | 46,3 |
| Warenhäuser | 26,2 |
| Evangelische Kirche | 10,5 |
| | 3871,6 |

Die Anleihen lauten in den meisten Fällen auf Dollar, obgleich auch von diesen Dollaranleihen namhafte Beträge in anderen Ländern, vor allem in England und Holland, untergebracht wurden. Der weitaus größte Teil der Anleihen wurde in New York aufgenommen. Auf andere Länder, Schwitz, Schweden usw., entfallen verhältnismäßig geringere Beträge.

Verhäufung der italienischen Wirtschaftslage.

Aus Mailand wird uns geschrieben: Die Konturpidemie herrscht in ganz Italien. Der Justizminister Rocco hat, um den Eindruck auf die Bevölkerung abzuwachen, in einem vertraulichen Rundschreiben an die ihm unterstehenden Behörden verfügt, das Gerichtsverfahren nur noch gegen betrügerische Konkurs zu eröffnen, gegen die übrigen aber zurückzustellen und nichts über sie im Amtsblatt zu veröffentlichen.

Großen Eindruck hat der Zusammenbruch der Groß-eisenhandelsfirma Elio in Neapel, eine der ältesten Ita-liens, betrauert. Die Situation, zumal in Süditalien, hat sich bedenklich zuspitzt. Das Finanzamt von Neapel war am 31. Dezember 1926 im Besitze von nur 38 Proz. der fälligen Steuern. Die Lage der Bank von Neapel ist befohrn-erregend. Die Werften von Saia haben im Januar 700 Arbeiter

Finanzprogramm des Rechtsblocks.

Schwere Besorgnisse Köhlers - Ausgaben ohne Deckung.

In seiner gestrigen Sitzung begann der Reichstag die erste Beratung des Reichshaushalts für 1927 in Verbindung mit der ersten Beratung des vorläufigen Finanzausgleichs.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler

betont einleitend, daß der Haushaltsplan von seinem Vorgänger aufgestellt und von der neuen Regierung unverändert übernommen werden mußte. Das Haushaltsjahr 1926 werde voraussichtlich mit einem kleinen Ueberschuß im ordentlichen Haushalt abschließen. Zur Deckung des außerordentlichen Haushalts in der Höhe von 940 Millionen stehen zunächst nur der Erlös der in der letzten Woche aufgenommenen Anleihe mit rund 450 Millionen und eine Schuldaufnahme bei der Reichspost im Betrage von 100 Millionen, also insgesamt 550 Millionen zur Verfügung. Ueber die Deckung des Restes wird noch Bescheid zu lassen sein, wobei aber zu beachten wäre, daß das Reich in den nächsten Monaten nicht schon wieder an den Anleihemarkt herantreten kann. Das Steuererleichterungsgesetz habe zweifellos für die Wirtschaft eine belebende Wirkung gehabt. Die herabgesetzte Umsatzsteuer sei um 130 Millionen hinter dem in den Etat eingeschätzten Ertrag zurückgeblieben. (Hört! hört!) Das Argument, daß eine Herabsetzung der Steuerlast den Gesamtbeitrag der Steuer steigern könnte, hat sich bei der Umsatzsteuer nicht bestätigt; auch die als Wirkung der Herabsetzung erwartete

Senkung der Preise ist nicht eingetreten. (Hört! hört!)

Der Betrag, um den die Umsatzsteuer gesenkt wurde, ist auf dem Wege von Produzenten zum Konsumenten liegen geblieben. Bei der Senkung des Vermögenssteuerarifs für die kleineren Vermögen läßt sich der ziffernmäßige Ausfall schwer feststellen. Die Finanzlage sei jetzt so, daß die früheren Ueberschüsse verbraucht sind und die Wirtschaftslage die erhoffte Besserung nicht erfahren hat. (Lebh. hört! hört!) Das Gleichgewicht des vorliegenden Etats ist nur scheinbar, denn es sind keine Mittel vorgesehen für die zu erwartenden größeren Ausgaben (lebh. hört! hört!), und es sind keine Reserven vorhanden.

Der Minister gibt hierzu einen kurzen zahlenmäßigen Ausblick an Hand des Etats, wie wir ihn bereits in der gestrigen Morgenansprache dargestellt haben und fährt fort: Wenn das Arbeitslosenversicherungsgesetz am 1. April noch nicht in Kraft treten kann, dann muß das Reich die Erwerbslosenfürsorge weiter leisten und muß außerdem den Anteil der Länder und Gemeinden mit übernehmen.

Das würde eine Ausgabe von monatlich 40 Millionen bedeuten, für die keine Deckung vorhanden ist. (Hört! hört!)

Außerdem wird die den Beamten so oft gegebene Zusage der Verbesserung ihrer Bezüge eingelöst werden müssen, denn den Weg einmaliger Beihilfen wollen wir verlassen. (Beifall.) Mittel dafür sind aber im neuen Etat nicht enthalten. Dabei ist die Hoffnung auf eine weitere fortschreitende Besserung der Wirtschaft recht gering. Eine Wirtschaft mit 1 1/2 Millionen Arbeitslosen ist von der Gesundung noch recht weit entfernt. Eine pflegliche Behandlung der Steuerquellen ist notwendig. Wir wollen keine fiskalische, sondern eine volkswirtschaftliche Finanz- und Steuerpolitik. Die in der Gesundung begriffene Wirtschaft soll nicht mit neuen Lasten belegt werden. Nach Möglichkeit soll mit der Steuerentlastung fortgefahren werden.

Die Wirtschaft hat also mit dem Regierungswechsel keine „Schlacht“ verloren.

zumal die Mehrheit der bisherigen Regierung auch in der neuen Regierung geblieben ist. In der Frage der Höhe der Steuern. Hier stehe ich auf dem Standpunkte, daß wir im Interesse unserer Volkswirtschaft mit allen Mitteln bedacht sein müssen, neue Steuerlasten überhaupt zu vermeiden. Wir müssen uns unbedingt darauf einrichten, mit dem auszukommen, was wir haben, selbst wenn wir erwünschte und an sich vielleicht zweckmäßige Ausgabenbedürfnisse zurückstellen und einschränken müßten. Darüber hinaus muß es unser festes Ziel sein, mit Steuerentlastungen fortzufahren. Freilich verheißt ich mir nicht, daß die nächste Zeit insbesondere mit Rücksicht auf die ständig steigenden Reparationslasten es uns nicht leicht machen wird, größere Entlastungen vorzunehmen. Sollte sich ein Weg dazu finden, und die Regierung wird sich an der Aufsuchung dieses Weges führend beteiligen, dann scheint es mir am nächsten zu liegen, wenn wir bei denjenigen Verbrauchsabgaben beginnen, die den notwendigen Konsum belasten. Ich denke hier in erster Linie an den ja schon bei anderen Gelegenheiten geäußerten Wunsch, die Zuckersteuer zu senken. Aber auch die direkten Steuern dürfen bei einer Entlastungsaktion nicht übersehen werden, wobei als die drückendsten Steuern jureit unbedingt die Realsteuern zu gelten haben. Außerordentlich dringend und nicht mehr verschleppbar sind

Maßnahmen zur Vereinfachung

im Vollzug der Steuergesetze. Das Jahr 1926 war für die Steuerbehörden ein Jahr starker Arbeitsanpannung. Eine Fülle neuer Steuergesetze und Steuernormen waren in die Wirklichkeit zu überführen, und zwar so, daß schon in diesem Jahre die Einwirkung sichergestellt und ein Ausgangspunkt für eine normale Basis der Geschäfte erreicht wurde.

Unsere Finanzbeamten sind in einem Maße überlastet, daß schnelle Abhilfe geboten ist.

Ich habe mich daher entschlossen, verschiedene Vereinfachungsmaßnahmen, die zu einem Teil auch im Verwaltungswege durchführbar sind, alsbald anzuordnen.

Die Hauptaufgabe ist die ordnungsmäßige, genaue und gleichmäßige Durchführung der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer. Diese Hauptaufgabe hat aber nicht den nötigen zeitlichen Spielraum, wenn die in den Anfangsjahren ganz besonders schwere Arbeit der Festsetzung der Einheitswerte ständig miterleidet werden muß. Ich beabsichtige daher, wie es das Bewertungsgesetz ausdrücklich zuläßt, die das erstemal vorgenommene Bewertung wenigstens bezüglich der landwirtschaftlichen Betriebe und der Grundstücke noch für ein weiteres Jahr gelten zu lassen und eine völlige Neubewertung erst wieder im Jahre 1928 vorzunehmen. Daneben scheint es mir wichtig, die noch immer große

Anzahl der Zahlungstermine etwas einzuschränken.

Bei Einkommen- und Körperschaftsteuer sind wir bereits bei normalen vierteljährlichen Terminen angelangt. Die Umsatzsteuer aber kennt noch monatliche Zahlungen. Hier und bei der Lohnsteuer scheint es mir zweckmäßig, an die Stelle der dreimaligen Zahlungen, die jeden Monat erfolgen müssen, eine zweimalige zu setzen. Vor- und nachteilig hier gewiß geboten, weil ja nicht außer Acht zu lassen ist, daß die Arbeitgeber bei jeder Lohnzahlung den Arbeitern, Angestellten und Beamten ihre Bezüge um die Lohnsteuer kürzen und selbstverständlich feinerste Anspruch darauf haben, diese dem Reiche zustehenden Beträge irgendwie länger in ihren Kassen arbeiten zu lassen. Ob alle diese Maßnahmen genügen, um unsere Steuerbehörden instand zu setzen, das Jahr 1927 zu überstehen, die vorhandenen großen Reste aufzuarbeiten, die immer mehr anwachsenden Rückstände einzuziehen und auch die von ihnen mitverwalteten Landesabgaben rechtzeitig und pünktlich zu bearbeiten, ob es gelingt, die Veranlagung durch die Möglichkeit eingehender Bearbeitung zu einer wirklich gerechten zu gestalten, darüber muß man immer noch Zweifel haben und

Sorge haben. Ich werde diesem Teil meiner Dienstaufgaben in der nächsten Zeit ganz besondere Aufmerksamkeit widmen und durch sofortiges Zugreifen alles tun, was erforderlich ist, wieder Ordnung in den Geschäftsbetrieb zu bringen und eine richtige Veranlagung zu gewährleisten.

Im gegenwärtigen Augenblick kann ich eine Verantwortung für eine gerechte und gleichmäßige Veranlagung nicht in alleweg übernehmen.

Dabei ist die Möglichkeit einer gerechten Veranlagung wichtiger und ertragreicher als manches neue Steuergesetz. Zur Durchführung einer richtigen Veranlagung gehört auch die Erhaltung und eingehende Durchbildung des Dienstes der Buch- und Betriebsprüfung. Einer Abgabe dieser Geschäfte an Treuhändergesellschaften kann ich nicht das Wort reden. Gerade dieser Teil des Dienstes muß fest in der Hand der Verwaltung bleiben. Wir müssen soweit kommen, daß der Buchprüfer nicht als der Feind, sondern als der sachverständige Berater und Helfer wenigstens der ehrlichen Steuerpflichtigen angesehen wird.

Die Beamten der Finanz- und Steuerverwaltung verdienen für ihre verantwortungsvolle Arbeit höchste Anerkennung. Den maßlosen Beschlagnahmen, denen sie in letzter Zeit ausgegesetzt waren, muß scharf entgegengetreten werden. Das Haushaltsjahr 1927 werden wir nur dann gut überstehen können, wenn bei den Ausgaben wesentliche Abstriche gemacht werden.

Heilige, unantastbare Zahlen und Fonds darf es im Etat nicht geben.

wir werden auch den sogenannten „Zwangsausgaben“ Ausgabenfreigerungen scharf nachrechnen. (Beifall.) Jurist links: Das müssen Sie Gehler sagen! Wir werden im Arbeitsbeschaffungsprogramm auch noch prüfen müssen die Zweckmäßigkeit von Wasserstrafen angesichts der unumwandelbaren Vorgänge auf dem Gebiete der Technik. Die Kriegs- und Reparationslasten werden im Etatsjahr allein 3,3 Milliarden betragen. Die Posten steigern sich weiter, und ich erkenne noch keine Möglichkeit, wie wir trotz allen guten Willens diese Beträge in den nächsten Jahren werden aufbringen können. (Hört, hört!) Deutschland wird alles tun, um seine Verpflichtungen total zu erfüllen, aber man muß ihm dazu auch die wirtschaftliche Möglichkeit geben. Der Wirtschaft stimme ich darin zu, daß der Staat nicht der Bankrott der Wirtschaft sein soll.

Es gibt aber Kreise, die öffentlich sich gegen staatliche Subventionen wenden und privat dafür eintreten.

(Hört, hört! Rufe links: Sagen Sie das Ihren Koalitionsgenossen!) Sie trinken heimlich Wein und predigen öffentlich Wasser. Die Möglichkeit der Aufnahme neuer Anleihen findet ihre Grenze da, wo die Kreditwürdigkeit des Reiches gefährdet werden könnte.

Der Minister geht dann auf die einzelnen Etatspositionen ein. Am Schluß seiner Rede behandelt Minister Dr. Köhler den vorläufigen Finanzausgleich und erklärt dazu:

Die reichseigene Finanzverwaltung, so wie sie in Ihren Grundzügen von Erzberger geschaffen worden ist, halte ich auch in Zukunft für erforderlich.

Aber unter ihrem schützenden Dach soll sich das Eigenleben der Länder voll entwickeln können. Der Finanzausgleich ist keine politische, sondern eine volkswirtschaftliche Angelegenheit. Der endgültige Finanzausgleich erfordert eine rationalisierte öffentliche Wirtschaft, die jetzt noch nicht besteht. Bei der jetzigen unruhigen Wirtschaftslage ist die Einkommensteuer noch nicht der geeignete Träger der Haushalte. Bei den umfangreichen Vorarbeiten, die notwendig sind, ist kaum damit zu rechnen, daß der Finanzausgleich am 1. April 1928 vorgelegt werden kann. Dem Finanzbedürfnis der Länder will die Reichsregierung dadurch Rechnung tragen, daß die Gesamtgarantie für die Umsatzsteuer von 2,1 Milliarden auf 2,4 Milliarden erhöht wird. Auch die Anteile der süddeutschen Länder an der Biersteuer sollen neu geregelt werden. Im Interesse des Reiches und der Länder, so schließt der Minister, ist eine gründliche Vereinfachung der öffentlichen Verwaltung jetzt die dringendste Aufgabe. Die Zeit ist vorbei, in der der Reichsfinanzminister segens- und geldpendend durch die Länder ziehen konnte. Wir müssen uns jetzt um den Ausgleich sorgen. Ich werde mit allem Eifer an der Drosselung der Ausgaben arbeiten und rechne dabei auf die Unterstützung des Reichstags. (Beifall b. d. Regierungsparteien.)

An die Rede des Reichsfinanzministers schloß sich die Erwiderung des Abg. Herz (Soz.), die wir an anderer Stelle wiedergegeben haben. Ihm folgt

Abg. Dr. Oberjochen (Dnat.)

Der Redner erinnert an eine der letzten Reden des früheren Reichsfinanzministers Dr. Reinhold, in der ein erfreulicher Ueberschuss aus dem Etatsjahr 1926 angekündigt wurde. Dieser überraschende Optimismus sei jetzt gründlich durch die Lasten widerlegt. Dr. Reinhold habe sein Amt übernommen mit 900 Millionen Reserven, und er solle jetzt einen Etat zurückerheben, der überhaupt keine Reserven mehr aufweist. (Hört, hört! rechts.) Jetzt stehe das Reich vor schweren finanziellen Sorgen angesichts des Anwachsens der Dames-Lasten und des Fehlens der früheren Reserven. Durch die Erfüllung der Zusage, daß alle Lasten der Erwerbslosenfürsorge vom Reich übernommen werden sollen, würden die Reichsfinanzen in eine geradezu katastrophale Lage kommen. Der Etat sehe für diesen Zweck überhaupt keine Ausgaben vor. (Abg. Schneider (Dem.): Weiß der Arbeitsminister sie nicht angefordert hat!) Die neue Beamtenbesoldungsordnung darf nicht mehr zu lange hinausgeschoben werden. Dr. Reinhold ist zwar für die Erhöhung der Wohnungsmieten eingetreten, er hat aber in den Etat nicht einmal Reserven für die Erhöhung des Wohnungszuschusses eingestellt. (Hört, hört! rechts.) Die Pläne des neuen Ministers Dr. Köhler auf Vereinfachung der Steuererhebung finden volle Unterstützung der Deutschnationalen. Man muß schließlich zu vier Steuerzahlungsterminen im Jahre kommen. Ganz falsch ist die Behauptung, daß der landwirtschaftliche Großgrundbesitz bei der Steuerveranlagung absichtlich begünstigt werde. Die Hinauschiebung des endgültigen Finanzausgleichs läßt sich nicht vermeiden, weil das Zuschlagsrecht der Länder und Gemeinden in nächster Zeit noch nicht eingeführt werden kann. Die Hinauschiebung ist für uns aber nur erträglich unter der Bedingung, daß schon im Sommer oder Herbst eine Neuregelung der Realsteuern der Länder und Gemeinden und der Hauszinssteuer erfolgt. Die Regelung auch der Realsteuern der Länder muß das Reich durch ein Rohmengesetz vornehmen. (Abg. Koch (Weser (Dem.): Sie sind also Unitarier!) Eine grundsätzliche Neuregelung der Aufwertungsgesetzgebung müßten wir ablehnen. Der neue Reichsfinanzminister hat die Lage geklärt, wie sie wirklich ist. Wir werden ihn unterstützen, auch bei seinen Bemühungen zur Drosselung der Ausgaben.

Um 6 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf Donnerstag, 2 Uhr, vertagt.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion wird in der Donnerstag-Sitzung des auswärtigen Ausschusses des Reichstages an Stelle des in das Reichskabinett eingetretenen Abgeordneten Herz nicht, wie anfangs geplant, der Abgeordneten Graf Weizsäcker, sondern den Abgeordneten Bakraf zum Vorsitzenden des Ausschusses vorgeschlagen. Der Wahl stehen Schwierigkeiten nicht im Wege.

Die Gewerbesteuer im Landtag.

Die wahren Ursachen der Verelendung der Gewerbetreibenden.

Im Landtag wurden gestern zunächst die Beschlüsse des Hauptauschusses zur Unterstützung der Stadt Hannover aus Anlaß der Typhus-Epidemie bestätigt. Finanzminister Dr. Höpfer erklärte: Die lokale Unterstützung werde der Stadt nur zutreffen, wenn die Stadt Hannover einen Bedarf und Verwendungsnachweis führe.

Es folgt die zweite Beratung der Gewerbesteuer für 1927. Abg. Jacobshagen (Dnat.) stimmt der Herabsetzung der Gewerbesteuer in den unteren Stufen zu, wünscht aber keine Erweiterung der Freigrenze. Alle Sondervergünstigungen für Konsumvereine lehne seine Partei ab.

Abg. Thiele (Soz.) bedauert, daß es sich hier wieder um ein Provisorium handle. Die Besteuerungen sind heute überhaupt nicht mehr in der Lage, sich in dem Maße zurechtzufinden und für eine gerechte Einschätzung zu kämpfen. Wir erkennen absolut nicht, daß eine große Anzahl kleinerer und mittlerer Gewerbetreibende in schwerer Notlage sind. Das ist weniger eine Folge allzu hoher Steuern, als vielmehr eine Folge des gänzlichen Verlustes des Betriebskapitals und des absoluten Mangels an Kreditfähigkeit. Die größte Kollage der Gewerbetreibenden stammt aber daher, daß zwei Millionen Volksgenossen, Kunden der Gewerbetreibenden, arbeitslos sind. (Sehr wahr! bei den Soz.) Steuerentlastung, Hebung der Konsumfähigkeit und Leistungsfähigkeit der Gemeinden sind eng miteinander verbunden. Eine Befreiung der Wirtschaft, insbesondere der Bauwirtschaft hilft den Gewerbetreibenden mehr, als ihm die Herabsetzung der Gewerbesteuer auf die Hälfte helfen würde, wenn sie möglich wäre. (Sehr gut! bei den Soz.) Dieser grundsätzliche Standpunkt schließt nicht aus, daß wir offenbare Ungerechtigkeiten der bestehenden Gewerbesteuer auch in der Zwischenlösung beseitigen. So treten wir dafür ein, daß die Miet- und Pachtszinsen der Gewerbesteuer nicht länger zugrunde gelegt werden. Das die Besteuerung der Konsumvereine anbeirrit. So mag die Mehrheit, wenn sie will, unfertwegen sogar auf die alten Sondersteuern für Konsumvereine zurückgreifen. In Hamburg hat man das ja versucht, und unsere Hamburger Konsumvereine sind die blühendsten. Glauben Sie mir, daß die preussischen Konsumvereine sich nicht dummer zeigen werden, als unsere Hamburger Freunde. (Sehr gut! b. d. Soz.) Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Konsumenten wird auch die künftigen steuerrechtlichen Hemmnisse überwinden. Ich stelle fest, daß das Gewerbesteuerrecht alle Genossenschaftssteuererläßt, außer den Konsumvereinen. (Lebh. hört, hört! links.)

Nach Ausführungen der Vertreter anderer Parteien vertagt sich das Haus auf Donnerstag, den 17. Februar, mittags 12 Uhr.

Das Programm des Landtags.

Der Kabinettsrat des Landtags legte am Mittwoch den Beschlußplan für die nächsten Wochen fest. In der Zeit bis zum 26. Februar sollen nach Abschluß des Etats der Domänenverwaltung noch der Landwirtschaftshaushalt und der Haushalt der Forst- und der Gutsverwaltung erledigt werden. Mit dem Haushalt der landwirtschaftlichen Verwaltung will man am Sonnabend dieser Woche beginnen, mit dem der Forstverwaltung am Donnerstag nächster Woche. Außerdem sollen u. a. noch erledigt werden die Anträge zum Weidprogramm, eventuell auch die Anträge des Ostauschusses für Kreditbills des Reichs. Die Abänderungsanträge zur Förderung der Zwangswirtschaft für gewerbliche Räume sollen, wie schon vorher festgelegt war, am Donnerstag erledigt werden. Für das kommunistische Wirtschaftsantragskomitee gegen den Kultusminister Bedek ist der Freitag dieser Woche in Aussicht genommen. Die Abstimmung soll erst am darauf folgenden Mittwoch stattfinden. Am dem gleichen Tage steht auch die Groß-Hamburg-Frage zur Beratung. Es soll dann eine Pause eintreten vom 26. Februar bis zum 14. März, in der der Etat weiter gefördert werden soll. Daran schließt sich der letzte Beratungsabschnitt vor Ostern bis zum 2. April. In diesem Abschnitt will man zunächst den Kultushaushalt in zweiter Beratung erledigen.

Die Feme in Bayern.

Femunterprüfungsausschuss des Reichstags. - Referat des Mitberichterstatters Dr. Schäffer.

Der Femunterprüfungsausschuss des Reichstags legte am Mittwoch die Erörterung über die zum Untersuchungskomplex „München Einwohnerwehr“ vorliegenden Anträge fort. Es sind dies:

1. der Antrag des Berichterstatters Dr. Levi (Soz.) (Feststellung von Fememördern und Mithand bayerischer Behörden), wozu über den Fall Goreis ein Zusatzantrag der Kommunisten (Greitzburg-Rinzendern) vorliegt.
2. Antrag des Mitberichterstatters Dr. Schäffer-Breslau (Dnat.), wonach keine Fememorde vorliegen, die gerichtliche Entscheidung für genügend erachtet wird und keine Schuld der bayerischen Behörden besteht.
3. ein Vermittlungsantrag Schulte-Breslau (S.) unterstützt von Volkspartei und Demokraten.
4. ein Antrag Trochmann (Bapt. Sp.) betr. Haftlosigkeit der Bormwürfe gegen den bayerischen Justizminister Gürtner und Verneinung von Fememorden. (Der Wortlaut der Anträge ist im Anfang des Sitzungsberichts vom Mittwoch, dem 9. Februar, mitgeteilt.)

Abg. Dr. Schäffer-Breslau (Dnat.) erklärte zunächst namens seiner Freunde: Wir verurteilen den Fememord, wir betrachten ihn nicht als Mittel zur Reinigung, sondern zur Verstärkung der politischen Atmosphäre. Fememorde bringen Staat und Volk in Gefahr und Zerrüttung. Niemand wäre mehr seines Lebens sicher. Der Staat muß eiferfüchtig über die Wahrung seiner Rechte über Leben und Tod wachen. Das bedingt aber auch, daß der Staat auf gesetzlichem Wege gegen Landes- und Waffenverräter scharf vorgeht.

Wertwürdig sei, daß der Volk Baur-Scheidemann sowohl im Antrag Levi wie im Antrag Schulte nicht erwähnt sei.

Doch Herr Landsberg, ein angehender Jurist und Politiker, den ich hoch schätze, obwohl er mein politischer Gegner ist, sich mit einem Menschen wie v. Buttamer solidarisieren erklärt hat, dafür fehlt mir das Verständnis. „Der Zweck heiligt die Mittel“, das war die Richtschnur des Herrn v. Buttamer. „Ich glaube“, so referiert sich Dr. Schäffer, „nicht zu viel zu sagen, wenn ich behaupte, daß v. Buttamer der Vater der ganzen Femebegehe ist.“

Der Redner geht sodann auf die Frage der Abgrenzung der Befugnisse der Untersuchungsausschüsse im allgemeinen ein, indem er sich auf die einschlägige Literatur bezieht. Der Ausschuss müsse es vermeiden, in Fällen von Freispruch oder Aufhebung der Urteile Beschlüsse zu fassen, die im Gegenfall stehen zu rechtskräftigen Entscheidungen. „Das würde der Verfassung widersprechen, die Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung streng abgrenzen. Darum sei im Antrag Schulte der Befuss zu beanstanden, daß im Falle Dobner der Ausschuss den Spruch des Gerichts als Fehlspruch bezeichnen müsse.“ Der Vermittlungsantrag sei in manchen Punkten „lebensförmlich“ als der Antrag Levi.

Falsch sei es, in den Anträgen sich mit einem kleinen Kriminalkommissar Glaser zu beschäftigen, während man v. Buttamer gar nicht erwähne. Zwangswirtschafts Ueberführung ins Krankenhaus sei vom gesundheitlichen Standpunkt aus geboten gewesen. Eine Ueberwachungsstelle übernehmen die Krankenhäuser in solchen Fällen nicht.

Hierauf wird die Verhandlung auf Mittwoch, den 23. Februar vertagt.

Zu Heinrich Pestalozzis 100. Todestag

Von Fritz Rarsen.

I.

Heute, an seinem hundertsten Todestag, wird es Pestalozzi gehen, wie den meisten großen Geistern, wenn sie hundert Jahre tot sind. Kein Verband, der auf Kultur Anspruch erhebt, wird es sich nehmen lassen, die innere Berechtigung seines Programms durch einige Zitate aus Pestalozzi tiefer zu begründen. Und dann werden die köstlichen Widersprüche zutage treten:

Die christlich-unpolitischen Elternverbände werden mit vieler Innigkeit die zahlreichen Stellen zitieren, in denen Pestalozzi von dem Segen der reinen Häuslichkeit als der Grundlage aller Erziehung spricht, wo er den in Gottesliebe verwurzelten Vater Sinn als den leitenden Geist in dieser Erziehung preist, wo er in tiefster Frömmigkeit sein Leben und sein Werk Gottes Segen anheim stellt, wo er in schweren Augenblicken Gott für seine Erhaltung und seine Erfolge dankt. Die Vertreter einer weltlichen Erziehung können ihnen mit ebensoviele Stellen dienen, wo er sich gegen die Religion in der Hand der herrschenden Klasse: „als ein elendes Dienstmittel ihrer Schiefläufigkeit und ihrer Herzlosigkeit und ein Vorkühler ihrer elenden Bosheit und ihrer Staatsmängel“ wendet. Sie werden vielleicht das bittere Wort aus den Nachforschungen wiederholen: „Die Priester stehen in diesem Zeitpunkt in jedem Streit der Macht gegen das Volk auf der Seite der ersten, und sie können nicht anders, sie stehen in ihrem Dienst, sie essen in denselben dann immer ganz das Brot der Macht und nicht mehr das Brot des Volkes, und was man auch immer mit vieler Höflichkeit dagegen einzuwenden beliebt, so bleibt, so lange die Welt steht, das Sprichwort: Was Brot ich esse, des Lied ich singe, bei allen Menschen wahr, die gerne essen.“ Sie können auch darauf hinweisen, daß Pestalozzi, weil er das Wesen der Religion in das Leben selber legte, den Religionsunterricht als solchen in seinen Anstalten nicht erteilen ließ.

Auch die politischen Parteien können sich je nach ihren Grundfragen für Pestalozzi begeistern. Der Monarchist hält sich an Pestalozzis Verehrung der aufgeklärten Despoten, von denen allein er Förderung seiner menschenfreundlichen, völkervereinlichenden Pläne in größtem Maßstab erwartete, der Demokrat an die große Reihe seiner Schriften von seinem Jugendversuch Kgis über seine Revolutionsschriften, vor allem „Ja und Nein“, bis zu seinen „Nachforschungen“, wo er als Vertreter des Volkes und der Volksrechte auftritt. Mit Recht beruft der letzte sich auf die Tatsache, daß der Ehrenbürger der französischen Revolution auch praktisch sich in den Dienst der helvetischen Republik gestellt hat. Der Sozialist kann sogar auf die später zu besprechende Grundtendenz der Lebensarbeit des großen Schwyzers hinweisen, die auf die Hebung der sozialen Verhältnisse der armen, heimarbeitenden Landbevölkerung seiner Heimat hingielte.

Der Besiegene wird sich gern damit beruhigen, wenn Pestalozzi sagt: „Der Arme muß zur Armut und zu solchen Fertigkeiten und Übungen gezogen werden, die ihn in seinem künftigen Leben ruhig und zufrieden machen können. Die Fertigkeiten, die Brot schaffen, die gewöhnlichen Übungen des Landes, darin er wohnt, das ist es, was am meisten in ihm entwickelt und gebildet werden muß.“ Wenn er also dem Armen „biegamen Anschlagigkeit, folglose nachgebende Bescheidenheit“ beibringen will, und ihm „auf Grund solcher Bescheidenheit als Erfah die Erhebung „zu der Kraft der inneren wahren Höhe“ verspricht, so kann der ostelbische Junter sich mit solcher Sozialpädagogik schon ausöhnen. Und doch wird ihm der Angehörige der handarbeitenden Klasse entgegenhalten, daß derselbe Mann durch sein Prinzip der Volksbildung diese überhaupt erst auf sichere Grundlagen gestellt und dadurch der Arbeiterklasse die Möglichkeit zum Aufstieg gegeben hat. Denn die Waffe des Geistes, die er ihr brachte, ist das stärkste Mittel der Revolutionierung.

Schließlich rücken auch die Lehrer an. Der reaktionäre Lehrer nimmt rein äußerlich das Wort „Methode“ herüber und entdeckt als Großtat Pestalozzis die Erfindung eines lehrbaren Unterrichtsverfahrens, hinter dem man so in der Tat dessen ursprünglichen, tiefen Sinn jahrzehntelang vergessen hatte. Mit Triumph stellt er fest, daß der Stanser Brief an der Stelle, wo der Lehrer der Lehrer von den Erziehungsmitteln spricht, den Satz enthält: „Wenn sich inbald Härte und Rohheit bei den Kindern zeigte, so war ich streng und gebrauchte körperliche Züchtigung. Der pädagogische Grundsatz, mit bloßen Worten sich des Geistes und Herzens einer Schar Kinder zu bemächtigen und so den Eindruck körperlicher Strafen nicht zu bedürfen, ist freilich ausführbar bei glücklichen Kindern und in glücklichen Lagen; aber im Gemisch meiner unglücklichen Beteiligter bei ihrem Alter, bei ihren eingewurzelten Gewohnheiten und bei dem Bedürfnis, durch einfache Mittel sicher und schnell auf alle zu wirken, war der Eindruck körperlicher Strafen wesentlich, und die Sorge, dadurch das Vertrauen der Kinder zu verlieren, ist ganz unrichtig.“ Demgegenüber kann der Lehrer, der in der vorderen Front des heutigen Schulkampfes steht, für jede Ciasse dieses Kampfes und für jede Forderung sich auf Geist und Wort des Schweizer Pädagogen berufen. Lieft man dessen eigene Schilderung von Leben und Arbeit während der glücklichen Zeit in Offerten, wie die Lehrer untereinander und

mit den Schülern lebten, so glaubt man sich in ein Landerziehungsheim der Gegenwart versetzt. Vergleicht man das erste Armenhaus auf dem Neuhof mit den modernen russischen Arbeitsschulen, so findet man eine verblüffende Ähnlichkeit, die bis in Einzelheiten der Formulierung hineinreicht. Und die tiefere Betrachtung der „Methode“ und der Erziehungsmittel gibt dem Schulreformer Recht gegenüber dem äußeren Schein, den der Reaktionär für sich beanspruchen darf.

Erziehung der Armen zu Menschen, Volkshebung durch Volksbildung, wird der große Sinn seines Lebens. Ueber all seinen späteren Plänen und Erfolgen hat er diesen Gedanken nie aufgegeben. Als er nach der anstrengenden Arbeit in Stans, die ihn todkrank machte, auf dem Gurnigel Erholung suchte, da bricht er — fast 20 Jahre nach seinem ersten Versuch im Neuhof — in die Worte aus: „Ich hatte noch nie eine so weite Aussicht gesehen, und dennoch dachte ich bei diesem Anblick mehr an das überunterrichtete

Volk, als an die Schönheit der Aussicht.“ Und gegen Ende seines Lebens will er — 50 Jahre nach seinem gescheiterten ersten Versuch — aus dem Erbs seiner Werke wieder auf dem Neuhof eine Armenanstalt errichten, die dann allerdings nicht dort, sondern in Chindly entsteht.

Rousseau hatte seinen Emil den zerstörenden Wirkungen des gesellschaftlichen Lebens entzogen, um ihn abseits allein unter den Einflüssen seiner unverbildeten Natur zu einem neuen Menschen heranwachsen und heranbilden zu lassen. Dieses Verfahren kann für den Erzieher der Armen nicht in Frage kommen. Denn sie sind an ihre Verhältnisse gekettet. Sie sind gezwungen, selbst für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu arbeiten. In diesem Leben selber müssen also die Elemente gefunden werden, an die ihre Bildung anknüpfen kann. Sie müssen ihre täglichen Pflichten als Handarbeiter üben und doch zugleich lernen, sich über diesen engsten Kreis zu erheben und ihn zu beherrschen. „Ich mußte“, sagt Pestalozzi in der Beschreibung der Grundgedanken seiner Armenanstalt auf dem Neuhof, „für die armen Kinder, die ich zu mir ins Haus nahm, Arbeit und Bildung zur Arbeit suchen. Aber ich wollte nicht nur dieses, ich wollte während und durch ihre Arbeit ihr Herz erwärmen und ihren Geist entfalten. Ich wollte sie nicht bloß unterrichten, ich wollte, daß ihr Leben und Tun sie selbst unterrichte und beim Selbstunterricht zum Gefühl der inneren Würde ihrer Natur erhebe... Ich wollte eine genugtuende Bildung zum Feldbau, zur häuslichen Wirtschaft und zur Industrie vereinigt umfassen.“ Beinahe noch klarer hat er im Rückblick auf Stans seine Pflicht formuliert, daß er „das Lernen mit dem Arbeiten, die Unterrichts- mit der Industrieanstalt“ verbinden und beides ineinander schmelzen wollte.

Dabei muß man bedenken, daß es sich damals bei der Industrie der Landbevölkerung um Heimarbeit in Baumwoll- und Seidenspinnen handelte, daß aber die beginnende Zusammenfassung in Manufakturen auch schon die Arbeit außerhalb des Hauses bedingte. Damit hörte die Familie schon in gewissem Umfange auf, eine Arbeits- und Erziehungsgemeinschaft zu sein. Und die Fülle der verwahrlosten Kinder, für die das Haus nicht mehr sorgen konnte, und die Dessenlosigkeit noch nicht sorgte, erregte immer wieder Pestalozzis innerstes Mitleid.

Kein Wunder, daß daher der Gedanke eine gewisse zentrale Stellung in seiner Erziehungslehre bekommt, man müsse die häusliche Erziehung in ihren reinen Segenströmen wieder beleben, um dem armen Volke aufzuhelfen, dem die geschilderte Entwicklung das häusliche Glück immer mehr zu nehmen drohte. Aus der Erfahrung seiner bürgerlich behüteten Jugend ist er in diesem Punkte ein romantischer Bourgeois geblieben, der die Zwangsläufigkeit der industriellen Entwicklung nicht begriff und darum nicht verstand, die pädagogischen Folgerungen daraus zu ziehen. Unwillkürlich denkt man an parallele Entwicklungen unserer Zeit im fernsten Osten. Auch Rachaama Gandhi, der indische Völkserzieher, versucht denselben Weg, um seinem geliebten Volke zu einem inneren Neuaufbau zu verhelfen.

Doch konnte Pestalozzi selbst schon sich mindestens der Tatsache nicht verschließen, daß es zu seiner Zeit eine Menge Haushaltungen gab, die nicht mehr fähig waren, Kinder durch Teilnahme an der alltäglichen Arbeit zu bilden. Für diese richtete er seine Anstalt ein, aber er hat sie immer nur als „Lädenbühler“ betrachtet, und ihren Sinn darin gesehen, wie er das noch in bezug auf seine letzte Anstalt in Chindly sagt, daß hier Arme „als Arme erzogen, zur Erziehung und zum Unterricht für die Armen gebildet werden“ sollten. Das sollen nach seiner Meinung nicht etwa Lehrer in Erziehungsanstalten, sondern die zukünftigen Väter und Mütter werden, die die Erziehungskräfte des Hauses und der Familie neu aufbauen.

Daher sind seine Erziehungsanstalten völlig durchdrungen von dem patriarchalisch-familären Geist der Liebe. Pestalozzi ist der Vater und alle anderen Mitglieder „meines Hauses“ sind seine Kinder. In solcher Sphäre, allein durch die feste Gewöhnung an die Stimmung und die Ordnung des Haushalts, die auch durch väterliche Strafen erzwingen werden muß, nicht durch Lehren und moralische Deklamationen, bildet sich nach seiner Meinung der Charakter des Jugendlichen. Aus diesem Zusammenhang erklärt sich die vorhin aufgeführte Anschauung über die Zulässigkeit der körperlichen Züchtigung ebenso wie die über die Sinnlosigkeit des bloßen Religionsunterrichtes. Aus diesem Zusammenhang versteht man auch den traurigen Zerfall, der von 1808 an in Offerten durch den Streit der führenden Lehrer Schmid und Riederer um sich griff. Ein Bau, der so stark auf patriarchalische Gefühle gegründet



Wenn solche Gegensätze aus Pestalozzi herausgelesen werden können, so dürfte ein Uebersichtlicher zu der Ansicht neigen, daß sie in Pestalozzi selber begründet sind. Sie liegen jedoch nur in dem Geist des Lesers, der je nach seiner Einstellung sich ein Stück herausreißt, das ihm paßt und eben dadurch deutlich zeigt, daß er von der Bildung, die unser pädagogischer Denker fordert, keinen Hauch verspürt hat. Nur wer glaubt, mit Worten etwas beweisen zu können, die als „Blütenlese“ aus dem Lebenswerk eines bedeutenden Menschen herausgerissen werden, wer nicht den kritischen Abstand hat, um ihn in seiner Totalität auf dem Hintergrunde seiner Zeit zu sehen, kann es versuchen, ihm nach irgendeiner Seite eine falschverstandene Aktualität zu geben. Pestalozzi würde diese Leute „Raubraucher“ nennen.

II.

Wo ist also das Zentrum seines Lebens, und das heißt auch, seiner Lehre? Denn beide sind eins, wie bei wenigen Menschen. Das Grundmotiv ist, daß er der Armut der Landbevölkerung helfen will. Schon in seiner Jugend hat er bei seinem Großvater, dem Dekan Pestalozzi, in Höngg, einen tiefen Eindruck von der Not des Volkes empfangen. Er stellt in einem autobiographischen Fragment den Eindruck gegenüber, den die Kinder auch des niedrigsten Volkes bis ins fünfte und sechste Jahr auf ihn machten, wo sie sich harmlos ihres Lebens freuen und „wie Engel blühend aufwachsen“, und den anderen, wenn sie „nach ein paar Jahren in gedoppeltem Fabriklend und Schulleid“ den Ausdruck von Harm und Gram, von Unwissen und Leiden auf ihrer Stirne tragen. Dann jammerte ihn die Baumwolleneinseitigkeit und Schuleinseitigkeit, deren gedoppelte Engherzigkeit dem Volk des Landes am Herzen nagte. Er suchte nach Hilfsmitteln „gegen das bürgerliche Sittenverderben, gegen die Folgen des kaufmännischen Reichtums, des auswärtigen Mißtrauens und des inneren Hoheits- und Staatschwindsels“. Als er später auf dem Neuhof sah, da erschütterte ihn „das Elend der bei den Bauern von den Gemeinden verbungenen Kinder; ich sah die erdrückende Härte des Eigennutzes, die diese Kinder fast alle durchgehends an Leib und Seele, fast dürfte ich sagen, zugrunde richtet; wie viele... zu keiner Menschlichkeit, zu keinen Kräften sich selbst und dem Vaterland emporwachsen können“. Dieser soziale Impuls führt ihn zunächst im Sinne seiner Zeit zu dem Gedanken, durch rationelle Landwirtschaft den Tagelöhnern in größerem Umfang Beschäftigung und Verdienstmöglichkeit zu beschaffen, aber nach dem Scheitern seines Experiments auf dem Neuhof entdeckt er in der Erziehung seines eigenen Sohnes seine eigentliche Berufung.

war, mußte einfüren, wenn diese Gefühle erkalteten oder gar auf Grund persönlicher Eifersüchteleien in ihr Gegenteil umschlugen.

Fruchtbarer als durch sein Prinzip der häuslichen Erziehung, als durch seinen Appell an die Mütter, den Pestalozzi zu allen Zeiten seines Lebens wiederholt, weil sie ihm die geborenen Träger der häuslichen Erziehung sind, ist er für alle Zukunft durch die Entdeckung der Methode geworden. Das Wort legt solche Affektionen für den Menschen der Gegenwart nahe. Es handelt sich nicht um die künstlichen Mittel, um die Listen des klugen Lehrers, durch die er es fertig bringt, auch dem widerspenstigen Schüler eine Fülle von Stoff beizubringen, der nun einmal auf Grund irgendeiner Vorschrift gelernt werden muß. Es handelt sich vielmehr um den Weg, auf dem der Mensch, der dem natürlichen Gang seiner geistigen Entwicklung folgt, zur Erfassung seiner selbst und der Außenwelt kommt. Lesen, Schreiben, Rechnen mögen die elementaren Fertigkeiten sein, die jeder Mensch kennen muß, der sich im Leben behaupten will. Aber sie gehen des Menschen Innerstes im Grunde gar nichts an, und die Schulmeister, die diese Künste zugleich mit dem Heidelberger Katechismus den Kindern sinnlos einpauken, kommen bei Pestalozzi sehr schlecht fort. Es gibt elementarere Kräfte im Menschen selbst, die vor allen diesen Fertigkeiten in jedem Menschen vorhanden sind, mit denen er seine Welt sich aufbaut. Diese Kräfte, diese Elemente gilt es zu entdecken, allen Menschen bewußt zu machen, und durch Übung zu stärken. Das ist jedem klar, unsere Welt ist gestaltet als eine räumliche Welt, als eine zeitliche Welt, und wir sprechen sie aus mit den Mitteln des Wortes. In diesen drei Elementarformen, in Raum, Zeit und Sprache, beweist die Menschennatur ihre Schöpferkraft. Denn nur durch diese haben wir überhaupt eine Welt. Helft dem Schüler, daß er dieser inne wird und sie anwendet, so geht ihr ihm die einzige Hilfe, die nottut, die Hilfe zur Selbsthilfe. Wer das erstmal entdeckt hat, daß er durch Anwendung dieser geistigen Kräfte — der Anschauung, wie Pestalozzi sie nennt — zu eigenen Erkenntnissen vordringen kann, der erhebt sich in dem Gefühl seiner Menschenkraft über den Alltag. Es ist ihm, um mit dem Entdecker der Methode selbst zu sprechen, als erwachte er aus dunklem Traum erst zum Leben, aus der Tierheit zur Menschheit. Wenn auch Pestalozzi die Methode wesentlich nur für die geistige Bildung des Menschen abgeleitet und ausgearbeitet hat, nur das Abc der Anschauung, so ist doch jetzt deutlich geworden, daß schon darin für ihn ein tief sittlicher, ja sogar ein religiöser Kern liegt. Bedeutet doch diese Selbstentdeckung des Menschen gewissermaßen das Hineinfinden göttlicher Klarheit in sein Inneres; das „Innere Licht“ wird in ihm entzündet. Das ist die Menschenbildung, die auch den Armen über seine Dürftigkeit, jeden Stand überhaupt über den engen Kreis seiner Berufsbildung emporhebt.

Wenn diese Gedanken Pestalozzis uns anmuten, als wären sie in unserer Zeit gesprochen, so sollen wir vorsichtig sein, ehe wir uns auf ihn stützen. Zwischen ihm und uns steht das Zeitalter der Maschine und das der Industrie. Wir wissen heute, daß die Familie als Produktionsgemeinschaft aufgelöst ist, daß alle Arbeit nur als gesellschaftliche Arbeit existiert. Auch wir werden alle Erziehung an Arbeit anknüpfen müssen, aber diese Arbeit wird nicht regiert von Gefühlen patriarchalischer Liebe, sondern von eisernen sachlichen Gesetzmäßigkeiten. In diesen muß dennoch die Jugend sich selbst behaupten, indem sie sie vereint mit Kameraden anwendet und beherrscht lernt. Das gibt der unromantischen, sachlichen Gemeinschaftserziehung unserer Tage den entscheidenden Zug. Wir haben den Blick auf das Glück im Winkel verlernt, das Pestalozzi als Sinn unseres Daseins preist.

Wir glauben mit ihm, daß die Aufgabe aller Erziehung ist, die Innenkräfte des Menschen zu entsprechender Betätigung zu entfalten. Aber das Zeitalter der industriellen Differenzierung und Spezialisierung hat uns gelehrt, daß der Mensch des 18. Jahrhunderts, dessen natürliche Freiheit man beraubt feierte, nicht existiert. Wir sehen nur einzelne Menschen, die unendlich verschieden sind und erst in einer vernünftigen Zusammenordnung an einer einheitlichen Aufgabe jeweils ein Ganzes bedeuten. Wir sprechen also von der Entfaltung der differenzierten Menschen in ihrer Eigentümlichkeit — nicht damit diese zu ihrem häuslichen Glück gelangen, sondern damit die Gemeinschaftsarbeit zum besten aller ihren höchstmöglichen Wirkungsgrad erreicht.

Pestalozzi und der Marxismus.

In den Tagen der Pestalozzi-Feyer geizt es sich, daran zu erinnern, daß einer der Vorläufer der materialistischen Geschichtsauffassung, der die wesentlichen Festsetzungen zwischen der Massenstruktur einer Gesellschaft und sinnlichen Kulturwerten, die von ihr geschaffen werden, aufs tiefste erkannt haben, Johann Heinrich Pestalozzi war. Dieser positiv-realistische Zug seines Wesens hat allen seinen bürgerlichen Interpreten große Sorge bereitet und in ihren Auseinandersetzungen mit Pestalozzi nimmt die „Entgiftung“ seiner Anschauungen immer viel Raum in Anspruch.

Besonders lehrreich in dieser Beziehung ist die Stellungnahme Paul Ratorps, der trotz aller „Sozialpädagogik“ es nicht wahr haben will, daß der Sozialismus etwas wesentlich anderes ist als fantistischer Idealismus. So finden wir auf Seite 208/209 seines Buches über „Johann Heinrich Pestalozzi“ (Vangensalza, Schulbuchhandlung) ein Musterbeispiel neofantastischer antimarxistischer Polemik, die darauf hinausläuft, Marx und Pestalozzi zugleich mit Hilfe von signierten und unsignierten Pestalozzi- und Marx-Zitaten totzuschlagen. Er konstatiert zuerst, daß Pestalozzi wohl auch heute „fürs Volk“ wäre, jedoch beiseite nicht für eine Partei, die noch dazu so arglistig sei, sich auf „Naturgesetze“ zu berufen. Denn: „Ein innerlich widerspruchsvoller gesellschaftlicher Zustand mannt gewiß mit derselben Notwendigkeit, mit der ein mechanisch falsch berechneter Bau schließlich einstürzen muß, seinem Umsturz entgegen.“

Also doch „Naturgesetze“! — die allerdings bei Marx wesentlich vernünftiger formuliert sind. Die Bewegungsgesetze der sozialen Entwicklung mit den Gesetzen der klassischen Mechanik kann nur ein Philosophieverfälscher verwechseln, der zwar sehr hochmütig über die Naturwissenschaften zu scherzen gewohnt ist, aber nicht einmal ihre Arbeitsmethoden kennt. Ratorp ist zwar kein „Marxist“, sondern ein „Aufgarmarxist“. Nun wird der Marxismus mit einem Pestalozzi-Zitat belächelt, das nichts anderes ist als eine fast wörtliche Uebersetzung eines Marx-Zitats:

So viel sehe ich bald: die Umstände machen den Menschen; aber ich sehe ebenso bald: der Mensch macht die Umstände; er hat eine Kraft in sich selbst, selbige vielfältig nach seinem Willen zu lenken. So, wie er dieses tut, nimmt er selbst Anteil an der Bildung seiner selbst und an dem Einfluß der Umstände, die auf ihn wirken.“

Bei Marx lautet der Satz („Thesen gegen Feuerbach“): „Die materialistische Lehre, daß die Menschen Produkte der Umstände und der Erziehung, veränderte Menschen also Produkte anderer Umstände und geänderter Erziehung sind, vergißt, daß die Umstände eben von den Menschen verändert werden und daß der Erzieher selbst erzogen werden muß.“ Der Professor der Logik leitet aus dieser marxistischen Erkenntnis zwei diametral entgegengesetzte weitere Erkenntnisse ab: 1. Aufs eigene Wollen der Menschen kommt zuletzt alles an“ und 2. „Wenn so etwas („Staatsverbesserungen“) reif ist, so kommt es von selbst.“ Womit die Schaufellogik der Romantik wieder bei einer Banalisierung marxistischer Grundzüge ihre liebe Ruhe gefunden hätte. Otto Kaus.

Pestalozzi, ein Kind seiner Zeit.

Von Prof. Robert Seidel, Zürich.

Wir sind alle von Gottes Gnaden, aber wir sind alle nicht vom Himmel gefallen, sondern wir sind Kinder unserer Zeit und unserer Welt, unseres Landes und unseres Volkes, seiner Gesellschaft und seines Staates.

Wir sind keine metaphysischen Einzelwesen, sondern wir sind wirkliche Gesellschaftswesen und Staatsglieder.

Was war die Zeit Pestalozzis? Es war die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts, es war noch Kant „das Zeitalter der Aufklärung“.

Und was war die Aufklärung? Das war die mächtige, große soziale und politische, geistige und sittliche, literarische und pädagogische Freiheitsbewegung des dritten Standes, oder des Bürger- und Bauerntumes.

Die Aufklärung war Aufhebung des Bürgerstandes gegen die feudale-zünftlerische Gesellschaft, gegen den absoluten despotischen Staat, gegen die dogmatische Kirche, und gegen die lieblose, der Gewalt und Knechtschaft dienende Religion.

Die Aufklärung predigte Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, Menschentum und Weltbürgertum, Gerechtigkeit und Frieden.

Die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts ist die Zeit der großen bürgerlichen Gesellschafts- und Staatsumwälzung, durch welche die ständische Gesellschaft und der despotische Staat beseitigt, und die bürgerliche Gesellschaft und der Volksstaat mit freien und gleichen Bürgern an seine Stelle gesetzt wird.

Es war eine große, gewaltige Zeit, und Pestalozzi ist ihr Kind und ihr Apostel, ganz wie Kant, Goethe und Schiller ihre Kinder und Apostel sind.

Pestalozzi ist nicht nur ein Kind seiner Zeit, sondern auch ein Kind seiner Welt. Seine Welt war die freie Handwerker- und Handelsstadt Zürich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts.

Das war das Zürich der Begeisterung für Rousseau und für die Aufklärung, der die Bodmer und Breitinger, die Sulzer und Lavater, die Usteri, Füssli und Gehrner huldigten und dienten, die in der deutschen Wissenschaft und Kunst, Literatur und Pädagogik einen Ehrenplatz haben.

Das war das Zürich, das den literarischen Krieg mit Gottsched in Leipzig gewann, und damit zu einem Mecca der deutschen Literatur jener Zeit wurde.

Das war das Zürich, in dem die deutschen Dichter Klopstock und Wieland, Goethe und Stolberg bei Bodmer wohnten.

Dieses Zürich war der Hauptherd der Aufklärung der deutschen Schweiz und seine Bürgerschaft besaß große Rechte und Freiheiten im Vergleich zu der völligen Rechtslosigkeit und Unfreiheit der Völker in den despotischen Staaten Europas.

Dieses demokratische, aufgeklärte, geistig regsame, literarisch und wissenschaftlich führende und pädagogisch vorgezeichnete Zürich — das hat Pestalozzi gebildet.

Ohne dieses Zürich kein Pestalozzi, wie ohne Genf kein Rousseau.

Woher kommt es, daß der größte Pädagoge des 18. Jahrhunderts, Rousseau, und der größte Pädagoge auf der Schwelbe des 19. Jahrhunderts, Pestalozzi, Schweizer sind? Ist das Zufall? Nein! Das ist die Logik der Demokratie, das ist, weil Genf und Zürich die freiesten Gemeinwesen der Welt ihrer Zeit waren; die Freiheit hat sie gebildet.

Für den Frühling



Spindler

BRAUCHT JEDE FRAU NEUE GARDEROBE; DARUM BRINGE MAN SCHON JETZT DIEJENIGEN STÜCKE, DIE GEFARBT, GEREINIGT ODER AUF NEU GEWASCHEN WERDEN SOLLEN, IN DIE FILIALEN ODER ANNAHMESTELLEN DER FIRMA DIE NEUESTEN LINDA-SCHNITTMUSTER LIEGEN BEREIT

SPINDLERFELD BEI CÖPENICK / BERLIN

Ernst Wilberg

In tiefer Trauer
Frau Martha Wilberg
und Kinder.
Schöneberg, Rosenheimer Str. 2.
Einäschung am Sonnabend, dem 19. Februar, nachmittags 1 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf.

Richard Karras

Am 10. Februar verstarb nach kurzem Leiden an Grippe und Lungenentzündung im 47. Lebensjahre mein lieber Mann, unser herzlich geliebter Vater und Schwager, der Verstorbenen Herr Ernst Wilberg, geb. am 15. März 1868, im Alter von 54 Jahren.
Wir verlieren in ihm einen guten, stillen Kameraden und werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Richard Karras, Goldschmied, Reichshagen, Schwarze-Gold-Berlin-Kreuzberg (Abteilung 10).
Die Einäschung findet am Sonnabend, dem 19. Februar, 4 Uhr nachmittags, im Krematorium Wilmersdorf statt.
Wir bitten um trotz Betheiligung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwahnsstelle Berlin
Den Kollegen zur Nachricht, daß unter Leitung der Schlichter
Arthur Funke
am 11. Februar durch Unfall gestorben ist.
Ober seinem Nachbarn!
Einäschung am Freitag, dem 18. Februar, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf.
Nege Betheiligung erachtet.
Die Oetoberverwaltung.

Grippe Grafix

Schutz und Hilfe sofort durch nicht fettende Einreibung M. 1.50
Laboratorium Graichen
Leipzig, Rosstraße 12.

SPD. Schöneberg-Friedenau

Am Dienstag, dem 15. Februar, früh 5^{1/2} Uhr, verstarb an Grippe und Lungenentzündung unser lieber Genosse, der Bezirksvorordnete
Ernst Wilberg
Seine uneigennütige Tätigkeit für die Partei, sein Wirken in der Gemeinde für die Interessen der Arbeiterschaft wird ihm ein dauerndes Andenken sichern.
Der Kreisvorstand.
Die Bezirksvorordneten-Fraktion.
Die Einäschung findet am Sonnabend, dem 19. Februar, nachmittags 1 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf statt. — Um rege Betheiligung wird geboten.

Ernst Wilberg

Seine uneigennütige Tätigkeit für die Partei, sein Wirken in der Gemeinde für die Interessen der Arbeiterschaft wird ihm ein dauerndes Andenken sichern.
Der Kreisvorstand.
Die Bezirksvorordneten-Fraktion.
Die Einäschung findet am Sonnabend, dem 19. Februar, nachmittags 1 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf statt. — Um rege Betheiligung wird geboten.

Achtung!

Billiger Fleisch- und Wurstverkauf

billig und gut
40 Thierstraße 40
sehr billig!

Verkäufe

Verkauf von hochwertigen Gesellschaftsanzeigen, Volontärsarbeiten, etc.
Verkauf von hochwertigen Gesellschaftsanzeigen, Volontärsarbeiten, etc.
Verkauf von hochwertigen Gesellschaftsanzeigen, Volontärsarbeiten, etc.

Verkauf von hochwertigen Gesellschaftsanzeigen

Verkauf von hochwertigen Gesellschaftsanzeigen, Volontärsarbeiten, etc.
Verkauf von hochwertigen Gesellschaftsanzeigen, Volontärsarbeiten, etc.
Verkauf von hochwertigen Gesellschaftsanzeigen, Volontärsarbeiten, etc.

Krause-Pianos zur Miete

WlA, Ansbacherstr. 1

Wo speist man gut u. billig?

Groß-Berlin
Alexanderplatz.

Blumenspenden

über 100
Herrn Dr. med.
Paul Golletz,
vorm. Hauptmann
Mariannenstraße 2
Edr. Baumgarten
Am Reihnitz 10000

KLEINE ANZEIGEN

In der Gesamtaufgabe der „Vorwärts“ sind besonders wirksam und trotzdem

Nebel

Nebel, Zellulose, Götting, Straßburg, etc.
Nebel, Zellulose, Götting, Straßburg, etc.
Nebel, Zellulose, Götting, Straßburg, etc.

Musikinstrumente

Violin, Gitarre, etc.
Violin, Gitarre, etc.
Violin, Gitarre, etc.

Fahrräder

Drei Radl Hochrad, 15 Radl Ansehungs, für ein erstklassiges Hochrad, Hochradbau Zentrum, etc.

Kaufgesuche

Suche nach Silberlöffeln, etc.
Suche nach Silberlöffeln, etc.
Suche nach Silberlöffeln, etc.

Unterricht

Italienisch, Französisch, etc.
Italienisch, Französisch, etc.
Italienisch, Französisch, etc.

Verschiedenes

Blattleder, Buchbinderei, etc.
Blattleder, Buchbinderei, etc.
Blattleder, Buchbinderei, etc.

Arbeitsmarkt

Suche für mein 18jähriges Kind Stellung im partikulären Handel, etc.
Suche für mein 18jähriges Kind Stellung im partikulären Handel, etc.
Suche für mein 18jähriges Kind Stellung im partikulären Handel, etc.

Gewinn-Anzug

5. Klasse 28. Preussisch-Sächsischer (254. Preuss.) Klassenlotterie
6. Ziehungstag
15. Februar 1927, nachmittags

Anf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen 1 und 2

| | |
|--------------------------|--|
| 2 Gewinn zu je 5000 RM. | 107551 |
| 8 Gewinn zu je 3000 RM. | 120540 158813 165374 292073 |
| 16 Gewinn zu je 2000 RM. | 3684 9511 37855 38472 56909 102457 121773 232001 |
| 20 Gewinn zu je 1000 RM. | 72054 81404 96193 108468 224111 243871 272942 322895 328836 340080 |
| 74 Gewinn zu je 500 RM. | 5003 22517 50876 60914 65186 86792 88183 88613 103125 104923 114836 115779 128668 128464 128835 147389 147458 154075 171837 176421 182620 186326 195128 197019 208806 219738 257895 264728 280977 281862 282563 288502 303522 309015 309839 309973 317223 |
| 210 Gewinn zu je 300 RM. | 3158 7047 10726 18085 19987 20100 20623 21879 25976 31985 37674 37762 45633 48093 49198 57796 58902 63197 63292 68191 68914 73692 74563 75220 81829 88818 91014 97841 98447 99298 99970 103850 106114 107170 110921 111882 121926 126102 126125 129250 130411 132064 133521 157305 167323 161705 162927 167265 170271 178184 177200 176403 179362 180367 181207 188054 189928 19.836 192781 195122 198977 202435 213541 212022 223403 228567 229403 231577 233421 233859 234768 235370 245459 248312 268870 269436 263543 265480 270747 273022 275600 278206 272843 285481 288942 292099 292205 293259 294567 299720 300091 302677 303994 305120 310984 319784 326333 328528 328615 329814 334125 335478 335925 340393 |

7. Ziehungstag
16. Februar 1927, vormittags
Es wurden Gewinne über 150 Mark gezogen

| | | |
|---------------------------|---|--|
| 2 Gewinne zu je 5000 RM. | 2680 | |
| 8 Gewinne zu je 3000 RM. | 3788 48201 195136 254232 | |
| 16 Gewinne zu je 2000 RM. | 307607 326443 | |
| 32 Gewinne zu je 1000 RM. | 35078 44724 107472 109199 128244 134221 188957 193511 203441 244883 263316 277330 290610 317015 318026 | |
| 78 Gewinne zu je 500 RM. | 29131 57224 57363 58166 60529 63228 68078 102143 115340 127386 136730 140658 141033 150520 151428 153599 158355 161456 167204 171440 173113 183242 197286 198072 212370 241375 248443 255847 262325 280883 293388 302103 304696 305647 318032 319190 348750 352707 348777 168 Gewinne zu je 300 RM. | 16984 18118 22680 22077 23869 25046 25587 31707 33962 34996 42395 42643 44037 54064 54281 58897 60700 62056 68318 70828 73888 75520 80948 85834 102758 107621 110841 120540 121289 125637 127298 128034 136383 137037 139337 150503 150405 160817 160890 153113 164230 169814 170174 172173 174848 176468 183032 162177 220499 206146 212830 214021 214498 218008 218942 217367 220441 224487 225032 230913 233284 235845 236046 248324 269861 273392 277478 283177 287501 289251 291450 296663 298361 300097 308747 307888 308004 310911 313265 314643 328667 331504 339588 |